

Oberschlesische Wirtschaft

Zeitschrift

der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien in Oppeln und
des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, E. V. in Gleiwitz OS.

Im Auftrage beider Körperschaften herausgegeben von

Landgerichtsrat a. D. von Stoephasius, Oppeln, Fesselstraße 8 und Bergassessor a. D. Pyrtosch, Gleiwitz
Anzeigen-Aannahme und Verwaltung: Verlagsanstalt Kirsch & Müller, G. m. b. H., Deuthen OS., Industriestr. * Telefon Sammel-Nr. 2851
Die Zeitschrift erscheint monatlich / Einzelpreis 0,50 RM / Bezugsgebühr vierteljährlich 1,50 RM
Alle für den Schriftteil bestimmten Sendungen sind an die Schriftleitung der „Oberschlesischen Wirtschaft“ Oppeln, Fesselstr. 8, zu richten

10. Jahrgang

April 1935

Heft 4

Inhaltsverzeichnis:

1. Dr. W. Penkert, Gleiwitz: Sperrmark, Registermark, Konversionsmark. Begriff und Verwendungsmöglichkeiten 148
2. Dr. Alexander Elster, Berlin: Neues Recht der Räumungsverkäufe und ähnlicher Veranstaltungen 158
3. Wirtschaftsberichte: 160
Die Wirtschaftslage in Deutsch-Oberschlesien im Februar-März 1935. — Zahlen zur Lage im ober-schlesischen Industriegebiet. Ein Bericht der Kommunalen Interessengemeinschaft. — Der west-schlesische Steinkohlenbergbau im März 1935. — Die deutsch-oberschlesische Eisenindustrie im März 1935. — Vom Zinkblechmarkt im März 1935. — Die deutsch-oberschlesische Zementindustrie im März 1935. — Die Güterwagengestellung in Oberschlesien im Monat Februar 1935. — Der polnische Steinkohlenbergbau im Februar 1935. — Die polnische Eisenhüttenindustrie im Februar 1935.
4. Mitteilungen: 165
Oberbergwerksdirektor Falkenhahn Präsident der Industrie und Handelskammer. — Wirtschaftsgruppe Einzelhandel in Oberschlesien. — Fachpädagogische Arbeitsgemeinschaft ober-schlesischer Diplom-Handelslehrer. — Die Stellvertreter des Leiters der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel. — Organisierter Erfahrungsaustausch. — „Was ist chemische Reinigung?“ — Ueber richtige Werbung. — Vereinheitlichung der Bezeichnungsschilder für Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung. — Arbeitsauschuß Deutscher Verbände.
5. Steuerwesen: 167
Die Einheitswerte von Fabrikgrundstücken. Von Dr. Brönner, Berlin. — Hauszinssteuer. — Steuerermäßigung bei Instandsetzungen und Ergänzungen an Gebäuden oder Gebäudeteilen aller Art. — Neuer Steuerge- und Verordnungen.
6. Verkehrswesen: 169
Eisenbahn: Beschlüsse der Ständigen Tariffkommission. — Ausnahmetarife für Kupferties- und Schwefelties-abbrände. — Post: Verordnung zur Aenderung der Postordnung v. 16. 2. 35. — Neue Postwertzeichen. — Postnachnahmen und Postaufträge aus dem Auslande nach Deutschland. — Postgutfarten. — Schifffahrt: Die Oberschiffahrt im Monat Februar 1935 und der Stand der Oberbauten. — Bekanntmachung über die Schleusenbetriebszeiten auf der oberen Oder, dem Kłodnikanal und der Nege. — Mitteilungen.
7. Devisenbewirtschaftung und Außenhandel: 172
1. Devisenvorschriften: Einfuhr ohne Devisenbescheinigung. — Private Verrechnungsgeschäfte. — Zahlungen auf Grund von Devisenbescheinigungen ohne Nachweis der vorherigen zollamtlichen Abfertigung. — Vorauszahlungen im Transithandel. — Geschäftsreisen nach Verrechnungsländern. — Freigrenze im Reiseverkehr. — Private Verrechnungsgeschäfte im Warenverkehr mit England. — Private Verrechnungs- und Gegenleistungsgeschäfte mit Irland. — 2. Außenhandel: Der polnische Außenhandel a) im Februar 1935, b) die polnische Getreideausfuhr im Februar 1935, c) Polen im Weltgetreidehandel. — 3. Zölle: Verordnung des polnischen Ministerrates vom 13. 3. 1935 betreffend die Abänderung des Einfuhrzolltarifs. — Verordnungen des polnischen Ministerrates v. 13. 3. 1935 betr. das Einfuhrverbot für verschiedene Waren. — Mitteilungen.
8. Gesetzgebung und Verwaltung: 175
Neue Gesetze und Verordnungen. — Auftragsvergebung öffentlicher Dienststellen. — Warenverkauf in Trinhallen. — Neuregelung der Gebührenfreiheit für Ariernachweis.
9. Rechtsprechung: 178
Arbeitsrechtliche Entscheidungen.
10. Soziales: 178
Der Erstattungsanspruch des Arbeitsamtes gegen den Arbeitgeber aus § 113 ABABG. Von Dr. Lempart. — Glückwunschkurkunden des Führers und Reichstanzlers aus Anlaß von Arbeitsjubiläen. — Berufsfachberatung und Stellenvermittlung für Angestellte. — Stellenvermittlung durch die Gau-sozialämter des NS. Juristenbundes. — Arbeiterwohnungsbau. — Die Arbeitseinsparung für Kaufmannsgehilfen im Monat Februar 1935.
11. Messen und Ausstellungen: 181
Aus der kommenden Ausstellung Berlin 1935 „Das Wunder des Lebens“. — Bilanz der Leipziger Frühjahrsmesse 1935.
12. Bücher und Zeitschriften: 183
13. Statistisches: 185

Nachruf.

Am Freitag, den 8. März d. J., ist unerwartet unser ehemaliges Mitglied,

Herr Mühlenbesitzer Bruno Jung

verchieden.

Der Verstorbene gehörte in den Jahren 1927—33 unserer Kammer als Mitglied an und hat sich durch seine rege und stets bereitwillige Mitarbeit zur Hebung der ober-schlesischen Wirtschaft und sein Verständnis für die ober-schlesischen Bedürfnisse und Nöte in unserer Kammer große Verdienste um das gesamte ober-schlesische Wirtschaftsleben erworben.

Wir werden dem Verstorbenen über das Grab hinaus stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien.

Sperrmark, Registermark, Konversionsmark. Begriff und Verwendungsmöglichkeiten.

Von Dr. W. Penfert, Gleiwitz.

Die Verwendungsmöglichkeiten für die gesperrten Guthaben des Auslandes zu Warenkäufen und Reisen in Deutschland, zu langfristigen Anlagen in inländischen Grundstücken, Unternehmungen und Werken aller Art, zu Zwecken von Kunst und Wissenschaft und dergl. sind nicht nur von unveränderter Bedeutung für die ausländischen Besitzer, sondern gleichermaßen für viele Teile der inländischen Wirtschaft. Es wird im folgenden unter-nommen, die heute geltenden Bestimmungen für Sperr-guthaben-Verwendung herauszuarbeiten. Hierbei ist vor-weg zu sagen, daß die Neufassung der Verordnung zur Devisenbewirtschaftung vom 4. 2. 35 (Reichsgesetzblatt, Teil I Nr. 10) einige Fragen offen läßt, deren Behand-lung, weil hier nicht zu umgehen, unter allem Vorbehalt erfolgt.

Als das Ausland im Jahr 1931 die künstliche Ka-pitaldecke, mit der es unsere Tributzahlungen finanziert hatte, zum Zwecke des politischen Druckes und im Angst-taumel der Weltwirtschaftskrise von Deutschland abzu-ziehen begann, wäre bei der Geschwindigkeit der Ereig-nisse weder ein Moratorium noch sonst irgendeine finanz-politische Einzelmaßnahme imstande gewesen, Deutsch-land vor einem zweiten Zusammenbruch der Währung zu retten. Es kam vielmehr darauf an, durch eine fein-

maschige Gesetzgebung im Inneren den Verkehr des Aus-landskapitals zu regulieren und durch Verhandlungen mit dem Ausland für die größten Gruppen der Aus-landsforderungen ein Stillhalteabkommen abzuschließen. Aus diesen zweiseitigen Maßnahmen, erstens der inneren Devisenbewirtschaftung und zweitens den äußeren Still-halte- oder Deutschen Kreditabkommen, sind ad 1.) die „Sperrmark“ und ad 2.) die „Registermark“ entstanden. Hinzu kam im Verfolg des erst späteren Zinsennora-toriums die „Konversionsmark“. Ihre zugelassenen Verwendungsmöglichkeiten verbinden ein wohlbeabfich-tigtes internationales Vertrauensmoment zur deutschen Währung mit dem im Vordergrund stehenden Interesse der deutschen Wirtschaft.

I. Begriff der Sperrmark.

„Sperrmark“ sind alle Guthaben von Ausländern (nicht Banken) in Deutschland, soweit diese zu bestimm-ten Terminen des Jahres 1931 und des Frühjahr 1932 bestanden und nicht unmittelbar aus dem Warenverkehr stammten. Ihre Bezeichnung als Sperrmark bedeutet, daß der Ausländer seitdem nicht mehr frei über sie ver-fügen darf. Er benötigt eine Genehmigung der Devisen-stellen, wenn er sie verwenden will. Effekten oder RM=

Noten, Grundstücke oder Häuser, die ein Ausländer im Inland zu Eigentum hat, sind streng genommen noch nicht Sperrmark. Erst ihr Erlös bei Eintritt des Verkaufes, ihre Kontogutschrift oder ihr Ertrag wird Sperrmark. Dabei ist vorausgesetzt, daß der Ausländer die Grundstücke, Effekten usw. schon vor Erlaß der betreffenden Sperrmarkverordnungen zu Eigen hatte oder nach Erlaß der Verordnungen schon mit Sperrmark kaufte.

Freie Guthaben, also keine Sperrguthaben, bezw. Sperrmark sind alle Guthaben eines Ausländers soweit sie nach dem 15. 7. 1931, oder wenn der Gläubiger eine ausländische Bank ist, nach dem 31. 7. 1931 entstanden sind. Hier handelt es sich um die sogen. „freien Reichsmarkkonten“, aus denen Beträge für Zahlungen im Inland frei und für Zahlungen nach dem Ausland mit Genehmigung der Devisenstellen, nach Devisenzuteilung, abgehoben und überwiesen werden können. Es ist selbstverständlich, daß Ausländer, die noch nach Erlaß der Devisenverordnungen außerhalb des Warenverkehrs Geld nach Deutschland verbringen, z. B. neue Kredite, oder die Forderungen aus dem Warenverkehr in Deutschland verbleiben lassen, das Recht haben, über diese Forderungen jederzeit in vollem Umfange verfügen zu können. Für „freie Währungskonten“, soweit noch vorhanden und möglich, gilt das gleiche wie für die freien Reichsmarkkonten.

Die verschiedenen Arten der Sperrmark sind:

Altguthaben: Das sind alle Guthaben, die zugunsten von Ausländern, ausgenommen Bankinstitute, bei inländischen Kreditinstituten, Firmen und Privatpersonen vor dem 16. Juli 1931 entstanden sind, z. B. Spargelder, Darlehnsforderungen, fällig werdende oder ausgekaufte Lebensversicherungen von Ausländern im Inland.

Kreditsperrmark: Das sind Guthaben ausländischer Firmen oder Privatpersonen (vereinzelt wohl auch kleinerer Banken), die nach dem 3. August 1931 durch Rückzahlung von Forderungen entstanden, bzw. entstehen. Ihr Ursprung liegt also in der Rückzahlung von „Altguthaben“ an eine deutsche Bank. Seit Errichtung der Konversionskasse sind Rückzahlungen, soweit sie in regelmäßigen Tilgungsraten erfolgen, an die Konversionskasse zu leisten. Sie können aber stattdessen auf Antrag des Gläubigers oder mit dessen Einverständnis auch zur Zahlung auf Kreditsperrmark-Konto genehmigt werden, wenn der Gläubiger diese Zahlung an Erfüllungstatt annimmt. (RG. 68/34.) Unter der gleichen Voraussetzung können schon an die Konversionskasse gezahlte Tilgungsbeträge auf Kreditsperrmark-Konto umgelegt werden. Kreditsperrmark kann also auch heute noch laufend entstehen.

Vermögenssperrmark (wird neuerdings unter „Kreditsperrmark“ gruppiert): Sie ist der Erlös aus dem Verkauf ausländischer Vermögensanlagen in Deutschland, soweit diese schon vor dem 19. Februar 1932 bestanden. Sie ergibt sich ferner zugunsten eines Ausländers:

- a) durch Antritt einer Gelderbschaft im Inland,
- b) durch Anfall von Lantien und Dienstleistungen aller Art außerhalb des Warenverkehrs, soweit deren Zahlung nur auf ein Sperrkonto gestattet wird,
- c) durch Zahlungen, die deutsche Gerichte und Gerichtsvollzieher von Amts wegen zugunsten eines Ausländers auf Sperrkonto vornehmen.

Notensperrmark: Hier handelt es sich um Guthaben von Ausländern bei inländischen Banken, entstanden nach dem 19. Februar 1932 dadurch, daß ein Ausländer a) nicht aus dem Warenverkehr stammende inländische Auszahlungen, Wechsel, Schecks bei einer inländischen Bank zur Gutschrift einreichte, b) Reichsmarknoten nach Deutschland an eine Bank zur Gutschrift sandte, sei es auch im Wege über einen Dritten im Inland. Notensperrmark können heute nur noch zu Gründen aus b) entstehen.

Effektensperrmark: Diese Sperrmark-Art ist eine ausländische Buchforderung, entstanden aus dem Erlös von nach dem 11. November 1931 veräußerten oder rückzahlbar gewordenen inländischem Wertpapier-Altbefitz des Ausländers. Das gilt sowohl für inländische Wertpapiere aller Art, als auch für ausländische Wertpapiere¹⁾, die vor dem 11. 11. 31 im Inland deponiert worden sind.

Auswandererguthaben: Personen, die nach dem 3. August 1931 ausgewandert und damit devisenrechtlich Ausländer geworden sind, durften nur einen bestimmten Teil ihres inländischen Vermögens in Devisen ausführen. Das zurückgebliebene inländische Vermögen unterliegt sämtlichen Beschränkungen und Verboten des deutschen Devisenrechts, d. h. seine Realisierung kann nur Sperrmark ergeben. Alle Konten sind gemäß § 13 Abs. 3 DevVO. gesperrt. Zahlungen auf diese Sperrkonten und aus ihnen können nur mit Genehmigung der Devisenstellen vorgenommen werden. Das gleiche gilt bei allen künftigen Auswanderungen, solange die entsprechenden Verordnungen bestehen.

Kapitalrückflüsse und Verkaufserlöse aus einer Anlage, die mit irgend einer Sperrmark-Art erworben wurde, werden wieder Sperrmark.

II. Begriff der Registermark.

Während die Devisenverordnungen (durch die Sperrmark-Verfügungen) die Vielzahl der kleineren und kleinsten Schuldverhältnisse gegenüber dem Ausland erfassen, regeln die **Stillhalteabkommen** die großen Auslandsschulden der deutschen Wirtschaft (Banken, Industrie, Handel, Kommunen) bei den Großbanken der wichtigsten Gläubigerstaaten. In diese Abkommen wurde 1933 eine Einrichtung eingebaut, die zweierlei Hauptzwecken dient: Sie soll den deutschen Schuldnern ermöglichen, die Schulden teilweise oder ganz abzutragen, wenn sie dazu in der Lage sind. Und sie soll den ausländischen Bankengläubigern ermöglichen, diese Rückzahlungsbeträge zu verwerten, ohne daß sie dabei die Beträge zunächst selbst in die Hand bekommen; denn die deutsche Devisenlage gestattet ja leider nicht, die Beträge ohne weiteres zu transferieren. Diese Einrichtung besteht in einem **Register**, das ein unter der Aufsicht der Reichsbank stehender Treuhänder der ausländischen Bankengläubiger (der „registrierten Berechtigten“) führt. Verlangt ein ausländischer Bankengläubiger Kapitalrückzahlung oder wünscht ein inländischer Schuldner, im Einvernehmen mit seinem Gläubiger, die Schuld in Registermark zurückzuzahlen, so wird dem Schuldner durch die zuständige Devisenstelle die Genehmigung erteilt, das Kapital in Reichsmark auf das Registerkonto

¹⁾ Werden solche ausländischen Wertpapiere fällig, so kann natürlich der Sperrmark-Charakter für die Erlöse nur dann aufrechterhalten werden, wenn die Einlösungsverpflichteten im Inland ihren Sitz haben.

bei der Reichsbank zu zahlen. Die hierdurch zugunsten des ausländischen Banfengläubigers auf Registerkonto entstehenden Reichsmarkguthaben sind die „Registermark“.

Da die Registerguthaben im Gegensatz zu den Sperrmarkguthaben unverzinslich sind, drängen sie in hohem Maße zu einer zinsbringenden Verwertung, bzw. Anlage. Sie sind auch verhältnismäßig freier verfügbar als die Sperrmark-Arten. Aus diesem Grunde werden sie im Ausland mit einem geringeren Disagio gehandelt als Sperrmark. Das Registermark-Disagio betrug im Jahr 1934 durchschnittlich zirka 16—30 %, wenn es auch zeitweise kurz bis auf 50 % kam. Das Sperrmark-Disagio lag durchschnittlich bei etwa 35—45 % und kam zeitweise und vereinzelt bis auf 60 %. Soweit Erträge aus Registermark-Anlagen in Kapitalgewinnen, Kapitalrückzahlungen, Kapitalausschüttungen und Verkaufserlösen bestehen, werden sie wieder Registermark. Alle anderen Erträge, wie regelmäßige Zinsen, können dagegen unter gewissen Voraussetzungen in ausländischer Währung transferiert werden.

III. Die Konversionsmark.

Die Verschärfung der Devisenschwierigkeiten zwang am 9. 6. 33 zur Aufhebung des zuvor noch frei gebliebenen Transfers der Nutzungen und Erträge aus Sperrguthaben. Nach dem zu diesem Stichtage erlassenen Gesetz sind

1. alle Leistungen aus Guthaben, Krediten, Anleihen, Hypotheken, Grundschulden, Beteiligungen und anderen Vermögensanlagen von Ausländern, soweit diese schon Sperrmark sind oder durch Verkauf Sperrmark werden würden, d. h. soweit sie also nicht erst nach dem 15. Juli 1931 von Ausländern in Deutschland mit Devisen oder freier Reichsmark erworben worden sind,
2. alle Zinsen, Gewinnanteile, regelmäßigen Tilgungsbeträge, Mietzinsen, Pachtzinsen und ähnlichen wiederkehrenden Leistungen aus Sperrguthaben oder mit Sperrmark erworbenen Anlagen

an die Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden, Berlin, zu zahlen. Die Konversionskasse transferiert, abgesehen von der Freigrenze von 10,— M, infolge des Devisenmangels nur gewisse Prozentteile der eingezahlten Beträge. (Lediglich im Falle einiger Staaten, mit denen besonders ausgebauten Clearingabkommen bestehen, werden einige Zahlungskategorien voll verrechnet.) Ueber den größeren Rest stellt die Konversionskasse Scrips aus, d. h. Inhaberschuldscheine, die größtenteils unverzinslich sind. Der Markbetrag, über den der Scrips lautet, ist die Konversionsmark. Der Scrips wird im Ausland zu Kursen mit erheblichem Disagio gehandelt. Er wird von Deutschland, soweit die Devisen der Reichsbank hierzu reichen, wieder zurückgekauft, und die Deutsche Golddiskontbank verwendet den Unterschied zwischen Ankauzkurs und Nennwert zur Exportförderung. Das Verfahren bedeutet im großen und ganzen, daß Deutschland statt etwa 5 % Zinsen nur 3—3½ % Zinsen zahlt und die Differenz zur Förderung seines Exportes verwendet. In seinem eigenen Land genießt der Auslandsgläubiger auch keine höheren Zinsen.

Die Auslandsgläubiger widersprechen im Falle der Einlösung von Kupons inländischer Wertpapiere, wobei

der eingelöste Betrag neuerdings nicht mehr nach Wahl auf Sperrkonto gebucht werden kann, sondern an die Konversionskasse zu zahlen ist, sehr heftig dieser Zahlung an die Konversionskasse. Es stehen z. B. den Gläubigern dann nur noch die Möglichkeiten von Ri IV, 48 zur Verfügung, die auch für die oben erwähnten, normalerweise an die Konversionskasse zu leistenden Zahlungen gelten, nämlich

1. in Härtefällen Genehmigung zur Leistung von Zahlungen für eigene Rechnung im Inland, insbesondere für Reisezwecke,
2. Genehmigung für unentgeltliche Zuwendungen im Inland.

IV. Die Verwendungsmöglichkeiten.

Bei den Verwendungsmöglichkeiten von Sperrmark und Registermark — die Verwendung von Konversionsmark wurde bereits oben berührt — spielt es eine entscheidende Rolle, ob diese gesperrten Guthaben Altbesitz des Forderungsberechtigten sind, oder ob sie erst von ihm im Sperr- und Registermarkhandel des Auslandes erworben werden. Während für Registermark der gesamte Kreis der Verwendungsmöglichkeiten auch dann offen steht, wenn die Registermark erst im ausländischen Handel dem registrierten Berechtigten abgekauft wird, ist für alle Sperrmark-Arten mehr oder weniger der Kreis der Verwendungsmöglichkeiten mit der Zeit vielfach auf die Fälle eingengt worden, in denen es sich um eigene Sperrguthaben, die also den Besitzer seit Entstehung nicht gewechselt haben, handelt. Nebenstehende Tabelle veranschaulicht die zugelassenen Verwendungsarten. Im einzelnen ist zu sagen:

1. Bezahlung von Warenkäufen und Dienstleistungen, z. B. Frachten in Deutschland.

Möglich mit:

Altguthaben	nur eigene
Kreditsperrmark	" "
Vermögensperrmark	" "
Notensperrmark	" "
Effektopsperrmark	" "
Auswandererguthaben	" "
Registermark	auch erworbene

Sämtliche Sperrmark-Arten können nur jeweils für 25 % des Rechnungsbetrages, nach erfolgter Genehmigung, in Zahlung gegeben werden. Die früheren höheren Prozentsätze bei Auswandererguthaben, wenn es sich um Einrichtungsgegenstände oder um Waren handelte, die in einem gewerblichen Betrieb des Auswanderers verarbeitet werden sollten, also nicht zum Weiterverkauf dienen, sind nicht mehr zulässig. Im übrigen sind noch folgende Vorschriften zu beachten:

Der Auslandskostenanteil der Waren darf nicht mehr als 20 % betragen.

Die übrigen 75 Prozent des Rechnungsbetrages müssen in Devisen oder freier Reichsmark eingehen.

Zusahausfuhrverfahren ausgeschlossen.

Bei Altguthaben muß die kontoführende Bank noch Zustimmung erteilen, wenn durch diese Regulierungsart auf einmal mehr als 25 Prozent des am 1. 4. 1932 geschuldeten Gesamtguthabens in Anspruch genommen wird. Gibt die Bank diese Zustimmung nicht, so kann in Höhe von weiteren 25 Prozent des Guthabens jeweils frühestens 6 Monate später erst wieder verfügt werden. Bei Auswandererguthaben

Die wichtigsten Verwendungsmöglichkeiten von Sperrmark und Registermark

nur eigene = solche des Kontoinhabers seit Entstehung

auch erworbene = solche, die aus dritter Hand erworben sind

verwendbar für:	Sperrmark						Registermark
	Altguthaben = Guthaben von Ausländern (nicht Banken) bei inländischen Banken, Firmen und Privatpersonen, entstanden vor dem 16. 7. 31	Kreditsperrmark = Guthaben von Ausländern, die nach dem 3. 8. 31 durch Rückzahlung von Forderungen entstanden	Vermögenssperrmark = Erlös aus dem Verkauf ausländischer Vermögensanlagen in Deutschland soweit diese schon vor dem 19. 2. 32 bestanden	Notensperrmark = Guthaben von Ausländern, entstanden nach dem 19. 2. 32 durch Einreichung inländischer Zahlungsmittel bei Banken	Geldsperrmark = Erlös aus im Inland, nach dem 11. 11. 31 verkauften oder rückzahlbar gewordenem Wertpapier-Aktiebesitz eines Ausländers	Auswandererguthaben = Guthaben von Personen, die nach dem 3. 8. 31 ausgewandert sind oder noch auswandern	= durch Rückzahlung ausländischer Valuten-Bankkredite seitens deutscher Schuldner entstandene bzw. noch entstehende, auf Reichsbank lautende Guthaben von Auslandsbanken auf Registerkonto bei der Reichsbank
Reisen in Deutschland	nur eigene	nur eigene	nur eigene	nur eigene	nur eigene*)	nur eigene	auch erworbene
		bis RM 2000,— je Person und Kalendermonat, bei Pauschalreisen mehr					bis zu RM 3000,— je Person und Kal.-Monat, bei Pauschalreisen mehr
Zwischenfinanzierung von Exportgeschäften	—	auch erworbene	—	—	—	—	auch erworbene
Warenkäufe und Bezahlungen von Dienstleistungen	nur eigene	nur eigene	nur eigene	nur eigene	nur eigene*)	nur eigene	auch erworbene
		bis zu 25 % des Rechnungsbetrages					bis zu 60 % des Rechnungsbetrages
Langfristige Kapitalanlagen Erwerb von Hypotheken u. Grundschulden Langfristige Kredite Beteiligung an inländ. Unternehmungen	auch erworbene	auch erworbene	auch erworbene	auch erworbene	nur eigene*)	auch erworbene	auch erworbene
Kurzfristige Kapitalanlagen	"	"	"	"	" *)	"	"
		jedoch nur in Ausnahmefällen					
Erwerb inländischen Grundbesitzes	"	"	"	"	" *)	"	"
Erwerb inländischer Wertpapiere	"	"	"	"	auch erworbene	"	"
Bezahlung von Versicherungsprämien	nur eigene	nur eigene	nur eigene	nur eigene	nur eigene*)	nur eigene	"
Unentgeltliche Zuwendungen an Verwandte, Stiftungen							
Unentgeltliche Unterhaltsbeiträge an Familienangehörige							
Kosten im Zusammenhang mit den Sperrguthaben, oder den mit ihnen erworbenen Werten	"	"	"	"	"	"	nur eigene
Steuerschulden, soweit sie in Zusammenhang mit den Sperrguthaben und betreffenden Vermögenswerten stehen.							
Transfer oder Clearingüberweisung ins Ausland	"	"	"	"	"	"	—

jedoch nur dann, wenn die Versagung der Genehmigung eine unerträgliche Härte bedeuten würde.

*) Vorausgesetzt, daß die Wertpapiere, aus denen das Sperrguthaben entstanden ist, schon vor dem 15. 4. 32 Eigentum des Kontoinhabers waren.

darf insgesamt nur bis 50 000 RM. auf diese Weise verfügt werden.

Bei Effektenperrmark kommt die Verwendung solcher, die aus Zins- oder Gewinnanteilscheinen entstanden ist, in Betracht. Vor allen Dingen kommen aber auch solche Effektenperrmark hier nicht in Betracht, die mit erst nach dem 15. 4. 1932 erworbenen Effekten zusammenhängen.

Bei Ländern mit Verrechnungsabkommen wird die Devisenstelle selten in eigener Zuständigkeit in der Lage sein, Genehmigung zur Warenbezahlung mit Sperrmark zu erteilen. Folgende Abkommen schließen ausdrücklich die Warenbezahlung mit Sperrmark aus:

mit Norwegen	lt. RE	112/34
" Schweden	" "	102/34
" Schweiz	" "	106/34
" Niederlande	" "	122/34 u. 163/34
" Finnland	" "	128/34
" England	" "	150/34
" Oesterreich	" "	152/34
" Frankreich	" "	176/34

Die Abkommen mit Tschchoslowakei (RE 156/34) und Spanien (RE 179/34) gestatten die Sperrmark-Verwendung für Warenkäufe in Ausnahmefällen und nur auf Anweisung der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung, Berlin.

Das Abkommen mit Belgien-Luxemburg (RE 135/34) lautet dahin, daß sich die Office de Compensation Belgo-Luxembourgeois vorbehält, in einzelnen Härtefällen auch künftig mit Sperrmark-Verwendung zur Warenbezahlung einverstanden zu sein.

Registermark können nach Einholung einer entsprechenden Genehmigung der Reichsbank bis höchstens 60 % des Rechnungsbetrages in Zahlung gegeben werden, wenn die deutsche Warenlieferung nachweislich „zusätzlich“ ist, d. h. wenn ein entsprechendes Zusatzausfuhrverfahren nach den hierfür geltenden Bestimmungen durch die Devisenstellen genehmigt worden ist. Im allgemeinen werden hier nur große Geschäfte in Frage kommen. Ist die Zusätzlichkeit anerkannt, so erteilt die Reichsbank auch die Genehmigung, daß der ausländische Käufer, wenn er nicht selbst registrierter Berechtigter ist, die Registermark von dritten, in das Register eingetragenen Berechtigten kaufen kann. Es wird häufig Sache des Exporteurs sein, diese Genehmigung für seinen Auslandskunden einzuholen.

2. Zwischenfinanzierung von Auslandsaufträgen.

Möglich mit:

Registermark, auch erworbene,
Kreditperrmark, auch erworbene.

Bei größeren Auslandsaufträgen mit Zahlungsfristen von 3—5 Jahren bietet sich, entsprechende Genehmigungen der Reichsbank und des Reichswirtschaftsministeriums vorausgesetzt, die Möglichkeit, jene außerordentlich lange Kreditfrist dadurch zu überbrücken, daß ausländische Banken, die über Registermark- und Kreditperrmarkguthaben verfügen, der deutschen Lieferfirma hieraus einen Kredit mit entsprechend langer Laufzeit gewähren gegen Abtretung der Auslandsforderung.

Das Interesse der ausländischen Bank, die als Besitzer der Register- oder Kreditperrmark auch die erforderlichen Anträge zu stellen hat, liegt hierbei hauptsächlich in einem Kursgeschäft; denn die Aufstauung der Register- oder Kreditperrmarkguthaben wird andererseits durch diese Transaktion gewissermaßen auf 3—5 Jahre hinausgeschoben. Bei Fälligkeit der Auslandslieferung, das ist gleichzeitig der Rückzahlungstermin des Finanzierungskredites, infiziert die ausländische Bank die deutsche Auslandsforderung und schreibt den Betrag

der Lieferfirma gut, wodurch der Kredit getilgt ist. Es handelt sich also nur um eine andere Art der Warenbezahlung mit Sperrmark.

Wenn z. B. bei einem ausländischen Disagio für Registermark von 40 % der Kurs 60 ist, so ergibt sich das Kursgeschäft für die ausländische Bank dadurch, daß die Abrechnung der Registermark für die Lieferfirma, je nach Laufzeit des Kredites mit 80—90 erfolgt. Im Falle von Kreditperrmark wird sich das Verrechnungsverhältnis noch etwas günstiger für die Lieferfirma stellen.

Voraussetzung für eine Genehmigung dürfte naturgemäß sein, daß für das Geschäft ein Zusatzausfuhrverfahren seitens der Devisenstelle genehmigt wird. Außerdem wird die Reichsbank nur dann den ganzen Exporterlös für die Rückzahlung des Finanzierungskredites freigeben, wenn etwa 30 Prozent des Rechnungswertes von der ausländischen kreditierenden Bank in effektiver Devisen oder freier Reichsmark überwiesen wird. Der Finanzierungskredit müßte also zu 70 Prozent in Register- oder Kreditperrmark und zu 30 Prozent in Devisen gewährt werden.

3. Reisen in Deutschland mit Sperrmark und Registermark.

Möglich mit:

Altguthaben	nur eigene
Kreditperrmark	" "
Vermögensperrmark	" "
Notensperrmark	" "
Effektenperrmark	" "
Auswandererguthaben	" "
Registermark	auch erworbene

Für die Sperrmark-Arten (Altguthaben — Auswandererguthaben) gilt lt. RE. 85/34 generell, daß sie nur noch für nicht geschäftliche Reisen des ausländischen Kontoinhabers selbst, seiner Familienmitglieder und des begleitenden Dienstpersonals nach Deutschland und auf deutschen Schiffen freigegeben werden. Die frühere Möglichkeit, auch mit erworbener Sperrmark die Reisekosten zu bezahlen, ist aufgehoben. Bei Effektenperrmark und Sperrguthaben aus der Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen gilt noch die weitere Einschränkung, daß die betreffenden Wertpapiere, aus denen sich die Sperrmarkguthaben ergeben, schon vor dem 15. 4. 1932 Eigentum des ausländischen Kontoinhabers gewesen sein müssen, Härtefälle ausgenommen. Bei Altguthaben gilt wieder die Einschränkung, daß die Bank ihre Zustimmung geben muß, wenn mehr als 25 Prozent des am 1. 4. 32 geschuldeten Gesamtguthabens für die eine Reise in Anspruch genommen werden. Im übrigen kommt die Freigabe nur für Reisen zur Erholung und zum Kurgebrauch in Betracht, nicht für Geschäftsreisen.

Sonst ist in der Art der Reisekosten selbst keine Einschränkung gemacht. Es können also alle Kosten und Aufwendungen in Deutschland, die mit der Reise zusammenhängen, in Sperrmark bezahlt werden.

Ein Nachweis, daß dem Reisenden sonst keine weiteren Mittel im In- und Auslande zur Verfügung stehen, braucht nicht erbracht zu werden.

Es werden freigegeben:

a) bei Nichtpauschalreisen: bis zu 2000 RM. je Person und Kalendermonat,

b) bei Pauschalreisen: in jeder angemessenen Höhe je Person und Kalendermonat.

Pauschalreisen sind solche mit Hotelgutscheinen, Fahrtausweisen etc. eines ausländischen Reisebüros. Voraussetzung für die erhöhten Freigabebeträge je Person und Kalendermonat bei Pauschalreisen ist, daß die Reise mit dem Reisebüro fest abgeschlossen und der Kostenaufwand durch das Reisebüro spezifiziert sein muß. Anträge stellt das ausländische Reisebüro durch sein deutsches Korrespondenzbüro oder durch die Direktion des Mitteleuropäischen Reisebüros Berlin.

In gleicher Weise können Ausländer bei Reisen in Deutschland und auf deutschen Schiffen alle Kosten und Aufwendungen, die mit der Reise zusammenhängen, aus Registermarkguthaben bezahlen, und zwar:

Es können verbraucht werden:

ohne Genehmigung der Reichsbank 1 500 RM je Person und Kalendermonat, Jugendliche unter 15 Jahren die Hälfte, in den Grenzgebieten 25 RM je Person und Tag, Jugendliche unter 15 Jahren die Hälfte, in Reich und Lössach derzeit Zahlungssperre, mit Genehmigung der Reichsbank, falls höhere Beträge benötigt werden.

Insofern die Reisenden nicht selbst registrierte Berechtigte, also in das Register eingetragene Besitzer der Registermarkguthaben sind, können sie die Registermark von den registrierten Berechtigten kaufen. Der hierbei infolge des Registermark-Disagios für die Erwerber entstehende Kursgewinn trägt viel zur Hebung des deutschen Fremdenverkehrs bei. Die registrierten Berechtigten stellen die verkauften Beträge dem betreffenden Reisenden auf einem besonderen Konto bei einer beliebigen deutschen Bank oder Reichspostanstalt zur Verfügung. Der Reisende kann sich des Kontos durch Ankauf von Reiseschecks bedienen, die von der Reichsbank ausgegeben werden. Die geringfügigen Formalitäten erledigt jedes ausländische Reisebüro. Die Bank vermerkt die Auszahlung an den Reisenden unter Datumsangabe im Reisepaß.

Eine zeitlang konnten die Reisenden die Fahrkarten schon im Ausland bei ihren ausländischen Reisebüros und Eisenbahngesellschaften unmittelbar gegen Registermark kaufen, was den Vorteil bot, neben der Kostenverbilligung für die Anfahrt nach Deutschland durch das Registermark-Disagio auch die von der Reichsbahn gewährte besondere Fahrpreismäßigung für solche Reisende, die ihre Fahrkarte schon im Ausland lösen, auszunutzen. Dadurch sind aber dem Reich zu viel Devisen entgangen. Infolgedessen können jetzt die Fahrkarten, die mit den aus Registermark-Reiseschecks erlösten Reichsmarkbeträgen bezahlt werden sollen, erst innerhalb des Reichsgebietes, also praktisch im ersten deutschen Grenzort, gelöst werden. Dagegen ist die Bezahlung von Flug- und Schiffspassagen im Ausland durch Verrechnung mit Registermarkguthaben unverändert weiter möglich.

Die Wiederausfuhr nicht ausgenutzter Registermarkreiseschecks ist zulässig. In diesem Zusammenhang sei hier der kürzlich veröffentlichte Runderlaß des Reichsfinanzministeriums vom 22. 10. 34 wiedergegeben:

„Um die Eingangsabfertigung der Reisenden zu beschleunigen, ist von der Eintragung der Registermarkreiseschecks in die Grenzbescheinigungen auch in

den Fällen abzusehen, in denen außer Registermarkreiseschecks noch weitere Zahlungsmittel eingeführt werden. Die Wiederausfuhr nicht ausgenutzter Registermarkreiseschecks ist ohne weiteres möglich, wenn die Reisenden deren Erwerb durch die Uebereinstimmung von Name und Nummer im Reisepaß mit denen auf den Schecks nachweisen. Bei Reisenden, die nicht ausgenutzte Registermarkreiseschecks ausführen wollen, ist eine eingehende Nachschau bei der Ausgangsabfertigung stets dann geboten, wenn sie nur einen Grenzausweis vorzeigen; denn weil Registermarkreiseschecks nur bei Vorlage des Reisepasses eingelöst werden können, besteht in derartigen Fällen der Verdacht, daß die Reisenden durch Vorzeigen des Grenzausweises statt des Reisepasses die aus diesem erächtlichen Registermarkabhebungen verheimlichen wollen, um die abgehobenen Reichsmarkbeträge gefahrloser auszumuggeln zu können.“

Eine Sonderstellung nehmen die aus der Gutschrift des Reichsmarkterlöses von Zinscheinen der Dawes- bzw. Young-Anleihe entstandenen Registermark ein. Diese werden, falls für Reisezwecke benötigt, auf ein Reiseverkehrs-Sonderkonto II verbucht, über das nur in Form von Akkreditiven, bzw. Kreditbriefen, nicht aber durch Reiseschecks verfügt werden kann.

4. Langfristige Kapitalanlage.

Möglich mit:

Altguthaben	auch erworbene
Kreditsperrmark	" "
Vermögenssperrmark	" "
Notensperrmark	" "
Effektensperrmark	nur eigene
Auswandererguthaben	auch erworbene
Registermark	" "

Die Sperrmark-Arten und Registermark können von Ausländern ferner zu langfristigen Kapitalanlagen in Deutschland verwendet werden, und zwar

A. Sperrmark.

Mit Genehmigung der Devisenstelle:

- zum Erwerb von Hypotheken und Grundschulden auf inländischen Grundstücken,
- zur Gewährung langfristiger Kredite an Inländer,
- zur Beteiligung an inländischen Unternehmungen.

In jedem Falle muß mit einer festen Kapitalanlage auf mindestens 5 Jahre gerechnet werden können. Die Genehmigung wird mit dem Vorbehalt erteilt, daß eine Verfügung über die Hypotheken, Grundschulden, Forderungen oder Beteiligungen, insbesondere eine vorzeitige Rückzahlung durch den Schuldner, nur mit erneuter Genehmigung der Devisenstelle zulässig ist. Gleichermäßen ist genehmigungspflichtig die Verfügung über eine eventuell zur Sicherung des gemäß Punkt b) gewährten Darlehens eingetragene Hypothek („Sperrguthypothek“).

B. Registermark.

Ohne Genehmigung:

- zum Erwerb von Hypotheken und Grundschulden auf inländischen Grundstücken (Dt. Kred.-Abf. Ziffer 10, Unterziffer 5a II),
- zur Gewährung langfristiger Kredite an Inländer,
- zur Umlegung auf selected banks, deutsche Kreditinstitute, die vom ausländischen Bankenausschuß ausgewählt sind, zum Zwecke der langfristigen Kreditgewährung.

Nach Meldung an Reichsbank, und wenn die Reichsbank nicht innerhalb 14 Tagen widersprochen hat

zur Beteiligung an inländischen Unternehmungen, und zwar Kapitalanlagen, für die die Reichsbank im einzelnen oder klassenweise die uneingeschränkte Anlegung zuläßt.

Mit Genehmigung der Reichsbank

zur Gewährung langfristiger Kredite an Inländer, wenn Kapital oder Zinsen oder beides in ausländischer Währung zahlbar sein sollen.

Die allgemeine Bedingung für die Umwandlung von Sperrmark und Registermark in eine langfristige Kapitalanlage im Inland ist, daß es sich nicht um eine solche handeln darf, die volkswirtschaftlich schädlich oder sonst irgendwie bedenklich erscheint. Bei Verwendung von Effekten-Sperrmark über mehr als 50 000 RM., oder bei Verwendung der übrigen Sperrmark-Arten über mehr als 100 000 RM. müssen die Devisenstellen die Entscheidung der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung einholen. Bei Altguthaben gilt auch hier wieder die Einschränkung, daß die kontoführende Bank ihre Zustimmung geben muß, wenn mehr als 25 Prozent des am 1. 4. 32 geschuldeten Gesamtguthabens für die neue Kapitalanlage verwendet werden soll, desgleichen bei Effekten-Sperrmark, daß die Wertpapiere, aus denen sie entstanden ist, vor dem 15. 4. 32 Eigentum des ausländischen Kontoinhabers gewesen sein müssen.

Bei Kapitalanlage in Form langfristiger Kredite ist eine weitere allgemeine Bedingung, daß gewisse Höchstzinsätze nicht überschritten werden, und zwar betragen die Höchstzinsen voraussichtlich jetzt nach Abschluß des Deutschen Kreditabkommens von 1935

4	%	bei fester Laufzeit von mindestens 5 Jahren,
4½	%	" " " " " " 8 "

Eine volkswirtschaftlich gerechtfertigte Kapitalanlage wird beispielsweise vielfach vorliegen, wenn die Hingabe des Darlehens zur Aufrechterhaltung gefährdeter Unternehmen dient.*) Man wird im allgemeinen, soweit es sich um Darlehen aus Sperrmark handelt, der Devisenstelle eine Abschrift des Darlehensvertrages und eine Erklärung, daß weitere Abmachungen nicht bestehen, einreichen müssen. Die Devisenstelle wird ferner, wenn sie den Antragsteller (die inländische Firma) noch nicht näher kennt, einen Handelsregisterauszug und die beiden letzten Jahresbilanzen nebst Gewinn- und Verlustrechnung zur Einsichtnahme verlangen, dazu eventuell einen neuesten Status. Außerdem wird die Devisenstelle ein Gutachten der zuständigen Industrie- und Handelskammer über die allögemeinwirtschaftliche Stellung des Unternehmens, geschäftliche Zuverlässigkeit und berufliche Befähigung des Betriebsführers (bei kleineren Firmen) einholen, ebenso eine Stellungnahme der zuständigen Reichsbankstelle. Hat die Firma Export, so empfiehlt es sich, hierauf besonders zu verweisen und den Erhalt des Sperrmark-Darlehens auch unter diesem Gesichtspunkt besonders dringlich zu machen.

Verschiedentlich wird bei Umlegung von Sperrmark und Registermark in langfristige Darlehen seitens des Auslandsgläubigers zur Bedingung gemacht, daß die

betreffende gesperrte Reichsmarkforderung in eine Valutaforderung umgewandelt wird. Eine solche Umwandlung, die der Zustimmung der Reichsbank bedarf, wird man als ein Zugeständnis auffassen müssen, für das der ausländische Gläubiger als Kompensation eine entsprechende Laufzeitverlängerung des Darlehens einzuräumen hätte, also z. B. die Umwandlung eines auf 5 Jahre festen, 4prozentig verzinslichen Darlehens ohne Minderung des Zinsfußes in ein auf 8 Jahre festes Darlehen.

Soweit die zur langfristigen Kapitalanlage verwendeten Reichsmark-Sperrguthaben und Registermark vom ausländischen Gläubiger erst aus dritter Hand, d. h. mit Kursgewinn, erworben sind, kann nach einem besonderen Erlaß der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung einer Umwandlung des RM.-Darlehens in eine Valuta-Forderung ferner nur dann entsprochen werden, wenn der inländische Darlehensnehmer in den Genuß von mindestens $\frac{1}{3}$ des Kursgewinnes des Auslandsgläubigers bei Erwerb der gesperrten Forderung gelangt.

Im übrigen werden Zinsen auf in langfristige Darlehen umgewandelte Sperrmark seit RE. 117/34 (22. 9. 34) nicht mehr unmittelbar transferiert. Sie sind an die Konversionskasse nach Einholung einer entsprechenden Genehmigung der Devisenstelle zu zahlen.

Hinzuweisen ist noch auf RE 135/32 IV. Gewähren inländische Banken an Inländer Kredite, die in einem wirtschaftlichen Zusammenhang mit den bei ihnen (Banken) befindlichen Kredit-Sperrguthaben stehen, so sind auch diese genehmigungspflichtig, wenn in ihnen gleichzeitig eine Kreditgewährung an den ausländischen Kontoinhaber zu erblicken ist, oder wenn das Guthaben des Ausländers ausdrücklich verpfändet wird, oder wenn nach den allgemeinen Geschäftsbedingungen der betreffenden Bank die Uebernahme einer Bürgschaft oder Garantie des Ausländers zugunsten des kreditnehmenden Inländers eine Verpfändung des Sperrguthabens in sich schließt.

Nach dem Deutschen Kreditabkommen ist mit Genehmigung der Reichsbank im Falle der Registermark die Transferierung in ausländischer Währung bis zu 20 Prozent der Registerguthaben in 2 Halbjahrsraten möglich, wenn der registrierte Berechtigte dafür einen neuen Valuta-Vorverschuß oder Akzeptkredit auf wenigstens ein Jahr gewährt (Ziff. 10, Unterziff. 7 b). Wird Transferierung von mehr als 20 Prozent gewünscht, dann muß der registrierte Berechtigte Aufschub für entsprechend hohe kurzfristige Kredite, die von der Deutschen Golddiskontbank garantiert sind, oder einen Verzicht überhaupt auf die Golddiskontbankgarantie eines gewährten Kredites, oder einen Verzicht auf eine dem Ausland zustehende wiederkehrende Dauerkürzung einer Kreditlinie zugestehen, damit eine gleichwertige Gegenleistung vorhanden ist.

5. Kurzfristige Kapitalanlage.

Möglich mit:

Altguthaben	auch erworbene
Kreditsperrmark	" "
Vermögenssperrmark	" "
Notensperrmark	" "
Effektensperrmark	nur eigene
Auswandererguthaben	auch erworbene
Registermark	" "

In allen Fällen, mit Ausnahme der Registermark, bedarf die Umlegung von Sperrguthaben in kurzfristige Kapitalanlagen besonderer Genehmigungen. Diese sind

*) Vergl. „Sanierung gefährdeter Unternehmen mittels Sperrguthaben“, von Gerichtsassessor Dr. S. Reiffers. Düsseldorf in „Der Wirtschaftstreuhänder“, 3. Jahrg. Nr. 23 (G. M. Gloeckner, Verlagsbuchhandlung, Leipzig).

im Falle von Altguthaben, Kreditsperrmark und Auswandererguthaben an die Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums (RG. 153/32 II) gebunden, im Falle von Effektsperrmark und Notensperrmark an das Vordringen vordringlicher wirtschaftlicher Interessen, z. B. bei Diskontierung oder Lombardierung von Exporttratten oder Gewährung von Saisonkrediten. Bei Effektsperrmark und Altguthaben bestehen außerdem noch die schon wiederholt erwähnten Einschränkungen, vergl. Punkt 3 und 4. Im allgemeinen wird ein Interesse an der Umlegung in kurzfristige Kapitalanlagen verneint werden.

Die Umlegung von Registermark in gesicherte und ungesicherte Reichsmarkdarlehen von mindestens 1 Monat Laufzeit an inländische Personen, Gesellschaften oder Körperschaften ist genehmigungsfrei (Dt. Kred.-Abf. Ziff. 10, Unterziffer 5a II).

3. Erwerb inländischen Grundbesitzes.

Möglich mit:

Altguthaben	auch erworbene
Kreditsperrmark	" "
Vermögensperrmark	" "
Notensperrmark	" "
Effektsperrmark	nur eigene
Auswandererguthaben	auch erworbene
Registermark	" "

Diese Umlegung ist bei allen Sperrmark-Arten genehmigungspflichtig, bei Registermark anmeldspflichtig an die Reichsbank, wobei die Reichsbank innerhalb der nächsten 14 Tage widersprechen kann. Aus einer eventuellen Wiederveräußerung des Grundstückes kann sich nur erneut Sperrmark, bzw. Registermark ergeben. Bei Verwendung von Effektsperrmark über mehr als 50 000.—, oder bei Verwendung der übrigen Sperrmark-Arten über mehr als 100 000.— RM. müssen die Devisenstellen die Entscheidung der Reichsstelle einholen. Bei Effektsperrmark und Altguthaben bestehen außerdem die schon wiederholt erwähnten Einschränkungen, vergl. Punkt 3 und 4, jedoch ist bei Effektsperrmark möglicherweise — unter Berufung auf ältere Bestimmungen (I 9 und II 57 Ri. § 4 d. IV DurchfVO., Dev. I 27 257/33) — hier erreichbar, daß auch solche verwendet werden kann, die aus nach dem 15. 4. 32 durch den Kontoinhaber erworbenen Wertpapieren stammt, und zwar dann, wenn der inländische Veräußerer des Grundbesitzes durch die Nichtveräußerung einen besonderen Nachteil erleiden würde. Entscheidung des Reichswirtschaftsministeriums erforderlich.

7. Erwerb inländischer Wertpapiere zum Verbleib im Inland:

Möglich mit:

Altguthaben	auch erworbene
Kreditsperrmark	" "
Vermögensperrmark	" "
Notensperrmark	" "
Effektsperrmark	" "
Auswandererguthaben	" "
Registermark	" "

Sperrmark und Registermark können ferner verwendet werden:

A. Sperrmark.

Ohne Genehmigung:

zum Erwerb inländischer, auf Inlandswährung oder Sachwerte lautender Wertpapiere, die an inländischen Börsen notiert werden, oder wenigstens in den Arbeitsbereich des Ständigen Bankenausschusses einbezogen sind.

Mit Genehmigung:

zum Erwerb der vorerwähnten inländischen Wertpapiere, die nicht notiert und nicht vom Ständigen Bankenausschuß bearbeitet werden.

zum Erwerb von Steuergutscheinen,

zum Erwerb von Auslandsmarkpfandbriefen, ausgenommen mit Notensperrmark,

zum Erwerb von Anteilen, bzw. Aktien und Gewinnanteilscheinen von Reichsbank und Golddiskontbank,

zum Erwerb von Stücken der Young-Anleihe, deutsche Ausgabe.

B. Registermark.

Ohne Genehmigung:

zum Erwerb inländischer, auf Inlandswährung lautender Aktien oder Schuldverschreibungen, die amtlich notiert,

zum Erwerb solcher Schuldverschreibungen, die nicht amtlich notiert sind, aber von Gesellschaften bzw. Körperschaften ausgegeben sind, von denen Aktien oder andere Schuldverschreibungen amtlich notiert werden (Dt. Kred.-Abf. Ziff. 10, Unterziff. 5a I),

zur Umwandlung in noch zu emittierende Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches, die alsdann zur freien Verfügung des Inhabers stehen (Dt. Kred.-Abf. Ziff. 10, Unterziff. 6).

Nach Meldung an Reichsbank und wenn diese nicht innerhalb 14 Tagen widersprochen hat:

zum Erwerb von anderen inländischen Wertpapieren, die nicht amtlich notiert werden.

Ob es nach RG. 135/32 im Einzelfall heute noch möglich ist, Pfandbriefe, die mit aus Grundstücks-Verkäufen oder Erträgen entstandener Kreditsperrmark erworben worden sind, zur Hypothekenrückzahlung zu verwenden, dürfte die Devisenstelle entscheiden.

Werden die erworbenen Wertpapiere wieder veräußert, so entsteht zunächst lediglich Effektsperrmark, kein freies Guthaben, jedoch kann die Devisenstelle auf Antrag gestatten, daß der Erlös nach den für das ursprüngliche gesperrte Guthaben geltenden Grundsätzen behandelt wird, also eventuell wieder als Altguthaben, Registermark etc. verbucht wird. Für die Verwendung von Altguthaben gilt im übrigen auch hier die unter Punkt 3 und 4 erwähnte Einschränkung.

8. Veräußerung an die Deutsche Golddiskontbank.

Sämtliche Sperrmarkarten, etwa mit Ausnahme von Effektsperrmark, die aus nach dem 15. 4. 32 Eigentum des Kontoinhabers gewordenen Wertpapieren stammt, können genehmigungsfrei an die Deutsche Golddiskontbank veräußert werden, soweit die Golddiskontbank den Ankauf vornimmt und Übereinstimmung bezüglich des Kurses erzielt ist.

9. Umlegung auf andere Banken.

Sämtliche Sperrmark-Arten, etwa mit der unter Punkt 8.) erwähnten Ausnahme, können auf andere inländische Banken umgelegt werden, und zwar:

Mit Genehmigung:

auf andere Devisenbanken, wenn ein besonderes wirtschaftliches Interesse hierfür vorliegt, das auch unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten gerechtfertigt erscheint,

Ohne Genehmigung:

auf die Konversionskasse.

Bei Altguthaben gilt die übliche, schon unter Punkt 3 und 4 erwähnte Einschränkung. Lautet das Altguthaben auf ausländische Währung, so wird verlangt, daß bei Gelegenheit der Umlegung auch gleichzeitig eine Umwandlung zum amtlichen Tageskurs in Reichsmark erfolgt.

10. Bezahlung von Versicherungsprämien.

Möglich mit:

Altguthaben	nur eigene
Kreditsperrmark	" "
Vermögensperrmark	" "
Notensperrmark	" "
Effektensperrmark	" "
Auswandererguthaben	" "
Registermark	auch erworbene

St. RG. 167/34, Teil IV und den vorausgegangenen früheren Verordnungen können die ursprünglichen Inhaber von Sperrmark-Arten ihre Guthaben zur Zahlung von Prämien auf solche Reichsmark-Lebensversicherungen oder Reichsmark-Sachversicherungen im Inland verwenden, die sie für sich selbst, oder zugunsten ihrer Familienangehörigen abgeschlossen haben. Hierbei gilt noch folgendes:

Lebensversicherungen:

Leistungen der Versicherungsgesellschaft, die während der Dauer der Devisenbewirtschaftung aus dem Versicherungsvertrage fällig werden, müssen in Höhe der von dem Versicherungsnehmer aus Sperrguthaben entrichteten Prämien wieder auf ein gleichartiges Sperrkonto verbracht werden. (Geht die Leistung der Versicherungsgesellschaft über die Höhe der aus Sperrmark bezahlten Prämien hinaus, so wird der überschüssende Betrag selbstverständlich in Devisen an den Ausländer überwiesen).

Hat der Ausländer die Lebensversicherung zugunsten eines inländischen Familienangehörigen abgeschlossen, so ist Bedingung, daß eine fest vereinbarte Prämienzahlungsdauer von mindestens 12 Jahren nachgewiesen werden kann. Sonst wird die Genehmigung zur Prämienzahlung in Sperrmark versagt. Tritt der Versicherungsfall ein, so kann die Auszahlung an den Inländer ohne weiteres erfolgen. Die Gründe für die geforderte Vereinbarung einer 12jährigen Prämienzahlungsdauer bedürfen wohl keiner näheren Erläuterung.

Es kommt selbstverständlich auch vor, daß Inländer Versicherungsprämien zugunsten eines ausländischen Versicherungsnehmers zahlen wollen. RE 35/35 DSt. schreibt für diesen Fall den Devisenstellen vor, die erforderlichen Genehmigungen nur unter der Bedingung

zu erteilen, daß die Beteiligten sich mit einer Behandlung dieser Prämienzahlungen entsprechend den für Prämienzahlungen aus Sperrguthaben erlassenen Bestimmungen einverstanden erklären. Das alles gilt jedoch nicht, wenn der Inländer durch Abtretung, Verpfändung, widerrufliche oder unwiderrufliche Begünstigung ein Recht an der Versicherung erlangt hat.

Sachversicherungen:

Hier gilt im allgemeinen das gleiche, wie für die Lebensversicherung, nur mit dem Unterschied, daß es dem Versicherungsnehmer grundsätzlich gestattet wird, den bei Eintritt des Versicherungsfalles zunächst wieder auf Sperrkonto zu bringenden Teil der Versicherungsleistung dann zur Beseitigung des eingetretenen Schadens im Inland zu verwenden, z. B. bei einer Feuerversicherung zur Wiederherstellung des Brandschadens, bei einer Haftpflichtversicherung zur Befriedigung des inländischen Schadenersatzberechtigten usw.

Für Altguthaben und Effektensperrmark gilt im übrigen auch hier wieder die unter Punkt 3. und 4. erwähnte Einschränkung.

11. Zuwendungen und Zahlungen an Inländer für besondere Zwecke.

Möglich mit:

allen Sperrmark-Arten nur eigene,
Registermark, nur eigene.

A. Sperrmark.

Es handelt sich hierbei um die folgenden Hauptgruppen von Zuwendungen und Zahlungen an Inländer, neben denen auch andere Sonderfälle bestehen, für die eine Sperrmark-Verwendung nicht ausdrücklich vorgesehen, aber immerhin auf Antrag und Darlegung der Verhältnisse vielleicht erreichbar ist. Genehmigungen können jedenfalls erteilt werden:

- für unentgeltliche Zuwendungen an Verwandte und für Stiftungen an soziale, religiöse und andere kulturelle Einrichtungen,
- für angemessene, unentgeltliche Unterhaltsbeiträge an Familienangehörige, die sich zur Berufsausbildung in Deutschland aufhalten,
- für die Bezahlung inländischer Verwaltungs-, Gerichts- und Anwaltskosten, soweit sie mit Entstehung, Verwaltung, Abrechnung usw. der Sperrguthaben oder der Vermögenswerte, aus denen das zu verwendende Sperrguthaben, etwa in Form von Zinsen etc., entstanden ist, zusammenhängen.
- für Begleichung von Steuerschulden im Inland, soweit sie in dem unter c) erwähnten Zusammenhang mit den Sperrguthaben und Vermögenswerten stehen. Früher brauchte die Steuerschuld sich nicht auf das Sperrguthaben zu beziehen. (I 10 Abs. 3 Ri und RG. 153/32). Das ist nach dem Wortlaut der neuen Richtlinien geändert.
- für Ausbesserungs- und Umbauarbeiten an inländischem Grundbesitz des ausländischen Gläubigers. Dev. I 18501/33 enthielt die Einschränkung, daß hierfür Genehmigung nur erteilt wird, wenn Ertragnisse aus freien inländischem Vermögen nicht vorhanden sind oder nicht ausreichen. Es ist anzunehmen, daß die Einschränkung weiter fortbesteht.

B. Registermark.

Die registrierten Berechtigten können aus ihrem Guthaben ohne Genehmigung bezahlen (Dt. Kred.-Abf. Ziff. 10, Unterziff. 7b).

- a) Kosten und Aufwendungen aus dem Deutschen Kreditabkommen.
- b) Ausgaben für die Unterhaltung ihrer Vertretungen in Deutschland,
- c) ihre deutschen Steuern,
- d) Ausgaben in Verbindung mit ihren deutschen Anlagen oder ihren Registerguthaben selbst.

12. Ueberweisung ins Ausland in Härtefällen:

Ein Transfer, oder soweit möglich, die Verrechnung im Clearing ist in Härtefällen für alle Sperrmark-Arten zugelassen. (Registermark scheidet aus, weil der hier in Frage kommende Begriff des Härtefalles nicht anwendbar erscheint). Es kann sich nur um besondere Maßnahmen handeln, in denen — wie der Wortlaut der Verordnung ist: — „Die Verjagung eine unerträgliche Härte bedeuten würde.“

Allgemein gilt: Die Transferierung oder Clearingverrechnung erfolgt:

1. (wohl ohne Ausnahme) für Nutzungen der mittels Sperrguthaben erworbenen Young-Anleihe, Reichsbankanteile und Aktien der Deutschen Golddiskontbank,
2. (mit den oben erwähnten großen Einschränkungen) für Zahlungen in Härtefällen zum Lebensunterhalt oder zur Befriedigung dringender persönlicher Bedürfnisse des Gläubigers.

Eine Sonderstellung nehmen in dieser Hinsicht die Bestimmungen in Zusammenhang mit der Palästina-Auswanderung ein. Palästina-Auswanderer können, solange sie sich noch im Inland aufhalten, mit Genehmigung der Devisenstelle Reichsmarkbeträge auf das Sonderkonto I der Bank der Tempelgesellschaft Ltd. bei der Reichshauptbank Berlin zugunsten der „Trust and Transfer Office „Haavara“ Ltd., Tel-Aviv, überweisen, wobei sie zuvor einen regulären Vertrag mit der vorerwähnten Haavara Ltd. durch Vermittlung der Palästina-Treuhandstelle zur Beratung deutscher Juden G. m. b. H., Berlin SW. 68, Friedrichstraße 218, abgeschlossen haben müssen. Die Devisenstelle erteilt die Genehmigung neuerdings ohne Vorzeigung der Einreiseerlaubnis nach Palästina und der sonstigen letzten Beweismittel, vorausgesetzt, daß die übrigen im RE. 29/33 für die Auswanderung vorgeschriebenen Nachweisungen beigebracht werden können. Die Palästina-Treuhandstelle gewinnt auf Grund dieser Vorausgenehmigungen einen Überblick über die bevorstehenden Finanzspruchnahmen des Sonderkontos I und kann den Genehmigungsinhabern einen bestimmten Rang für ihre Einzahlungen zusichern, sodaß diese also ungefähr erfahren können, wann der Transfer ihrer Einzahlungen an die Reihe kommt.

Die Genehmigungsbescheide der Devisenstellen enthalten lt. Allgem. Erlaß vom 30. 1. 35 — Dev. A 4491/35 zugleich den folgenden Vermerk:

„Erfolgt die Auswanderung vor der Einzahlung, so berechtigt der Genehmigungsbescheid auch dazu, die Einzahlung aus eigenen Sperrgut-

haben (auch Wertpapier-sperrguthaben) des Herrn/Frau/Frl. zu bewirken.“

Hierdurch bedarf es also keiner weiteren formellen Umschreibung der einmal erteilten Genehmigung von Reichsmark auf Sperrmark, wenn der Palästina-Auswanderer die Auswanderung antritt und sich infolgedessen seine zurückbleibenden Guthaben in Sperrmark verwandeln.

Was den Erwerb und die Ausfuhr des Vorzeigegeldes von 1000 paläst. Pfund betrifft, so erfolgt diese Zahlung in keinem Falle aus Sperrmark, weil die Ueberweisung dieses Betrages stets vor der Auswanderung an die Reichsbank aufgegeben sein wird, damit der Auswanderer, in Palästina ankommend, die 1000 paläst. Pfund auch sogleich vorfindet. Ueber weitere diesbezügl. Einzelheiten siehe RE 54/33, RE 12/34, RE 59/34 und RE 49/35.

Ähnliches gilt für die Einzahlungen auf Sonderkonto II der Bank der Tempelgesellschaft, die hier nicht näher berühren, weil sie in der Regel noch im Zeitpunkt der Zuländer-Eigenschaft erfolgen (RE 82/34).

Die Fülle der wirtschaftlichen Zwecke, die im modernen Finanz- und Geldwesen trotz der Gebundenheit von Sperrmark und Registermark auch mit diesen Rechtstiteln verfolgt werden können, sind mit den vorstehenden Ausführungen nur im großen Umkreis dargestellt. Wenn ein Ausländer Sperrmark aus dritter Hand im Ausland erwirbt, so kann angenommen werden, daß dies im Verfolg eines der Geschäfte geschieht, für die nach den deutschen Bestimmungen solche Sperrmark Verwendung finden kann. Möglich wäre aber ebenso gut ein Erwerb von Sperrmark aus dritter Hand, ohne daß hierbei unmittelbar oder sogleich eine inländische Sperrmark-Verwendung beabsichtigt ist, z. B. im Fall der Spekulation auf eine baldige Aufhebung der gesamten deutschen Sperrmark-Ordnung. Es findet dann hier zunächst lediglich eine Umlegung von Sperrmark auf einen anderen ausländischen Gläubiger statt. Soweit die deutsche Devisengesetzgebung hier einen Einfluß auf die rechtliche Gestaltung des Schuldverhältnisses haben kann, bestimmt sie, daß solche Umlegungen genehmigungspflichtig sind. Die Genehmigung kann nur erteilt werden, wenn in keiner Beziehung die Gefahr einer sich hierdurch vollziehenden Abdeckung einer deutschen Forderung, etwa durch Aufrechnung, eintritt. Sie soll im allgemeinen nur erteilt werden, wenn der neue ausländische Gläubiger das Guthaben in einer für die deutsche Wirtschaft erwünschten Weise verwenden will (II 36 Ri. und RE. 153/32 I Abj. 4).

Eine besondere Situation ergibt sich für Einwanderer und Rückwanderer. Die ersteren werden zuweilen, die letzteren sehr häufig Sperrmark-Besitzer sein. Sie könnten auch durch Erwerb aus dritter Hand Besitzer von Sperrmark geworden sein. Lt. § 9 Ziff. 2 der 10. DurchfVO. v. 22. 12. 34 sind sie nun verpflichtet, auch diejenigen Sperrguthaben, die sie nach dem 31. 12. 1933 erworben haben, der Reichsbank anzubieten, bzw. also gegebenenfalls zu Auslandskursen zu verkaufen. Hierdurch wird Ausländern die Möglichkeit abgeschnitten, vor einer beabsichtigten Uebersiedelung nach Deutschland ihr Vermögen in deutschen Sperrguthaben anzulegen, um nach erfolgter Uebersiedelung als Inländer darüber dann frei verfügen und das Sperrmark-Disagio einstecken zu können. Es versteht sich von selbst, daß diese Anbietungspflicht nicht nur für die aus dritter Hand er-

worbenen Sperrguthaben gilt, sondern auch für solche, die neu, z. B. durch Verkauf von Wertpapieren erst geschaffen worden sind. Auch hier sind jedoch gewisse Härtefälle möglich. Die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung hat sich ihre Entscheidung z. B. in solchen Fällen vorbehalten, in denen die Ausländer vor ihrer Einwanderung bei der Devisenstelle die Genehmigung beantragen, Teile ihres Vermögens zum Ausgleich von im Ausland entstandenen Verlusten in Sperrmark anlegen zu dürfen und von der späteren Anbietungspflicht befreit zu werden. St. RE 53/35 kommt als Sperrmarkanlage in diesen Fällen jedoch nur der Kauf von Kredit-sperrguthaben, ausländischen Arbitragewertpapieren und Registerguthaben in beschränktem Umfang in Betracht.

Zur Beurteilung des Wertes der Sperrmark- und Registermarkregelung sind z. B. nur Zahlen aus dem Gebiet der Registermark greifbar. Unter Zugrundelegung von Angaben, die in dem Aufsatz „Das fünfte Stillhalteabkommen“ von Dr. jur. S. M. Simon (erschieden im „Bankarchiv“) enthalten sind, läßt sich folgendes Bild entwickeln:

Registermarkabruf:

	1933	1934
	in Millionen RM	
für Reiseverkehr ca.	300	353
„ Investitionen ca.	114	43
„ sonstige Zwecke und Zusatz- exporte ca.	117	73
	531	469

Insgesamt betrugen die Registermarkabrufe somit 1 Milliarde Reichsmark, die aus mindestens teilweise Erstattung wieder zum großen Teil in den Kreislauf der deutschen Volkswirtschaft durch die Auslands gläubiger selbst eingebracht worden sind. Nimmt man die zweifelsohne auch mehrere 100 Mill. RM betragenden Sperrmarkabrufe seit 1932/33 hinzu, so läßt sich feststellen, daß die Gesamtregelung in hohem Maße von ausländischer Gläubigerseite in Anspruch genommen wird und allseitigen Interessen in gewissermaßen anerkannter Weise dient, trotzdem sie nur eine Notlösung ist, an deren Stelle schon längst etwas Besseres gesetzt worden wäre, wenn die Devisenlage des Reiches es gestattet hätte.

Neues Recht der Räumungsverkäufe und ähnlicher Veranstaltungen.

Von Dr. jur. Alexander Elster (Berlin.)

Die Änderungen, die das Recht der Ausverkäufe, Räumungsverkäufe, Inventurverkäufe und Sonderveranstaltungen durch die Verordnung vom 9. März 1932 erfahren hat und die ihrerseits schon eine Verschärfung der älteren Bestimmungen gegen unlautere Sonderverkaufsveranstaltungen enthielten, haben sich noch nicht als ausreichend erwiesen, weil sie Umgehungen noch nicht mit voller Sicherheit zu verhindern vermochten. Man hat damals bereits die Freiheit solcher Veranstaltungen wesentlich eingeschränkt, so daß als „Ausverkauf“ überhaupt nur noch solche Veranstaltungen angekündigt werden dürfen, die ihren Grund haben a) in der Aufgabe des gesamten Geschäftsbetriebs oder b) in der Aufgabe des Geschäftsbetriebs einer Zweigniederlassung oder c) in der Aufgabe einer einzelnen Warengattung. Der Sinn ist der, daß das „Aus“ im Worte „Ausverkauf“ bedeuten soll, der Verkauf mit solchen Waren oder in solchem Geschäftsbetriebe werde endgültig aufgegeben. Es muß, wenn der Teilausverkauf der Warengattung erlaubt sein soll, sich um einen Komplex bestimmter Warenarten handeln, die dann endgültig aufgegeben und nicht etwa in ganz ähnlicher, wenn auch sachlich veränderter Art weiter geführt werden sollen.

Ähnlich ist auch der Sinn der verordneten Sperrfrist — das Verbot der Weiterführung des Betriebes. Diese Sperrfrist traf dort (§ 7 Abs. 4) bereits jeden Geschäftsinhaber, bei der öffentlichen Handelsgesellschaft jeden einzelnen von mehreren Gesellschaftern, bei der Kommanditgesellschaft die persönlich haftenden Gesellschafter und wohl auch die Kommanditisten, bei der G. m. b. H. die Geschäftsführer.

Hier setzt nun die neue Verschärfung der Bestimmungen durch das Gesetz v. 26. Februar 1935 (Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, RWBl. I, 311, in Kraft vom 1. März 1935 ab) ein, indem die Sperrfrist — durch den besonderen § 7c, der an die Stelle des § 7 Abs. 4 getreten ist — jetzt per-

sönlich und sachlich ausgedehnt worden ist. Denn jetzt ist es nach Beendigung eines Ausverkaufs nicht nur dem Geschäftsinhaber, sondern auch seinem Ehegatten und den nahen Angehörigen beider verboten, den Geschäftsbetrieb oder den Teil davon, dessen Aufgabe angekündigt worden war, fortzusetzen, oder vor Ablauf eines Jahres an dem Ort, an dem der Ausverkauf stattgefunden hat, einen Handel mit den davon betroffenen Warengattungen zu eröffnen. Der Fortsetzung des Geschäftsbetriebs oder der Eröffnung eines eigenen Handels steht es gleich, wenn der Geschäftsinhaber, sein Ehegatte oder ein naher Angehöriger beider sich zum Zwecke der Umgehung der Vorschrift an dem Geschäft eines anderen mittelbar oder unmittelbar beteiligt oder in diesem tätig wird. Ferner ist es nach Beginn eines Ausverkaufs auch anderen als den genannten Personen verboten, mit Waren aus dem Bestand des von dem Ausverkauf betroffenen Unternehmens den Geschäftsbetrieb in denselben oder in unmittelbar benachbarten Räumen aufzunehmen. Hinzu kommt durch das neue Gesetz eine schärfere Bezeichnung des Begriffs Geschäftsinhaber bei Handelsgesellschaften: als Geschäftsinhaber gilt derjenige, der „wirtschaftlich maßgebend beteiligt ist oder auf die Geschäftsführung maßgebenden Einfluß hat“. Hiermit ist dem Verfahren, ein aufgegebenes Geschäft nach dem Ausverkauf durch einen Sozius oder durch Familienangehörige fortsetzen oder neu beginnen zu lassen, ein zweifelloser wirksamer Niegel vorgeschoben. Als „nahe Angehörige“ gelten die Verwandten in auf- und absteigender Linie und die voll- und halbblütigen Geschwister sowie ihre Ehegatten.

Diese Verschärfung war, wie die amtliche Begründung des neuen Gesetzes hervorhebt, erforderlich, weil die Erfahrung gezeigt hat, daß die frühere Sicherung nicht genügt, weil noch mancherlei Auswege offen blieben. Insbesondere kann es geschehen, daß der bisherige Geschäftsinhaber sich mit seiner Person äußerlich vollkom-

men zurückhält und zur Fortsetzung oder Wiedereröffnung des Handels einen nahen Angehörigen vorschreibt, während er wirtschaftlich mit dem Geschäft verbunden ist. Wegen des engen Familienzusammenhalts ist es unter diesen Umständen kaum möglich, von außen her genügend Einblick zu gewinnen, um das Bestehen einer Beteiligung mit Sicherheit feststellen zu können.“ Es wird mithin unterstellt, daß in dem von dem Verbot betroffenen Fall lediglich ein Wechsel des Inhabers vorliegt. Wo dies nicht zutrifft, kann dem durch Gewährung einer Ausnahme Rechnung getragen werden. Denn da die höhere Verwaltungsbehörde Ausnahmen bewilligen kann, besteht die Möglichkeit, solchen Fällen Rechnung zu tragen, in denen keine unlauteren Absichten verfolgt werden.

Die neue Fassung des Gesetzes bringt überdies eine ausdrückliche Erstreckung der Sperrfrist auf die Wiedererrichtung einer im Wege des Ausverkaufs aufgelösten unselbständigen Verkaufsstelle. Das hier aufgestellte Verbot der Errichtung neuer Verkaufsstellen innerhalb eines Jahres nach Beendigung eines Räumungsverkaufs schließt es, wie die amtliche Begründung mit Recht hervorhebt, selbstverständlich auch aus, durch Uebernahme eines bisher von anderer Seite betriebenen Geschäfts eine neue Verkaufsstelle des Unternehmens zu schaffen.

Nach wie vor ist zwischen a) echtem Ausverkauf (§ 7), b) Räumungsverkauf (§ 7a), c) Sonderveranstaltungen (§ 9) zu unterscheiden. Im Recht des „Räumungsverkaufs“ bleibt es im allgemeinen bei der bisherigen Regelung des § 7a; nur werden die Worte „aus dem vorhandenen Bestande“ gestrichen. Auch dies bedeutet eine beachtliche Erweiterung des bisherigen Verbots. Räumungsverkauf liegt ja nicht nur dann vor, wenn ein bestimmter Warenvorrat „aus dem vorhandenen Bestande“ zu besonderem Verkauf gestellt wird, sondern auch dann, wenn er erst zu diesem Zwecke heringenommen worden ist oder sonstwie aus fremdem Besitz stammt. Diese weitere Beschränkung der erlaubten Räumungsverkäufe ist berufen, Umgehungen des Verbotes, die bisher unmöglich erscheinen mochten, wirksam zu verhüten. Wichtig aber bleibt nach wie vor, daß ein Räumungsverkauf nur zulässig ist, wenn in der Ankündigung der Grund angegeben wird, der zu dem Verkauf Anlaß gegeben hat, und dieser Grund muß der Wahrheit entsprechen und er muß nach der Auffassung des Verkehrs geeignet sein, den Verkauf von Waren in der besonderen Art eines Ausverkaufs zu rechtfertigen.

Daß ein Vor- und Nachschieben von Waren nicht als Räumung eines bestimmten Warenvorrats aus vorhandenem Bestande anzusehen ist, mußte bei gutwilliger sinngemäßer Auslegung schon vor der jetzigen Aenderung des Gesetzes angenommen werden. Die amtliche Begründung nennt als Beispiel: „Sollen durch Brand oder Hochwasserschaden in Mitleidenschaft gezogene Vorräte beschleunigt abgesetzt werden, so macht es keinen sachlichen Unterschied, ob sie den gesamten Bestand eines Geschäfts darstellen oder ob nur ein Teil davon Schaden genommen hat. Da die Worte „bestimmter Warenvorrat“ den Sinn der Vorschrift allein schon genügend zum Ausdruck bringen, werden zur Behebung der entstandenen Zweifel die Worte „aus dem vorhandenen Bestande“ gestrichen“. Ob übrigens Markentartikel bei Ausverkäufen zu herabgesetzten Preisen verkauft werden dürfen, wird von einem Gutachten des

„Sonderausschusses zur Regelung von Wettbewerbsfragen der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels“ Nr. 1/1934 dahin beantwortet, daß es nicht gegen das Wettbewerbsrecht verstößt, wenn in einem echten Ausverkauf wegen Aufgabe des Geschäfts oder einer Warengattung Markenware, die durch ein lückenloses Preisbindungssystem geschützt ist, unter dem vorgeschriebenen Preis verkauft wird, sofern der Veranstalter vergeblich versucht hat, die Rücknahme der Bestände oder die Streichung der Aufträge vom Lieferer der Markenware oder die Uebernahme der Markenware durch seine Berufsorganisation oder Mitbewerber zu erreichen. Für Räumungsverkäufe (im Sinne des § 7a UWG.) dagegen gilt dies nach demselben Gutachten nicht. In solchen Fällen muß besonders deutlich in der Ankündigung ersichtlich gemacht werden, daß die Markenwaren von der Preisherabsetzung ausgenommen sind.

Von besonderer Wichtigkeit aber ist das neue Recht der Sonderveranstaltungen und der bisher üblichen Saisonschlus- und Inventurverkäufe. Hier fällt nun der Begriff Saisonschlus- und Inventurausverkauf aus dem Wortlaut des Gesetzes überhaupt fort, während die Sonderveranstaltung auch bisher schon eine nicht im Gesetzestext vorkommende, aber seinem Sinne entsprechende Bezeichnung war. An die Stelle dieser beiden Bezeichnungen tritt jetzt durch die Neufassung eine nur auf obrigkeitlicher Zulassung beruhende, nicht näher definierte Veranstaltung; denn es heißt in dem jetzigen § 9: „Die Vorschriften der §§ 7a, 7b und 8 finden keine Anwendung auf Verkäufe, die auf Grund allgemeiner Zulassung um die Wende eines Verbrauchsabschnitts stattfinden. Die Zulassung kann durch den Reichswirtschaftsminister oder eine von ihm bestimmte Stelle erfolgen.“ Es kann danach also keine Berufung des Einzelnen auf den gesetzlichen Begriff eines „Saisonschlus-“ oder „Inventurverkaufs“ oder einen Streit um Uebllichkeit oder Notwendigkeit solcher Veranstaltung mehr geben, vielmehr ist es in die diskretionäre Gewalt der Behörde (Reichswirtschaftsminister oder eine von ihm bestimmte Stelle bzw. subsidiär die höhere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der zuständigen Handels-, Handwerks- und Industrievertretungen) gelegt, ob und wie weit eine „allgemeine Zulassung von Verkäufen, die um die Wende eines Verbrauchsabschnitts stattfinden“, ausgesprochen wird.

Die neue Bestimmung dient außerdem der Vereinheitlichung des Rechts. Dies wird in der amtlichen Begründung besonders hervorgehoben, denn es können sich Unzuträglichkeiten ergeben, wenn für benachbarte Bezirke mit engem wirtschaftlichen Zusammenhang wegen ihrer verschiedenen politischen Zugehörigkeit unterschiedliche Anordnungen ergehen. Um eine einheitliche Handhabung zu ermöglichen, wird die Zuständigkeit von der höheren Verwaltungsbehörde auf den Reichswirtschaftsminister übertragen. „Die damit gegebene Gewähr für die Berücksichtigung aller Belange der Wirtschaft“, sagt die amtliche Begründung, „erübrigt es, in das Gesetz selbst einschränkende Voraussetzungen für die Zulassung dieser Verkäufe aufzunehmen. Die in der jetzigen Fassung des Gesetzes aufgestellten Bedingungen der Uebllichkeit im ordentlichen Geschäftsverkehr und der Notwendigkeit für eine ordentliche und gesunde Geschäftsentwicklung fallen daher fort“. . . „Der eigentliche Zweck der Saisonschlus- und Inventurverkäufe besteht darin, die Läger beschleunigt von überholten, weil modisch oder

jahreszeitlich bedingten, sonst aber regulären Beständen zu befreien, um Platz für Waren zu schaffen, die der neuen Jahreszeit oder Mode angepaßt sind. Dagegen entspricht es nicht dem Sinn dieser Verkäufe, wenn dafür Sonderanfertigungen von Waren minderer Qualität erfolgen, die zu besonders billigen Preisen vertrieben werden. Um dies verhüten zu können, erhält der Reichswirtschaftsminister die Ermächtigung, das Vor- und Nachschieben von Waren zu verbieten oder zu beschränken.“ Es war dem Anreiz, wie auch ein Aufsatz in dem Wirtschaftsblatt der Berliner Industrie- und Handelskammer ausführte (Secht, Der ordnungsmäßige Inventurverkauf) zu sehr nachgegeben worden: „Man verkaufte keine Inventurware, sondern alle Ware billig aus. Es blieb aber nicht dabei; man erzeugte einen Rausch des Kaufens und mischte bei dieser Gelegenheit nicht nur den ganzen „Schund“, sondern oft auch eigens hergestellte Inventurware in den Verkauf. Es fehlte an zeitlicher Beschränkung. Durch Sonderveranstaltungen vor und nach den Inventurverkäufen schuf man praktisch eine zeitlich nicht begrenzte Waren- und Preisschleuderei.“

Dieses Verfahren wurde dadurch ermöglicht, daß man in Verkennung des Begriffs „freie Wirtschaft“ die gesetzlichen Schranken des Wettbewerbsrechtes durch weitherzige Auslegung praktisch außer Kraft setzte. Hinzu kam aber auch, daß es an Sonderbestimmungen für diese Sonderart der Verkaufstätigkeit fehlte, mit deren Hilfe man die feinen Schleichwege unlauteren Gebarens sperren konnte.“

In diesem Zusammenhange muß zum Schluß darauf hingewiesen werden, daß neuerdings, schon vor Erlass dieses Gesetzes, für Berlin und den Regierungsbezirk Potsdam die „Weißen Wochen“ verboten worden sind, und es ist inzwischen auf Grund des neuen § 9a eine

Anordnung des Reichswirtschaftsministers v. 14. März 1935 (Reichsanzeiger Nr. 65 v. 18. 3. 35) ergangen, die ganz allgemein bestimmt, daß im Jahre 1935 Verkaufsveranstaltungen in der Art der sogenannten „Weiße Woche“ nicht vorgenommen werden dürfen, wobei die Bezeichnung der Veranstaltung unerheblich ist. Verbieten sind demnach besondere Verkaufsveranstaltungen, in denen eine Zusammenstellung weißer Waren angeboten wird. Alle ähnlichen Sonderveranstaltungen, wie „Billige Handschuhstage“, „Werbewochen“, „Reklametage“, „Ausnahmetage“, „Osterverkauf“ usw., sind entweder nur unmaßgebliche Bezeichnungen oder es ist eine juristische Einreihung unter die schon genannten Formen der Räumungs- oder Saisonverkäufe möglich oder es handelt sich um Ankündigungen, die daraufhin zu unterzuchen sind, ob ein Verstoß gegen § 1 UWG. (Verstoß gegen die guten Sitten) oder §§ 3 und 4 UWG. (irreführende, unwahre Anpreisung) vorliegt.

Es ist gut, daß hier einmal eingegriffen wird und die diskretionäre Gewalt der Behörde eingesetzt wird, um die immer wieder auftauchenden, in schillernden Ausdrücken prangenden Einfälle zu beschneiden, die eben doch nichts anderes als marktschreierisch sind. Die Grenze zwischen „bloßer“ marktschreierischer Anpreisung einerseits und „Veranstaltung“ andererseits ist kaum scharf zu ziehen. Während man lange Zeit hindurch eine „bloße Marktschreierei“ glaubte entschuldigen zu sollen, ist mit Recht die Anschauung auch des Reichsgerichts jetzt strenger geworden (vgl. RG. in HR. 1929, 1985 und RGSt. 63, 120), wie ich dies schon in meinem Kommentar (1932) befürwortete, denn „bloße Marktschreierei“ kann bei einer auch in der Werbetätigkeit geläuterten öffentlichen Ordnung kein Entschuldigungsgrund für unzutreffende Angaben sein.

Wirtschaftsberichte

Die Wirtschaftslage in Deutsch-Oberschlesien im Februar-März 1935.

Im Februar 1935 setzte bereits der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Oberschlesien ein. Die Zahl der Arbeitslosen nahm um 2815, d. i. um 3,2%, ab. Eine Zunahme erfolgte lediglich im Arbeitsamtsbezirk Beuthen um 4,9% (477 Köpfe) und dadurch auch im gesamten Industriegebiet um 0,8%. Von den übrigen Arbeitsamtsbezirken Oberschlesiens hatten den größten Rückgang gegenüber dem Vormonat der Bezirk Neustadt mit 9,4% (1012 Köpfe), Reife mit 7% (439 Köpfe) und Oppeln mit 6,4% (1119 Köpfe) zu verzeichnen. Gegenüber dem gleichen Vorjahrsmonat war die Arbeitslosigkeit in den Bezirken Reife, Ratibor und Oppeln etwas höher, im Industriegebiet jedoch um 11,2% niedriger. Die Zahl der Notstandsarbeiter erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 87,9% auf 4971. Von den verschiedenen Berufsgruppen hatten die Saisonarbeiter eine Abnahme der Arbeitslosigkeit um 4,4%, die übrigen Berufsgruppen um 1,8% aufzuweisen. Am stärksten war die Entlastung in der Industrie der Steine und Erden (um 11,1%) und im Spinnstoffgewerbe (um 11,6%). Geringer stieg die Arbeitslosigkeit in den Angestelltenberufen um 10,2%. Gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres war die Arbeitslosenzahl in Oberschlesien um 4546, d. i. um 5% niedriger, jedoch um 57,1% höher als zur Zeit der größten Entlastung im Vorjahre, am 30. 4. 34.

Die landwirtschaftlichen Saisonarbeiter, die während des Winters ihre Heimat Oberschlesien aufgesucht hatten, sind seit dem 2. Märzdrittel wieder in der Abreise nach aus-

wärtigen Bezirken, wo ihnen Arbeit gesichert ist, begriffen. Anfang April ist der überwiegende Teil der Saisonarbeiter bereits abgefahren. Damit tritt eine weitere Entlastung der Berufsgruppe Landwirtschaft ein. Ebenso wandern zur Zeit, wie alljährlich, viele Bauarbeiter, die in Oberschlesien beheimatet sind, zur Arbeitsaufnahme nach anderen Teilen Deutschlands.

Arbeitslose Arbeitsuchende in Oberschlesien. Monat Februar 1935.

Arbeits- amts- bezirk	Stand am		Zu- bzw. Ab- nahme gegen Vormonat + bzw. -		Stand am Mo- natssept. Febr. 1934	Abnahme gegen den gleichen Monat des Vorjahres	
	28. Febr. 1935	31. Jan. 1935	absolut	%		absolut	%
Beuthen .	10 273	9 796	+ 477	4,9	12 183	- 1 910	15,7
Gleiwitz .	12 274	12 311	- 37	0,3	13 088	- 814	6,2
Hindenburg .	10 748	10 925	- 177	1,6	12 214	- 1 466	12,0
Industrieg.	33 295	33 032	+ 263	0,8	37 485	- 4 190	11,2
Kreuzburg	6 219	6 292	- 73	1,2	6 519	- 300	4,6
Reife . .	5 855	6 294	- 439	7,0	5 598	+ 257	4,6
Neustadt .	9 760	10 772	- 1012	9,4	10 642	- 882	8,3
Oppeln .	16 458	17 577	- 1119	6,4	16 172	+ 286	1,8
Ratibor .	14 476	14 911	- 435	2,9	14 193	+ 283	2,0
Oberschles.	86 063	88 878	- 2815	3,2	90 609	- 4 546	5,0

Die Belegschaftsziffer im Kohlenbergbau ging im Februar gegenüber dem Vormonat um 212 zurück, in den Koksanlagen erfolgte hingegen eine Zunahme um 18, in den Bricketfabriken ein Rückgang um 1. Die Arbeiterzahl in den Eisenhütten erhöhte sich um 353, während in den Zink- und Bleierzgruben wie auch Zinkwalzwerken die Belegschaftsziffer unverändert blieb. Schließlich verzeichnete die Zementindustrie einen Rückgang der Arbeiterzahl um 33. Demnach erhöhte sich in der Großindustrie Oberschlesiens die Belegschaftsziffer insgesamt im Berichtsmonat um 126; gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat war Ende Februar die Beschäftigung in den Steinkohlengruben um 4,7%, in den Koksanlagen um 10,2% höher, hingegen in den Bricketfabriken um 9,6% niedriger. In der Eisenindustrie war sie um 23,5%, in den Zinkerzgruben um 13,2%, in den Zinkwalzwerken um 17,3%, in der Zementindustrie um 46,2% höher. Bei den öffentlichen Arbeiten konnten im Februar am Adolf-Hitler-Kanal und beim Staubeckenbau in Turawa infolge der ungünstigen Jahreszeit nur wenig Kräfte beschäftigt werden. Im März konnten infolge des Kälteeinbruchs in der ersten Monatshälfte auch erst vom 15. März ab größere Neueinstellungen vorgenommen werden.

Die Entlastung von der Arbeitslosigkeit, gemessen an der Einstellung von Arbeitskräften, die in der Zeit des Niederganges der deutschen Wirtschaft von 1928 bis Anfang 1933 erwerbslos geworden waren, verbesserte sich nur geringfügig gegenüber dem Januar. Die Entlastung betrug 44,3% gegen 67,6% im ganzen Reich. Oberschlesien stand der Höhe der Entlastung nach hinter sämtlichen Landesarbeitsamtsbezirken, auch hinter Gesamtschlesien (mit 53,2%) zurück.

Im Kohlenbergbau war die Absatzbesserung im März nur gering. Der durchschnittliche Tagesabsatz war für die Zeit vom 1. bis 24. März um 2,1%, für den ganzen März aber nur um 0,1% höher als im arbeitstäglichen Durchschnitt des Februar. In der ersten Monatshälfte brachte der Kälteeinbruch eine gewisse Steigerung des Hausbrandgeschäfts. Nach dem Wiederauftauen der Oder begann auch wieder der Industriekohlenmarkt sich einzudecken. Vor allem nach Staubeckenkohle herrschte eine rege Nachfrage, so daß Halbenverladungen vorgenommen werden konnten. Ferner hielten sich die Abbrufe der Industrie der Steine und Erden auf beachtlicher Höhe. Gegen Ende des Monats trat dann ein starker Absatzrückgang ein. Jedoch war sowohl im Februar wie im März der durchschnittliche Tagesabsatz größer als in den entsprechenden Vorjahresmonaten. Die Zunahme betrug für den Februar 7,3%, für den März schätzungsweise 4,9%. Die Halbenbestände nahmen im März nur unwesentlich zu. Der Gesamthalbenbestand (Koks und Bricketts in Kohle umgerechnet) erhöhte sich lediglich um 30 000 T. auf 1 760 000 T. Die Zahl der Feierschichten betrug im Februar 56 285, d. i. je Kopf der Belegschaft 1,44 Schichten (gegen 1,04 Schichten im Januar). Im März dürfte sich die Zahl der Feierschichten etwa auf dem Stande des Vormonats gehalten haben. Im Koksgeschäft trat ein Rückgang der Verladungen ein. Der Handel verfügt noch über größere Lagerbestände und zeigte wenig Neigung zu Neueindeckungen. Gleichzeitig verminderte sich die Ausfuhr stark, so daß sie nur ein Viertel der Ausfuhr in den beiden Vormonaten erreichte. Die Bricketterzeugung mußte infolge geringer Absatzmöglichkeiten eingeschränkt werden.

In der Eisen schaffenden Industrie kann die Lage im März als befriedigend bezeichnet werden. Das Hochofenwerk Julienhütte arbeitet ohne Störung weiter mit zwei Defen. Die Stahl- und Walzwerke konnten die Erzeugung des Vormonats halten. In fast allen übrigen Abteilungen der Eisenhütten war die Beschäftigung durchaus befriedigend. In schmiedeeisernen Röhren, Gußröhren und landwirtschaftlichen Geräten konnten Auslandsaufträge hereingenommen werden. Eine Wiederbelebung des Marktes in Gießereierzeugnissen ist bei Aufnahme der im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms liegenden Ausbauten der Verkehrswege zu erwarten. Die Erz- und Schrottversorgung fand ohne Störung statt. Die Produktion der Eisenhütten zeigte in den Monaten Januar und Februar 1935 gegenüber dem entsprechenden Abschnitt des Vorjahres für Roheisen, Rohstahl und Fertigzeugnisse der Walzwerke eine Zunahme. Hingegen in Gußwaren trat ein Rückgang der Erzeugung ein. Die Zinkblendeförderung erlebte im gleichen Zeitraum einen starken Rückgang. Dieser ist vorwiegend auf

die verhältnismäßig kalte Witterung zurückzuführen, die den Abtransport der nassen Erze verzögerte. In Bleierzen erhöhte sich hingegen die Produktion. Die Zinkblecherzeugung ging zurück, doch zeigte der Absatz von Zinkblech eine der Jahreszeit entsprechende normale Entwicklung.

Die Werke der verarbeitenden Metallindustrie sind nur vereinzelt gut mit Aufträgen versehen. Die meisten Betriebe dieser Gruppe klagten im März noch über schleppenden Auftragszugang.

Die Sägewerke können ihren Betrieb meist nicht bis zur vollen Kapazität ausnützen, da die Holzzuteilung durch die Staatsforsten stockend vor sich geht. Die Fabrik für chemisches Holzbearbeitung in Woslawka benötigt dringend polnisches Birkenholz, da schlesisches Buchenholz nur in Höhe von 30 Prozent verarbeitet werden kann. Falls die benötigten Devisen nicht zugeteilt werden können, wird u. U. eine Stilllegung wegen Mangels an Birkenholz erfolgen müssen. Sehr gut beschäftigt ist die Papierfabrikation, die zum Teil auch über größere Auslandsaufträge verfügt. Auch die Zellstoffindustrie in Krappitz und Cosel, die ausschließlich für den Bedarf Deutschlands arbeitet, ist voll beschäftigt.

Die Industrie der Steine und Erden verzeichnete in der Zementindustrie eine weitere Zunahme der Abbrufe gegenüber dem Januar und Februar. Doch wurde nur ein Verband von zwei Dritteln des Verbandes im März 1934 erreicht. Ueber die Inbetriebnahme einer vierten Zementfabrik ist bisher noch keine Entscheidung gefallen. Wahrscheinlich wird die Produktion von drei Werken für die nächste Zeit ausreichend sein, um den zusätzlichen Versand zu bestreiten. Die Kalkwerke haben genügend Bestellungen auf Düngefall von der Landwirtschaft und bereits auch auf Baukalk vom Baugewerbe erhalten. Das Frühjahrsgeschäft hat angesichts der Witterung später als im Vorjahre eingesetzt, ist aber stark. Die Anforderung von Arbeitskräften war größer als im Vorjahre. Die Inbetriebnahme der Ziegeleien war Ende März in vollem Gange. Bis Mitte April dürften alle Ziegeleien wieder voll arbeiten. Die Glashütte in Murow ist gleichfalls voll beschäftigt. Die Porzellanfabrik in Tüllowitz erledigt zur Zeit die auf der Leipziger Frühjahrsmesse herangeholten Aufträge.

Das Baugewerbe wurde durch den Frosteinbruch in der ersten Hälfte des März stark behindert. Erst nach Wiedereintritt wärmerer Witterung konnten die Arbeiten wieder aufgenommen werden. Im Hochbau war eine besondere Belebung im März noch nicht eingetreten. Sie wird erst im April erwartet. Hingegen wurden im Tiefbau bei den großen öffentlichen Arbeiten, besonders am Staubeckenbau in Turawa, ab Mitte März größere Mengen von Arbeitskräften wieder eingestellt. Auch der Bahnbau Groß-Strehlig-Seydebeck wird zur Zeit mit größeren Kräften weitergeführt. Ein weiteres neues Bauvorhaben ist der Doppelner Flutkanal, zu dem am 30. März der erste Spatenstich getan wurde.

Vom Einzelhandel des ober-schlesischen Industriebezirkes wird gemeldet, daß die Umsätze im letzten Vierteljahr einheitlich unter denen des gleichen Vorjahreszeitraumes lagen. Der Bedarf bei den Verbrauchern ist im allgemeinen erheblich, aber die Kaufkraft ist zu gering, um diesen Bedarf zu befriedigen. Der dringendste Bedarf wird zum Teil durch die Inanspruchnahme von Teilzahlungen gedeckt. Die Kaufkraft ist in letzter Zeit besonders dadurch beeinträchtigt, daß wieder Feierschichten im Bergbau eingelegt wurden, so daß die Lohneinnahmen der Arbeiterbevölkerung zurückgingen. Der Umsatz ist auch dadurch benachteiligt, daß durch die Einlegung von Sonderzügen erhebliche Gelder aus unserem Bezirk herauswandern, da die Verbraucher die Sonderzüge dazu benutzen, um ihre Einkäufe auswärts zu tätigen. Zum Ausgleich wäre es erforderlich, daß auch Sonderzüge von außerhalb nach Oberschlesien gefahren und größere Veranstaltungen in Oberschlesien veranstaltet würden. Eine weitere Belastung der ober-schlesischen Wirtschaft entsteht dadurch, daß der Einzelhandel in Erwartung größerer Umsätze und zur Förderung der Arbeitsbeschaffung größere Einkäufe für die Läger getätigt hat, infolge Ausbleibens einer Absatzsteigerung machen sich die Verpflichtungen aus diesen Lagerkäufen in vielen Fällen außerordentlich drückend bemerkbar, zumal die Lieferanten ihre Zahlungsbedingungen verschärft haben und mit Nachdruck auf die Erfüllung der fälligen Verpflichtungen drängen.

gen. Zu diesen Schwierigkeiten kommt noch die in Oberschlesien vorhandene erhebliche Ueberfetzung des Einzelhandels, wodurch sich die mangelnde Kaufkraft der Bevölkerung in verschärftem Maße auswirkt. Aus diesem Grunde ist es wünschenswert, daß das Gesetz zum Schutze des Einzelhandels in weitestgehendem Maße angewandt wird. Besonders ungünstig ist die Lage im Textilhandel, wo im Januar und Februar die Umsätze um 25%, im März aber um 40% gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten zurückblieben. Der ungünstige Geschäftsgang im März ist darauf zurückzuführen, daß im Vorjahre die Osterfeiern in diesem Monat getätigt wurden, während sie im Jahre 1935 infolge Späterliegens des Osterfestes in den April fielen.

Die arbeitstäglige Wagengestellung der Reichsbahn in Oberschlesien war im Februar um 1,7% kleiner als im Vormonat, aber um 5,9% größer als im Februar 1934. Im Reich betrugen die entsprechenden Ziffern -6% (Rückgang gegenüber Vormonat) und +1% (Zunahme gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat). Für die Kohlentransporte auf der Eisenbahn in Oberschlesien betrug der Rückgang gegenüber dem Vormonat 2,4%, die Zunahme gegenüber dem Vorjahre 6,6%. Außer der Wagengestellung für Kohle, Koks und Bricketts ging auch die für andere Güter erheblich zurück. Hingegen erfuhr die Wagengestellung für Zement und Kalk eine Zunahme. Der Wasserumschlag in den Oberhäfen Cosel und Oppeln ging im Talverkehr von Bahn zu Schiff um etwa 62% zurück, namentlich die Kohlentransporte trugen zu dieser Verkehrsverminderung auf der Wasserstraße bei. Der Bergverkehr war infolge der ungünstigen Wasserverhältnisse nur unbedeutend und erreichte nicht einmal 1000 Tonnen.

Dr. M.

Zahlen zur Lage im oberchlesischen Industriegebiet.

Ein Bericht der Kommunalen Interessengemeinschaft.

Zur Fortführung des in der vorjährigen Schrift „Aus Verwaltung und Wirtschaft des oberchlesischen Industriegebiets“ bereitgestellten Materials hat die Kommunale Interessengemeinschaft soeben ihren ersten Vierteljahresbericht der Öffentlichkeit übergeben. In seinem Geleitwort stellt der Verbandsvorsteher, Oberbürgermeister Schmieding, den Vierteljahresberichten die Aufgabe, die nationalsozialistische Aufbauarbeit im oberchlesischen Industriegebiet zu unterstützen und das Vertrauensverhältnis zwischen den kommunalen Verwaltungsstellen und der Bevölkerung durch ständige objektive Unterrichtung über die Lage in Verwaltung und Wirtschaft zu festigen.

Im Aufbau und in der Darstellungsweise ist unmittelbar an die vorjährige Schrift angeknüpft worden, weil die dort gewählte Art der Verbindung von textlicher und zahlenmäßiger Darstellung allgemein Anklang gefunden hat. So schrieb der Kammerer einer der größten deutschen Städte zu der im Vorjahre veröffentlichten Schrift: „Es ist für den kommunalen Praktiker und Wissenschaftler gleichermaßen anregend, diese Arbeit zu studieren, die erstmalig eine wirklich befriedigende statistische Untersuchung über die soziale Wirtschafts- und Finanzstruktur eines größeren Industriegebiets enthält.“ Das Allgemeine Statistische Archiv urteilte: „Die Anlage des Werkes, wie die gewissenhafte und lebendige Darstellung zeigen manchen neuen Weg zur Verbreitung und Verwendung der statistischen Ergebnisse.“

Die Ergebnisse des neuen Vierteljahresberichts sind kurz zusammengefaßt folgende:

Eine Durchsicht der Volkszählungsergebnisse von 1933 zeigt, daß sich in der Zusammensetzung der Bevölkerung seit 1925 grundlegende Veränderungen nicht vollzogen haben. Das oberchlesische Industriegebiet kennzeichnet sich als ein Bezirk mit relativ niedrigem Frauenüberschuß und mit überwiegend katholischer Bevölkerung. Der Erwerbstätigkeitsgrad ist wegen des Kinderreichtums und der geringen Erwerbsmöglichkeiten für Frauen gering. Die Zahl der von den Erwerbstätigen mit zu erhaltenden Angehörigen ist umgekehrt sehr hoch. Die (wenigen) erwerbstätigen Frauen haben sich während der Krise im Erwerbsprozeß besser behauptet als die Männer. — Nach dem sozialen und wirtschaftlichen Aufbau ergibt sich für die vier Kommunen in Uebereinstimmung mit den Ausführungen der Schrift „Aus Verwaltung und Wirtschaft des oberchlesischen Industriegebiets“ folgende rohe Charakterisierung:

Gleiwitz ist die Verkehrs- und Verwaltungszentrale des oberchlesischen Industriegebiets; Beuthen ist das deutsche Schaufenster nach Polen und Mittelpunkt des Handels im Industriegebiet; Hindenburg ist ebenso wie der Landkreis Beuthen-Tarnowitz ausgesprochene Industrie- und Arbeiterkommune. — Bei einem Strukturvergleich der schlesischen Stadtkreise treten die Besonderheiten der oberchlesischen Industriegebiete deutlich zutage.

In bevölkerungspolitischer Hinsicht brachte das Jahr 1934 im oberchlesischen Industriegebiet, wie im ganzen Reich, eine starke Belebung der Geburtenfreudigkeit. Der Geburtenreichtum des Industriegebiets übersteigt jenen der deutschen Großstädte um das Doppelte. Das Schwerk Gewicht der Geburtenzunahme liegt aber vorerst noch bei den Erst- und Zweitgeborenen. — Die Sterblichkeit bewegte sich im Industriegebiet auf gleichem Niveau wie in den Vorjahren. Sie ist im Industriegebiet etwas geringer als im Reich und in den Großstädten. Ueber 60 Prozent aller Gestorbenen des Industriegebiets starben entweder im Alter unter einem oder im Alter über 60 Jahren. Die verhältnismäßig wichtigste Todesursache ist erfreulicherweise die Altersschwäche.

Die Bemühungen zur Vinderung der Wohnungsnot wurden mit Anspannung aller verfügbaren Mittel fortgesetzt. So wurde es möglich, 1934 = 3744 Wohnungen bis zur endgültigen Gebrauchsabnahme fertigzustellen; davon entfällt reichlich die Hälfte auf Beuthen. Die Bautätigkeit war im Industriegebiet zu einem höheren Prozentsatz, als das sonst 1934 im Reich der Fall war, Sache der öffentlichen Hand. Die Zahl der Bewohner je Wohnraum ist dank der lebhaften Bautätigkeit auf 1,42 — 1,61 gesunken, liegt aber damit noch immer wesentlich über der Reichsziffer der Städte mit mehr als 50 000 Einwohnern (0,98).

Die Wirtschaftsbelebung hat im oberchlesischen Industriegebiet auf allen Gebieten sehr fühlbare Fortschritte gemacht. Allerdings hat der Industriebezirk (vor allem wohl wegen seines Lagenachteils) mit der Entwicklung im Reich nicht gleichen Schritt halten können. So kamen beispielsweise auf 1000 Einwohner in Beuthen am 31. 12. 1934 noch 75,6 Arbeitsuchende, im Reich aber nur 47; so lag die Steinkohlenförderung in Oberschlesien 1934 um 13,8% höher als 1932, im Ruhrgebiet aber um 23,3%; so betrugen die Sparteinlagen im Industriegebiet am 31. 12. 1934 nach einer Steigerung um 21,8% während des letzten Jahres 96,38 RM. je Einwohner, im Reich nach einer Steigerung um 23,8% = 188,18 RM.

Im Wohlfahrtswesen ist dank der Abnahme der Wohlfahrtserwerbslosen 1934 eine starke Rückbildung des Personenfreies der Hauptunterstützungsempfänger eingetreten. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist in ihrer absoluten und relativen Höhe entscheidend von der Zahl der W.G. abhängig. Je höher die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger, um so höher auch der Anteil der W.G.! Beuthen mit 57% W.G. bei einer Durchsehungsdichte von 75 je 1000 steht hier an der Spitze. Der Landkreis mit nur 37% W.G. und einer Durchsehungsziffer von 39 ist am günstigsten gestellt. Die Hauptlast der Erwerbslosenbetreuung hat jetzt wieder (außer in Beuthen) das Arbeitsamt in Form der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung zu tragen. Die monatlichen Durchschnittsunterstützungen sind bei den Ortsarmen, Kleinrentnern und Kriegsbeschädigten gleich geblieben, nur bei den W.G. sind sie fühlbar gestiegen, weil sich der Anteil der Lebigen und der Jugendlichen unter den W.G. vermindert hat. Die durchschnittlichen Unterstützungen liegen wegen der finanziellen Anspannung der oberchlesischen Industriekommunen unter dem Reichsdurchschnitt.

Die Lebenshaltungskosten sind im Industriegebiet und im Reich gegenüber dem Vorjahre um rund 2% gestiegen. Die Löhne der Kohlearbeiter, als der wichtigsten Arbeitnehmergruppe im Industriegebiet, sind — durch Vermehrung der Schichten (um durchschnittlich 15 pro Jahr) und durch Erhöhung der Barverdienste je Schicht — um zirka 7—9% gestiegen.

Der westoberchlesische Steinkohlenbergbau im März 1935.

Die Steinkohlenförderung betrug im März bei 25,9 Arbeitstagen nach vorläufigen Angaben 1 546 014 To. oder arbeitstäglich 59 692 To. gegenüber 1 421 467 To. oder 60 746 To. im Februar bei 23,4 Arbeitstagen und 1 673 940 To.

oder 64 382 To. im Januar bei 26 Arbeitstagen. Im März 1934 sind bei 26 Arbeitstagen insgesamt 1 479 001 To. oder im Tagesdurchschnitt 56 885 To. gefördert worden.

Der Gesamtabsatz an Steinkohlen betrug:

	Januar 1935 t	Februar 1935 t	März 1935 (vorl. Zahlen) t
nach dem Inland	1 373 074	1 204 563	1 333 408
nach dem Ausland	96 892	82 371	92 484
Insgesamt	1 469 966	1 286 934	1 425 892
Arbeitstäglich	56 537	54 997	55 054
Davon:			
mit der Hauptbahn	1 307 552	1 145 288	1 288 458
Wasserumschlag	24 240	46 630	182 059

Die Absatzlage hat sich im Berichtsmonat verhältnismäßig befriedigend entwickelt. Der Gesamtversand war im arbeitstäglichen Durchschnitt um 0,1 Proz. höher als im Vormonat und übertraf das Ergebnis aus März 1934 mit 53 003 To. um 3,9 Proz. Beim Hausbrandgeschäft brachte der Kälterückfall in der ersten Monatshälfte eine nicht unerhebliche Steigerung der Abrufe. Mit dem Eintritt milderer Witterung von etwa Mitte des Monats ab ging die Nachfrage allerdings wieder stärker zurück, der Rückgang hielt sich jedoch in den der Jahreszeit entsprechenden Grenzen. Die Bezüge der Reichsbahn lagen im März um etwa 10 Proz. niedriger als im Vormonat; für April wird eine leichte Steigerung der Bestellungen erwartet. Die Absatzmöglichkeit für Grobkohlen (Stück und Würfel I) hat sich in den letzten Jahren erheblich verschlechtert, da viele Verbraucher, die früher in erheblichem Umfange oder — wie beispielsweise die Landwirtschaft — fast ausschließlich diese Kohlenarten bezogen, immer mehr zu den kleineren, gestieften Sortimenten übergehen. Am Industriekohlenmarkt war die Lage infolge der anhaltenden Wirtschaftsbelebung weiterhin günstig. Vor allem in Staubschleife war die Nachfrage sehr reg, so daß Halbenverladungen vorgenommen werden konnten. Die Zementindustrie hat ihre Abrufe, die sich den ganzen Winter über auf beachtlicher Höhe hielten, wieder verstärkt, auch die Kalkwerke gaben in größerem Umfange Bestellungen heraus. Gegen Ende des Monats begannen auch bereits die Ziegeleien mit der Bevorratung, da mit der Wiederaufnahme des Betriebes in absehbarer Zeit zu rechnen ist. Bei den Lieferungen an die Gas- und Elektrizitätswerke trat im März ein Rückgang noch nicht ein. Dies war teilweise eine Folge des strengen Frostes in der ersten Monatshälfte, wodurch diejenigen Elektrizitätswerke, die sonst mit Wasserkraft arbeiten, gezwungen waren, Kohle zu verfeuern.

Die Halbenbestände an Steinkohlen haben im Berichtsmonat um rund 36 000 To. zugenommen. Am Monatsende lagen 1 451 600 To. auf Halbe gegenüber 1 415 820 To. Ende Februar und 1 359 492 To. Ende Januar. Der Gesamt-Halbenbestand (Koks und Briffetts in Kohle umgerechnet) stieg von 1,73 Millionen To. auf 1,80 Millionen To.

Die Oberschiffahrt, die gegen Ende Februar eröffnet worden war, mußte infolge des strengen Frostes, der Anfang März unerwartet einsetzte und fast 14 Tage lang anhielt, vorübergehend wieder stillgelegt werden. Bereits ab 5. März sperrte die Reichsbahn die Grubenausgänge für den Kohlenumschlag in Cosel, die erst ab 15. März wieder gestattet werden konnten. Der Schiffsahrtsbetrieb, der zunächst trotz der Behinderungen durch Grundeis und Vereisung der Wehre noch aufrecht erhalten wurde, mußte ab 7. März eingestellt werden und kam erst in den Tagen vom 13. bis 16. März allmählich wieder in Gang. Die Rahnanfassungen vor den Schleusen blieben verhältnismäßig gering und konnten in kurzer Zeit wieder aufgelöst werden. Für die Verladungen in Cosel war genügend Raum vorhanden; zeitweise herrschte sogar ein gewisses Ueberangebot. Die Tauchtiefe der Oder unterhalb Breslau war den ganzen Monat hindurch vollschiffig.

Bei der Steinkohlenausfuhr trat im Berichtsmonat wieder eine leichte Belebung ein. Insgesamt wurden verladen:

	Jan. 1935 t	Februar 1935 t	März 1935 (vorl. Zahlen) t
nach der Tschechoslowakei . .	58 427	47 788	54 494
„ Oesterreich	3 859	4 190	4 215
„ Ungarn	390	455	240
„ dem übrigen Ausland .	34 216	29 938	33 535
Insgesamt	96 892	82 371	92 484

Die Belegschaft der Steinkohlengruben betrug Ende März 38 591 Arbeiter gegenüber 38 870 Mann am Ende des Vormonats. Rund 300 Mann, die für die Wintermonate eingestellt worden waren, sind inzwischen anderweitig untergebracht worden. Wegen Abjagmangel sind im Februar 56 285 (je Kopf 1,44) Schichten ausgefallen gegenüber 40 491 (1,04) Schichten im Januar. Im Berichtsmonat ist eine Verringerung der Beschäftigungsmöglichkeit der Gruben nicht eingetreten, so daß sich die Zahl der Feierschichten etwa auf dem Stande des Vormonats halten dürfte.

Am Koks markt hat sich die Lage weiter verschlechtert. Erzeugung und Absatz betrugen:

	Jan. 1935 t	Februar 1935 t	März 1935 (vorl. Zahlen) t
Erzeugung:			
insgesamt	102 550	94 882	94 641
kalendertäglich	3 308	3 389	3 053
Absatz:			
nach dem Inland	90 265	75 084	65 415
nach dem Ausland . . .	20 685	21 799	4 955
Insgesamt	110 950	96 883	70 370

Die Verladungen weisen im März trotz der höheren Zahl von Arbeitstagen einen Rückgang um mehr als 26 000 To. oder 27 Proz. auf. Dieser ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß der Handel noch über größere Lagerbestände verfügt und im übrigen bei der vorgeschrittenen Jahreszeit wenig Neigung zu weiteren Einkerungen in Heizkoks besteht. Sehr stark hat sich die Ausfuhr verringert, die kaum noch 5000 To. erreicht hat gegenüber mehr als 20 000 To. in den beiden vorausgegangenen Monaten. Infolgedessen sind die Halbenbestände trotz weiterer Einschränkung der Erzeugung wieder im Steigen begriffen. Sie haben am Ende des Berichtsmonats 266 000 To. bereits überschritten, gegenüber 245 682 To. Ende Februar und 250 393 To. Ende Januar.

Am Briffett markt ließ die Aufnahmefähigkeit ebenfalls zu wünschen übrig, so daß eine Drosselung der Erzeugung nicht vermieden werden konnte. Die Erzeugung betrug im Januar 22 859 To. oder arbeitstäglich 879 To., im Februar 19 258 To. oder 837 To. und im März 19 167 To. oder 737 To. Abgesetzt wurden im Januar 21 709 To., im Februar 17 955 To. und im März 17 955 To. Der Halbenbestand ist im Berichtsmonat von 1 274 To. auf 1 890 To. gestiegen.

Die deutsch-ober-schlesische Eisenindustrie im März 1935.

Im Roheisenabsatz ist gegenüber dem Vormonat eine Verringerung nicht eingetreten. Das Hochofenwerk hat weiter mit zwei Defen gearbeitet. Die Stahl- und Walzwerke konnten die Erzeugung des Vormonats halten. Der Auftragseingang in Stabeisen und in Banden lag unverändert befriedigend. Das gleiche gilt für kaltgewalztes Material. In Edelstahl und legiertem Konstruktionsstahl ist eine Besserung im Auftragseingang eingetreten. Das Drahtgeschäft hielt sich auf der Höhe des Vormonats und war durchweg befriedigend. In schmiedeeisernen Röhren war der Geschäftsgang zufriedenstellend. Es konnten auch einige Auslandsaufträge hereingenommen

werden. Im Gußrohrgeschäft war der Inlandsabsatz noch ruhig; es wird wegen des bis in den März andauernden Frostes erst im April mit einer Belebung zu rechnen sein; dagegen sind schon nennenswerte Aufträge aus dem Auslande eingegangen.

In den Gießereibetrieben blieb der Auftrags-
eingang in Ofenguß und ähnlichen, dem Saisonbedarf unter-
liegenden Handelsartikeln hinter den besonders guten Mona-
ten Januar und Februar zurück. Auch in Grubenfahrmathe-
rial trat ein leichter Rückgang ein, doch konnte die Erzeugung
noch auf der Höhe des Vormonats gehalten werden. Eine
Wiederbelebung des Marktes in Gießereierzeugnissen ist bei
Aufnahme der im Rahmen des Arbeitsbeschaffungs-Pro-
gramms liegenden Ausbauten der Verkehrswege zu erwarten.
Die übrigen Betriebe der Weiterverarbeitung
sind für einen längeren Zeitraum fast ausnahmslos mit Be-
schäftigung gut versehen. Lediglich beim Schmiedepreß-
werk fehlt es an Aufträgen für schwere Schmiedestücke. Die
Reichsbahn hat Bestellungen auf rollendes Material,
Weichen und Oberbaumaterial im üblichen Umfang erteilt.
Der Eingang von Bestellungen auf Schüttelrutschen
und eisernes Grubenausbaumaterial hat sich
im bisherigen Rahmen gehalten. In Automobil-
teilen hat sich das Geschäft in der zweiten Hälfte des Be-
richtsmonats ebenfalls gebessert. Die Abteilung für
Wagenbau und Feldbahnmateriale ist mit Auf-
trägen reichlich versehen. In Königshulder Arti-

keln für die Landwirtschaft hat sich das Frühjahrsgeschäft
weiter gut entwickelt; auch vom Ausland gingen Aufträge
ein. Die Abteilungen Eisenbau und Kesselschmiede
sind befriedigend beschäftigt; lediglich die Maschinen-
bauanstalt hat weiterhin Arbeitsbedarf.

Die Erzversorgung ging ohne Störung vonstatten,
nachdem die Schweden-Verschiffungen wieder aufgenommen
worden sind. Die Schrottversorgung war ebenfalls
ausreichend.

Vom Zinkblechmarkt im März.

Der Absatz in Zinkblech zeigte eine der Jahreszeit ent-
sprechende normale Entwicklung. Bemerkenswerte Men-
dungen sind nicht eingetreten.

Die deutsch-oberchlesische Zementindustrie im März 1935.

Die bereits im Februar zu verzeichnende Steigerung der
Abrufe in Zement hielt im März an und brachte eine Er-
höhung des Versandes. Die Versandzahlen des Berichts-
monats erreichten jedoch noch nicht die des gleichen Monats
im Vorjahr, blieben vielmehr um etwa ein Drittel hinter
ihnen zurück. Von dem stärkeren Einsetzen der Bunttätigkeit
und der öffentlichen Arbeiten darf eine Zunahme des Ver-
sandes erwartet werden. Die Inbetriebnahme weiterer Pro-
duktionsstätten war bisher nicht erforderlich.

Die Güterwagengestellung in Oberschlesien im Monat Februar 1935.

An Güterwagen wurden gestellt:

Im Februar 1935 23 Arbeitstage für Kohle, Koks, Briketts, 24 Arbeitstage für alle anderen Güter	O-Wagen				G-Wagen		Sonstige Wagen	
	für Kohle, Koks und Briketts	für andere Güter	davon für		insge- samt	dabon für Zement	insge- samt	dabon für Kalk
			Rüben	Schnitzel				
	zu je 10 t				wirkliche Wagen			
a) insgesamt:								
angefordert	125 550	12 382	—	—	10 119	1 493	4 474	1 724
rechtzeitig gestellt .	125 550	12 382	—	—	10 119	1 493	4 474	1 724
nicht rechtzeitig ge- stellt (Ausfall) . . .	—	—	—	—	—	—	—	—
v. S. d. Bestellzahl	—	—	—	—	—	—	—	—
b) arbeitstäglich:								
angefordert	5 459	516	—	—	422	62	186	72
rechtzeitig gestellt .	5 459	516	—	—	422	62	186	72
nicht rechtzeitig ge- stellt (Ausfall) . . .	—	—	—	—	—	—	—	—
v. S. d. Bestellzahl	—	—	—	—	—	—	—	—

Der polnische Steinkohlenbergbau im Februar 1935.

Die Lage der Steinkohlenindustrie in Polen zeigte im
Februar 1935 das übliche Bild des Rückganges von Förde-
rung und Absatz, hervorgerufen durch das herannahende Früh-
jahr. Da der Februar nur 23 Arbeitstage hatte gegen 26 im
Januar, war die Gesamtförderung erheblich niedriger als
im Vormonat, und zwar um 17,30% in Gesamtpolen, um
17,39% in der Woiwodschaft Schlesien, aber auch die arbeits-
tägliche Durchschnittsförderung zeigte einen Rückgang, in
Gesamtpolen um 6,52%, in der Woiwodschaft Schlesien um
6,61%. Die Bestände sind bei den ostoberschlesischen Gruben
nur in unbedeutendem Maße, bei den Gruben von Dombrowa
und Krafau stärker (um rund 30 000 To.) gewachsen. Im
Vergleich mit den entsprechenden Monaten des Vorjahres
war die Förderung der polnischen Steinkohlengruben im
neuen Jahre nur geringfügig erhöht, im Januar um
56 000 To., im Februar um 53 000 To., noch geringer war
die Absatzzunahme, da die Erhöhung des Inlandsabzuges
durch den Rückgang der Ausfuhr zum Teil ausgeglichen
wurde, so daß sich für den Januar ein Absatzmehr von nur
38 000 To., für den Februar von 23 000 To. ergab. Die
Hauptzahlen für Förderung und Absatz waren im Februar
folgende:

	Februar 1935	Januar 1935
Gesamtpolen	t	t
Gesamtförderung	2 251 265	2 722 153
Arbeitstäglich	97 881	104 698
Eigenverbrauch	234 914	279 984
Inlandsabsatz	1 330 274	1 558 276
Ausfuhr	643 835	798 919
Bestände am Monatsende . .	1 716 485	1 685 193
Woiwodschaft Schlesien	t	t
Gesamtförderung	1 645 727	1 992 009
Arbeitstäglich	71 553	76 616
Eigenverbrauch	151 103	177 328
Inlandsabsatz	933 164	1 080 364
Ausfuhr	549 752	677 003
Bestände am Monatsende . .	1 137 023	1 135 868

Bei dem Inlandsabsatz kam der starke Rückgang der Hausbrandbezüge zum Ausdruck, während der Absatz an andere Abnehmer sich bei Berücksichtigung der Kürze des Monats verhältnismäßig günstig anließ. Denn es wurden abgesetzt an die Industrie 670 052 To. (740 132), Abnahme 9,47%, an die Eisenbahnen 254 109 To. (265 897), Abnahme 4,44%, an die sonstigen Abnehmer einschließlich Hausbrandabsatz 406 113 To. (552 247), Abnahme 26,47%. Im ganzen ergab sich für den Inlandsabsatz gegen den Vormonat ein Weniger von 14,64%.

Die Ausfuhr der polnischen Steinkohlengruben war im Februar gegen den Vormonat um 19,42% verringert. Auch im arbeitstäglichen Durchschnitt ergab sich ein erheblicher Rückgang um 4500 auf 26 500 To. täglich. Besonders bemerkenswert ist aber der Rückgang im Vergleich zum Februar 1934, in welchem insgesamt 732 000 To. ausgeführt worden waren. Den größten Ausfall bei der Ausfuhr haben die polnischen Gruben in Irland erlitten, das im vergangenen Jahre keine Bezüge polnischer Kohle bis auf 100 000 To. monatlich gesteigert hatte, dessen Markt aber im Januar d. J. bereits zur Hälfte, im Februar vollständig verloren gegangen ist, da Irland seinen Kohlenbedarf jetzt ausschließlich in England eindeckt. Dagegen gelang es, den Absatz polnischer Kohle auf anderen Märkten Westeuropas und in Südeuropa zu steigern, während im übrigen die Ausfuhr nach fast allen anderen Märkten zurückging. Dadurch sind die südeuropäischen Märkte nach der Statistik des polnischen Handelsministeriums zum ersten Male auf den zweiten Platz unter den verschiedenen Marktgruppen der polnischen Kohlenausfuhr gerückt. An erster Stelle standen wie immer die skandinavischen Märkte mit 30,12% (31,41), es folgten die südeuropäischen Märkte mit 24,22% (18,65), Westeuropa mit 20,03% (20,53), Mitteleuropa 13,82% (14,02), Bunkerkohlen mit 6,06% (5,88), während auf die sonstigen Märkte zusammengekommen nur 5,75% (9,51) kamen. Die Statistik der Polnischen Kohlenkonvention gibt folgende Zahlen für die Ausfuhr nach den einzelnen, von ihr in verschiedenem Maße geregelten Absatzgebieten an: alte Lizenzmärkte (Österreich, Tschechoslowakei und Danzig) 113 748 To. (142 971), Skandinavien 195 756 To. (247 803), Baltikum einschließlich Finnland 3650 To. (3180), Westeuropa (Belgien, Frankreich und Holland) 126 213 To. (111 308), Italien 134 084 To. (130 045), europäische Freilandsmärkte 21 410 To. (68 370), außereuropäische Märkte 13 271 To. (41 040), Bunkerkohlen 35 703 To. (54 202). Die Zahlen der Ausfuhr nach den einzelnen Ländern waren, soweit sie aus den vorstehenden Angaben noch nicht ersichtlich sind, folgende (in tausend To.): Österreich 62 (79), Tschechoslowakei 27 (33), Schweden 131 (172), Norwegen 37 (49), Dänemark 24 (27), Island 2 (—), Finnland — (3), Lettland 3 (—), Frankreich 81 (85), Belgien 26 (21), Holland 17 (6), Irland — (46), Schweiz 5 (6), Rumänien 6 (—), Griechenland 11 (17), Spanien 4 (—), Ägypten 4 (16), Ägypten 5 (6), Danzig 25 (31). Die Verladungen in den beiden Ostseehäfen gingen um 218 000 To. auf 529 000 To. zurück, wobei in Gdingen 375 000 To. (471 000), in Danzig 154 000 To. (276 000) umgeschlagen wurden.

Die Abbaumassnahmen der westoberschlesischen Steinkohlengruben sind im Hinblick auf den zu erwartenden weiteren Rückgang des Absatzes im März fortgesetzt worden. Dauernd fanden Verhandlungen vor dem Demobilisationskommissar statt, wobei die beantragten Beurlaubungen und Entlassungen zum Teil genehmigt wurden. Dadurch ist in der ostoberschlesischen Arbeiterschaft eine Unruhe entstanden, die sich u. a. in einem kurzen Proteststreik auf den Gruben der Godulla-WG. entlud. Im Verhandlungswege hat sich dann die Leitung der genannten Gesellschaft bereit erklärt,

die Zahl der bereits genehmigten Entlassungen etwas zu verringern. Im übrigen konnten sich aber auch die Arbeiter der Tatsache nicht verschließen, daß eine Einschränkung der Förderung unvermeidlich ist. Von Seiten der Gewerkschaften, sowohl der deutschen wie der polnischen, wird für die Einführung der sechsstündigen Schicht an Stelle der achtstündigen Stimmung gemacht. So wird diese Forderung u. a. in einer vor kurzem veröffentlichten Denkschrift der deutschen Gewerkschaften aufgestellt mit der Begründung, daß dadurch allein im ostoberschlesischen Bergbau zu der bisherigen Belegschaft von etwa 47 000 Köpfen noch rund 15 600 neu angelegt werden könnten.

Die polnische Eisenhüttenindustrie im Februar 1935.

Obwohl im Februar sich auf dem innerpolnischen Eisenmarkt bereits die Anfänge der Frühjahrsbelebung zeigten, waren die Erzeugungszahlen der polnischen Eisenhüttenindustrie niedriger als im Vormonat, und zwar war der Rückgang stärker als das Maß, das durch die geringere Zahl der Arbeitstage im Berichtsmonat bedingt war. Die Haupterzeugungszahlen waren folgende:

	Febr. 1935	Jan. 1935
	t	t
Roheisen	30 558	35 200
Rohstahl	70 141	89 185
Fertigerzeugnisse d. Walzwerke .	49 784	57 971
Röhren	3 197	4 047

Der Rückgang betrug demnach bei Roheisen (ohne Berücksichtigung der Zahl der Arbeitstage) 13,2%, bei Rohstahl 21,4, bei den Walzwerkserzeugnissen 14,1 und bei der Röhrenerzeugung 21% gegen den Vormonat. Im Vergleich mit dem Februar 1934 dagegen war in den verschiedenen Betriebszweigen die Erzeugung um 10 bis 20% höher. Die Belegschaft der Eisenhütten hat sich im Laufe des Februar um 236 Köpfe auf 31 575 erhöht und war um 2377 höher als am Ende des Februar 1934.

Die Frühjahrsbelebung auf dem Inlandsmarkt zeigte sich darin, daß die Gesamtmenge der bei dem Syndikat eingegangenen Aufträge auf 13 700 To. stieg gegen 11 160 To. im Januar. Die Zunahme der Aufträge ging durchweg von der Privatwirtschaft aus, während die Staatsaufträge mit nur 1310 To. (2100) sogar geringer waren als im Vormonat. Besonders vom Großhandel, der seine Läger weiter vervollständigte und im ganzen 7220 To. (4900) bestellte, gingen lebhaft Aufträge ein. Auch die Bestellungen der weiterverarbeitenden Industrie waren mit 5020 To. (3960) wesentlich erhöht, doch war hier das Bild nicht einheitlich. Mit erhöhten Aufträgen waren die Draht- und Nägelfabriken, die Schrauben- und Nietenfabriken und die Blechverzinfereien am Markt, während von Seiten der Lokomotiv- und Waggonfabriken, der Maschinenfabriken, der landwirtschaftlichen Geräteindustrie usw. sich geringerer Bedarf zeigte. Von den verschiedenen Walzwerkserzeugnissen wurden am stärksten abgesetzt Stabeisen, nächstdem Feinbleche, Walzdraht und Formeisen.

Ausgeführt wurden von Walzwerkserzeugnissen nur 15 690 To. gegen 23 693 To. im Januar. Die Röhrenausfuhr verringerte sich um 106 To. auf 1563 To. Ganz unbedeutend war die Ausfuhr von Erzeugnissen der Weiterverarbeitung mit nur 60 To. (80).

Mitteilungen

Oberbergwerksdirektor Falkenhahn Präsident der Industrie- und Handelskammer.

Herr Oberbergwerksdirektor Falkenhahn in Bentzen ist durch Erlass des Reichs- und Preussischen Wirtschaftsministers vom 30. 3. 1935 zum Präsidenten der Industrie- und Handelskammer zu Oppeln für das Rechnungsjahr 1935 ernannt worden.

Wirtschaftsgruppe Einzelhandel in Oberschlesien.

Die Arbeitsgemeinschaft selbständiger Kaufleute Oberschlesiens teilt mit: Der Leiter der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel (Gesamtverband des deutschen Einzelhandels) H. Dr. Franz Kahler, Berlin, hat auf Grund der Biff. 4 der Anordnung des Reichswirtschaftsministers vom 18. September 1934 die Ausübung der Befugnisse der sachungsge-

mäßen Organe des Landesverbandes des ober-schlesischen Einzelhandels (Arbeitsgemeinschaft Vereine selbständiger Kaufleute Oberschlesiens) übernommen. Zu seinem Beauftragten hat er den bisherigen Leiter des ober-schlesischen Einzelhandels, den Kaufmann Pg. Wilhelm Klose, Gleiwitz, Wilhelmstraße 27, bestellt. Der Landesverband des ober-schlesischen Einzelhandels übernimmt somit die Aufgaben der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel in Oberschlesien. Die Geschäftsstelle Oberschlesiens der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel ist in Gleiwitz, Wilde Kłodnik 9, 2. Stock, errichtet. Gleichzeitig ist die bisherige Geschäftsstelle des Landesverbandes des ober-schlesischen Einzelhandels von Beuthen nach Gleiwitz verlegt und mit der neuen Geschäftsstelle zusammengelegt worden. Alle Gesamtfragen des ober-schlesischen Einzelhandels werden nunmehr einheitlich von dieser Geschäftsstelle aus bearbeitet. Geschäftsführer ist Volkswirt Dr. Przychyła. Auch die Außengeschäftsstelle der Einzelhandelsvertretung bei der Industrie- und Handelskammer für Oberschlesien ist von Beuthen nach Gleiwitz, Wilde Kłodnik 9, verlegt worden.

Sachpädagogische Arbeitsgemeinschaft ober-schlesischer Diplom-Handelslehrer.

Im Monat März d. J. trat die Arbeitsgemeinschaft unter dem Vorsitzenden, Direktor Rein von der Industrie- und Handelskammer für die Provinz Oberschlesien, zweimal zu Sondertagungen zusammen.

In Groß Strehly wurden die Fragen des Unterrichtsplanes für Deutsch, Wirtschafts- und Volkswirtschaftslehre eingehend behandelt.

In Oppeln hielt nach Erledigung der augenblicklich im Vordergrund des Interesses stehenden schulorganisatorischen, methodischen und wissenschaftlichen Fragen ein Vertreter der Zollbehörde, Oberzollinspektor Pg. Dombrowski, Oppeln, zwei groß angelegte Referate über „Wirtschaft und Zoll“. Nach einem Überblick über die geschichtliche Entwicklung des Zollwesens sprach er über Organisation und Aufgaben der Zollbehörden und deren wirtschaftliche und politische Auswirkungen. An einer Fülle gut gewählter Beispiele verdeutlichte er im einzelnen u. a. die zum Schutze der heimischen Wirtschaft, der menschlichen Gesundheit und öffentlichen Sicherheit getroffenen Maßnahmen. Mit der Wiedergabe mannigfacher Erfahrungen aus der Praxis der Schmuggelabwehr schloß der erste Vortrag. Im zweiten Vortrag behandelte der Referent ausführlich die Verbrauchssteuern. Das auf diese Weise ermöglichte Vertrautwerden mit der Arbeit der für die Wirtschaft so überaus wichtigen Behörden und Organisationen wurde von sämtlichen Teilnehmern der Tagung aufs dankbarste begrüßt.

Die Stellvertreter des Leiters der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel.

Der Leiter der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel, Dr. Franz Sahler, hat auf Grund der ersten Durchführungsverordnung des Gesetzes zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der Deutschen Wirtschaft, im Einverständnis mit dem Leiter der Reichsgruppe Handel, Professor Dr. Lürer, die Kaufleute Cornelius Berents, i. Fa. Berents — Zentraldrogerie, Jena, Fritz Jacobsen, i. Fa. W. Jacobsen, Kiel, Herbert Tengelmann, i. Fa. Bernward Weinberger, Berlin, zu seinen Stellvertretern bestellt.

Organisierter Erfahrungsaustausch.

Verschiedene Anfragen geben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Herausgabe der Blätter der Erfahrungsaustauschstelle beim Verein Deutscher Ingenieure (Erf.-Blätter) keine Parallelveröffentlichung zu den Normblättern darstellt. Die Erfahrungsaustauschstelle, die sich bestrebt, aus der Vielzahl marktgängiger Artikel solche Größen und Formen auszuwählen, die den praktischen Bedürfnissen genügen, sowie Lieferbedingungen und Güten der Betriebsmittel festzulegen, ist lediglich ein Zusammenschluß von Verbrauchern; auch die Mitglieder, die Hersteller sind, gehören ihr nur in ihrer Eigenschaft als Verbraucher an. Im Deutschen Normenausschuß dagegen sind bekanntlich Verbraucher und Hersteller zusammengeschlossen. Mit dem Deutschen Normenausschuß ist vereinbart worden, in Zusammenarbeit

mit den Herstellern die Erf.-Blätter zu erweitern und sie als DIN-Normen im Rahmen des Deutschen Normenwerkes herauszugeben.

„Was ist chemische Reinigung?“

Waschen und Entflecken ist nicht „chemisch gereinigt“.

Der Reichsausschuß für Lieferbedingungen (RAL) beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (RKW) legt der Öffentlichkeit als neueste RAL-Vereinbarung die Begriffsbestimmung „Chemische Reinigung“ vor. Da diese Vereinbarung von rund 130 Wirtschaftsverbänden, Industrie- und Handelskammern usw. anerkannt worden ist, ist sie für die Zukunft als handelsübliche Auffassung der beteiligten Verkehrskreise anzusehen und wird dazu beitragen, die guten Wettbewerbsitten zu fördern.

Bisher wurde vielfach eine einfache Fleckentfernung als „Chemische Reinigung“ bezeichnet. Die neue Begriffsbestimmung schützt die Verbraucher und die chemischen Reinigungsanstalten. Denn es ist klar, daß solche Betriebe, die eine vollkommene chemische Reinigung durchführen, in ihren Preisen nicht so entgegenkommend sein können wie diejenigen, welche lediglich Flecken entfernen, ohne das gesamte Kleidungsstück zu reinigen. Als „Chemische Reinigung“ darf in Zukunft nur noch ein Arbeitsvorgang bezeichnet werden, bei dem die zu reinigenden Gegenstände vollständig in Maschinen mit Lösungsmitteln behandelt werden. Als Lösungsmittel sind nur solche zugelassen, die Fette und Schmutz lösen, ohne sie zu verseifen oder zu emulgieren; m. a. W.: Wasserwäsche darf nicht als „Chemische Reinigung“ bezeichnet werden.

Darüber hinaus umfaßt die „Chemische Reinigung“ noch die Nachbehandlung der Gegenstände. Es müssen verbliebene Flecken entfernt, farblose Stellen beseitigt und der Gegenstand gebrauchsmäßig aufgearbeitet werden, z. B. durch Dämpfen, Spannen oder Bügeln.

über richtige Werbung.

Der Verband der Werbungstreibenden, die auf Veranlassung des Werberates der deutschen Wirtschaft ins Leben gernfene Gesamtvertretung aller deutschen Werbungstreibenden, teilt mit:

Wir nahmen vor kurzem auf Grund der uns vorliegenden Anfragen Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß nach den in der zweiten Bekanntmachung niedergelegten Richtlinien des Werberates grundsätzlich jeder Werbungstreibende in der Gestaltung und Durchführung seiner Werbung frei ist. Wir wiesen bei dieser Gelegenheit schon darauf hin, daß nach den erwähnten Grundsätzen die Herabsetzung des Mitbewerbers verboten ist und betonten, daß in jedem Fall die Werbung wahr und klar sein und die Möglichkeit einer Irrführung ausschließen müsse.

In der letzten Zeit konnten wir wiederholt feststellen, daß vielfach unbewußt Verstöße gegen die dargelegten Gebote begangen werden, vor allem insoweit die Herabsetzung des Mitbewerbers in Betracht steht. Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die sogenannte Komparativreklame in aller Regel beanstandet werden muß. Werbetexte etwa des Inhalts „... aber das A-Erzeugnis ist besser“, bedeuten eine Herabsetzung der übrigen Mitbewerber, sie sind ebenso unzulässig wie z. B. Wortbildungen „... sparsamer im Gebrauch ist unser Erzeugnis“, „... billiger ist unsere Marke“. Das Schwergewicht der Werbung soll auf der Herausstellung der Vorteile der eigenen Leistung in sachlicher Beweisführung liegen. In Zweifelsfällen ist der Verband der Werbungstreibenden, Berlin-Lichterfelde, Fontanestr. 4, gern bereit, mit Auskunft zur Verfügung zu stehen. Es soll eine vorbildliche deutsche Werbung geschaffen werden. Der Verband der Werbungstreibenden empfiehlt daher, bei der Verwendung von Uebersetzungen größte Vorsicht walten zu lassen.

Vereinheitlichung der Bezeichnungsschilder für Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung.

Kürzlich fand auf Anregung des Reichsluftfahrtministeriums eine Besprechung zwischen Vertretern des Deutschen Gemeindetages, des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern, der Feuerwehr, der Stadtentwässerung und der Wirtschaftsgruppe Elektrizitätsversorgung darüber statt,

ob es aus Gründen der Erhöhung der Sicherheit zweckmäßig sei, die auf Straßen und Plätzen vorhandene Beschilderung für Einbauten der genannten Verwaltungszweige für ganz Deutschland einheitlich zu regeln. Die Frage fand, nachdem das Für und Wider ausgiebig erörtert worden war, allgemeine Zustimmung.

Die Hinweisschilder sollen nicht nur in ihrer Ausführung und ihren Abmessungen einheitlich festgelegt werden, sondern zur besseren Unterscheidung soll auch für jeden einzelnen Verwaltungszweig eine bestimmte Grundfarbe vorgesehen werden.

Als Obmann wurde Herr Direktor Hartmann von den Hohnheubetrieben Breslau gewählt.

Da voraussichtlich die NeuBeschilderung verhältnismäßig hohe Kosten verursachen wird, ist vorgesehen, die Umstellung auf einen Zeitraum von mehreren Jahren zu verteilen, damit einmal die noch vorhandenen Bestände an alten Schildern aufgebraucht werden können und zum anderen unbrauchbare Schilder allmählich ersetzt werden.

Die beteiligte Industrie und ebenso die einzelnen Verwaltungen werden hierdurch gebeten, Muster oder Abbildungen der von ihnen angefertigten oder bisher üblichen Schilder an den Deutschen Normenausschuß, Ver-

ein AB. 7, Dorotheenstraße 40, einzureichen, damit sie bei der nächsten Beratung dem Ausschuß vorgelegt werden können.

Arbeitsausschuß Deutscher Verbände.

Auf Grund einer vom Reichsministerium des Innern unter B. W. 6154/7. 2. vom 14. Februar 1935 erteilten Sammelgenehmigung wird der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände an die Wirtschaftsunternehmen mit der Bitte um finanzielle Förderung seiner Arbeiten herantreten. Wir empfehlen den Wirtschaftsfreien die Unterstützung der Arbeit des Arbeitsausschusses Deutscher Verbände. Die vom Arbeitsausschuß Deutscher Verbände im Einvernehmen mit den zuständigen Regierungs- und Parteistellen durchgeführte Auslandsaufklärung dient dem Interesse aller Kreise der Wirtschaft. Der Arbeitsausschuß betreut verschiedene zwischenstaatliche Organisationen, die für die Verbesserung der Auslandseinstellung über Deutschland wirken. Die im Arbeitsausschuß hierdurch bewirkte Zusammenfassung privater Aufklärungsarbeit im Auslande entspricht dem Erfordernis einer Vereinheitlichung dieses Arbeitsgebietes und der Vermeidung vielfältiger Inanspruchnahme der Wirtschaftskreise durch eine zu große Anzahl einzelner Organisationen.

Steuerwesen

Die Einheitswerte von Fabrikgrundstücken.

Von Wirtschaftsprüfer Dr. jur. et rer. pol. H. Brönnner,
Berlin W. 9.

Gemäß § 33 Abs. 2 der Durchführungsbestimmungen zum Reichsbesenbungsgeet vom 2. 2. 1935 sind Fabrikgrundstücke einschließlich Lagerhäuser und Werkstätten mit dem gemeinen Wert zu bewerten. Die Ermittlung des gemeinen Werts kann an Hand von Kaufpreisen geschehen, die beim Verkauf von Grundstücken erzielt worden sind, und daher einen Anhaltspunkt für die Bewertung ähnlicher Grundstücke bieten können. Da aber die Fabrikgrundstücke nach Größe, Lage, Art der Bebauung, Verwendungszweck usw. sehr verschieden von einander sind, so kann das Verfahren der Ermittlung des gemeinen Werts aus Kaufpreisen nur in Ausnahmefällen Anwendung finden. Für den Normalfall ist daher ein besonderes Verfahren vorgesehen, das in dem oben veröffentlichten Erlaß des Reichsministers der Finanzen v. 23. 2. 1935 (S. 3231 A — 330 III) dargelegt ist.

Die Grundsätze für die Ermittlung des gemeinen Werts bei Fabrikgrundstücken.

Für die Ermittlung des gemeinen Werts bei Fabrikgrundstücken sind vor allem die besonderen Verhältnisse des zu bewertenden Grundstücks maßgebend, also seine Größe, die Bauart der Gebäude, Lage, Verwendungsmöglichkeit usw. Die Frage, ob auch die Rentabilität des Unternehmens, dem das Fabrikgrundstück gehört, auf die Bemessung des gemeinen Werts von Einfluß sein soll, hat der Reichsfinanzhof verneint, und demzufolge ist in dem neuen Ermittlungsverfahren für den gemeinen Wert eine Berücksichtigung der Rentabilität des Unternehmens nicht vorgesehen. Doch müssen bei der Ermittlung des gemeinen Werts die Verhältnisse des Gewerbezweiges berücksichtigt werden, dem das Fabrikgrundstück zuzurechnen ist. Somit sind also für die Ermittlung des gemeinen Werts von Fabrikgrundstücken zwei Faktoren maßgebend, und zwar die Verhältnisse des Grundstücks und die Verhältnisse des Gewerbezweiges. Die Verhältnisse des Grundstücks finden ihre Berücksichtigung in dem sog. „Ausgangswert“, die besonderen Verhältnisse des Gewerbezweiges werden mittels der „Wertzahl“ berücksichtigt.

Die Ermittlung des „Ausgangswerts“.

Für die Ermittlung der besonderen Verhältnisse des Grundstücks ist der Ausgangspunkt der Gebäudenormalherstellungswert nach Vorkriegspreisen. Dieser wird ermittelt an Hand einer von dem Eigentümer des Fabrikgrundstücks zu gebenden Baubeschreibung, für die ein besonderer Vordruck vorgesehen ist. In dieser

Baubeschreibung werden die Gebäude nach ihrer Bauart, Größe usw. klassifiziert; auf Grund dieser Bauklassen werden mittels bestimmter Vorkriegsdurchschnittspreise für den Kubikmeter umbauten Raums die Bauwerte oder Fabrikgrundstücke nach dem Vorkriegsstande errechnet. Diese stellen dann den Gebäudenormalherstellungswert nach Vorkriegspreisen dar.

Zu dem Gebäudenormalherstellungswert nach Vorkriegspreisen muß, da der Gebäudewert nach dem Stichtag vom 1. 1. 1935 errechnet werden soll, ein Zuschlag für die Baukostenüberhöhung am Stichtag vorgenommen werden, und zwar ist dieser Zuschlag mit 30 v. H. des Gebäudenormalherstellungswerts beziffert.

Von dem Gebäudenormalherstellungswert sind Absetzungen für technische Abnutzung bis zum Stichtag zu machen, und zwar soll gemäß dem Erlaß vom 23. 2. 1935 die Absetzung unter Zugrundelegung einer technischen Lebensdauer von 80 Jahren 1,25 v. H. pro Jahr und bei Holzfachwerkbauten und Maschinenbetrieben (bei Zusammenwirken von Wasser und Säuredämpfen und Chemikalien) unter Zugrundelegung einer Lebensdauer von 60 Jahren eine jährliche Absetzung von rund 1,75 v. H. vorgenommen werden. Da die zugrundegelegte Lebensdauer offenbar recht hoch gegriffen ist, so wird in vielen Fällen der Grundstückseigentümer von der Möglichkeit Gebrauch machen, einen Antrag auf Zulassung einer höheren Absetzung für technische Abnutzung zu stellen. Dieser Antrag ist eingehend zu begründen.

Wenn man den Gebäudenormalherstellungswert nach Vorkriegspreisen um den Zuschlag von Baukostenüberhöhungen vermehrt, und um die Absetzung für technische Abnutzung bis zum Stichtag verringert, so erhält man den Gebäuderealwert am Stichtag.

Der Gebäuderealwert am Stichtag zuzüglich des Werts des reinen Grund und Bodens am Stichtag (Bodenwert) ergibt den Realwert des Fabrikgrundstücks. Dieser Realwert kann in einzelnen Fällen schon der „Ausgangswert“ sein; in vielen Fällen jedoch sind vom Realwert die Sonderabschläge vorzunehmen, nach deren Abzug sich erst der Ausgangswert ergibt.

Sonderabschläge sind möglich wegen Belastung mit Gebäudeeinschuldungssteuer, und zwar bezieht sich dieser Abschlag auf den Realwert des Grundstücks (Bodenwert und Gebäuderealwert); ferner sind Sonderabschläge möglich wegen Strukturänderung, wegen wirtschaftlicher Ueberalterung des Gebäudes und wegen unorganischen Aufbaues; die drei letzteren Sonderabschläge werden in einem Prozentfuß vom Gebäuderealwert am Stichtag ausgedrückt und müssen von dem Grundstückseigentümer besonders beantragt werden,

wobei für den Sonderabschlag wegen Strukturänderung ein besonderer Vordruck vorgesehen ist.

Der Sonderabschlag wegen Belastung mit Gebäudeentschuldungssteuer ist regelmäßig in der Weise zu errechnen, daß das Dreifache der zu zahlenden Steuer (Ziobetrag), die nach dem Stand vom 1. 1. 1935, umgerechnet auf ein Jahr, zu zahlen ist, vom realen Wert abgesetzt wird.

Der Sonderabschlag wegen Strukturänderung kommt dann in Betracht, wenn eine Fabrik nicht mehr demselben Zweck dienen kann, für den sie erbaut ist. Jedoch werden bei dem Sonderabschlag für Strukturänderung nur objektive Gründe (z. B. Entwicklung des Welthandels, der Technik, Beschränkungen durch den Friedensvertrag, verlorengegangene Absatzmöglichkeiten usw.) berücksichtigt.

Zwecks Feststellung, ob die Voraussetzungen für einen Sonderabschlag wegen unorganischen Aufbaues vorliegen, empfiehlt der Erlaß vom 23. 2. 1935, in einem Lageplan die Wege, die der Rohstoff bis zu seiner Verarbeitung zurücklegen muß, in Linien einzutragen; ergibt sich dann, daß die Linienführung in dem ganzen Betrieb oder in einem Teil unzumutbar ist, und daß unnötige Wege zurückzulegen sind, so ist ein Sonderabschlag vom Gebäude-realwert oder vom Realwert einzelner Gebäude gerechtfertigt.

Der Sonderabschlag wegen wirtschaftlicher Ueberalterung der Gebäude kommt dann zur Anwendung, wenn die wirtschaftliche Abnutzung größer ist als die technische Abnutzung. Hierbei wird eine lediglich durch die konjunkturelle Entwicklung eingetretene Entwertung nicht berücksichtigt. Vielmehr kommt ein Sonderabschlag wegen wirtschaftlicher Ueberalterung, wie der Erlaß vom 23. 2. 1935 klarstellt, dann in Betracht, wenn mit einiger Sicherheit die Gewähr dafür besteht, daß die tatsächliche Verwertbarkeit in einem Industriebetrieb einen kürzeren Zeitraum umfassen wird, als der technische Lebensdauer entspricht. Wenn z. B. eine Fabrik an Stelle ihrer bisherigen Maschinen neue schwerere, schneller laufende Maschinen aus Konkurrenzgründen aufstellen will, aber dies infolge einer verhältnismäßig schwachen Konstruktion des Gebäudes nicht möglich ist, so kann in diesem Falle ein Abschlag wegen wirtschaftlicher Ueberalterung des Gebäudes vorgenommen werden.

Wenn man den Realwert am Stichtag um die etwaigen Sonderabschläge wegen Belastung mit Gebäudeentschuldungssteuer, wegen Strukturänderung, unorganischen Aufbaues und wirtschaftlicher Ueberalterung der Gebäude kürzt, so erhält man den sog. Ausgangswert am Stichtag, der den Wert des Fabrikgrundstücks repräsentiert.

Die Ermittlung der „Wertzahl“.

Um die wirtschaftliche Lage des Gewerbezweiges, dem das Fabrikgrundstück angehört, bei der Bewertung zu berücksichtigen, soll von der sog. Nutzungsziffer ausgegangen werden. Diese stellt das Verhältnis zwischen der tatsächlichen Produktion (grundsätzlich des Jahres 1934) und der möglichen Produktion (also der Produktion bei Vollbeschäftigung) dar und entspricht daher dem volkswirtschaftlichen Begriff der Kapazitätsausnutzung. Die mögliche Produktion kann insbesondere festgestellt werden an Hand der monatlichen Höchstproduktion, die im Laufe der Jahre 1927 bis 1934 erreicht wurde, umgerechnet auf ein Jahr. Bei der Ermittlung der möglichen Produktion müssen vorübergehende Spitzenleistungen, Ueberstunden usw. sowie Reservebetriebsvorrichtungen, die nur bei außergewöhnlicher Beanspruchung oder zu Reservezwecken gehalten werden, außer Betracht bleiben. Im übrigen erfolgt die Feststellung der möglichen Produktion sowie der tatsächlichen Produktion an Hand von Produktionsmengen (z. B. Tonnen, Hektoliter usw.). Soweit dies nicht möglich ist, können auch Umsatzwerte, die jedoch von den Preisveränderungen bereinigt werden müssen, herangezogen werden, ferner auch die Beschäftigung (ausgedrückt in Arbeiterstundenzahlen), wobei eine volle Nutzung bei Höchstbeschäftigung der im Betrieb vorhandenen Arbeitsplätze mit 2400 Arbeitsstunden im Jahr (300 Arbeitstage mal 8 Stunden Arbeitszeit) gegeben ist. Schließlich ist es auch zweckmäßig, weitere Maßstäbe heranzuziehen, oder aus mehreren Maßstäben ein Mittel zu ziehen. Die Festsetzung der Nutzungsziffern, die für bestimmte Industriezweige, unterteilt nach Wirtschaftsgebieten, erfolgt, geschieht durch den Reichsminister der Finanzen im Einvernehmen mit der Reichsgruppe Industrie. Die Nutzungsziffer wird in einer absoluten Zahl, wobei die Produktionsfähigkeit = 100 gesetzt wird, ausgedrückt; z. B. 76 : 100.

Die Nutzungsziffer stellt die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse des Gewerbezweiges, dem das Fabrikgrundstück zuzurechnen ist, dar. Da die Verhältnisse des Gewerbezweiges nicht in der gleichen Weise wie die Verhältnisse des Grundstücks, sondern nur zur Hälfte berücksichtigt werden sollen, so kommt die Nutzungsziffer in der Weise zur Anwendung, daß ein Mittel aus 100 und der Nutzungsziffer gebildet wird; dieses Mittel ist dann die Wertzahl. Beispiel

$$\frac{100 + 76}{2} = 88.$$

Die Errechnung des gemeinen Werts.

Der gemeine Wert wird aus dem Ausgangswert und der Wertzahl in der Weise errechnet, daß beide miteinander multipliziert werden und das Ergebnis durch 100 dividiert wird. Beispiel: Ausgangswert RM. 80 000,—, Wertzahl 88, gemeiner Wert am Stichtag also

$$\frac{RM. 80 000,— \times 88}{100} = RM. 70 400,—.$$

Der gemeine Wert darf gemäß § 52 Abs. 2 des Reichsbewertungsgesetzes in keinem Falle niedriger sein, als der gemeine Wert des Grund und Bodens (Bodenwert) am Stichtag.

Für stillliegende Fabriken gelten teilweise abweichende Bestimmungen.

Hauszinssteuer.

Auf Grund des Gesetzes zur Förderung des Wohnungsbau vom 30. März 1935 findet die zum 1. April 1935 auf Grund der Vierten Notverordnung vom 8. 12. 1931 vorgesehene Senkung der Hauszinssteuer um 25% nicht statt. Die Senkungsbeträge sind vielmehr für die Rechnungsjahre 1935 und 1936 weiterhin zu entrichten und dem Reich als verzinsliche Anleihe zur Verfügung zu stellen. Hierdurch ist zum Ausdruck gebracht, daß die Notwendigkeit der Kleinfriedung und des Kleinwohnungsbau gegenüber der Notwendigkeit der Entlastung der Hauszinssteuerpflichtigen den Vorrang verdient. Diese Entlastung ist jedoch nicht völlig verhindert, sondern wird auch weiterhin dadurch möglich sein, daß der Steuerpflichtige die ihm ausgedienten Anleihestücke verwerten kann. Die Durchführungsbestimmungen zu dem neuen Reichsgesetz sind noch nicht ergangen. Erst sie werden die einzelnen Bestimmungen über die Ausgestaltung der Anleihe usw. bringen.

Steuerermäßigung bei Instandsetzungen und Ergänzungen an Gebäuden oder Gebäudeteilen aller Art.

Verlängerung der Frist für die Beendigung der Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten.

Der Ergänzungsverordnung zum Gesetz über Steuererleichterungen vom 20. April 1934 gemäß ermäßigt sich unter bestimmten Voraussetzungen bei der Veranlagung der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer die Steuerschuld um 10 vom Hundert der Aufwendungen für Instandsetzungen und Ergänzungen an Gebäuden oder Gebäudeteilen aller Art.

Die Hausbesitzer haben von der in der Ergänzungsverordnung liegenden Möglichkeit weitgehenden Gebrauch gemacht. Die Vorschriften der Ergänzungsverordnung haben dadurch zur Belebung des Baugewerbes in erheblichem Maße beigetragen.

Eine der Voraussetzungen für die Gewährung der Steuerermäßigung ist, daß die Instandsetzungen und Ergänzungen bis zum 31. März 1935 beendet sein müssen. Diese Vorschrift hat zur Folge gehabt, daß in großem Umfange bei Aufträgen an Baufirmen und Handwerker der 31. März 1935 als Beendigungstermin bestimmt worden ist. Dadurch ist im Monat März eine erhebliche Zusammendrängung von Arbeiten erfolgt. Da außerdem infolge der unerwarteten, zu Anfang des Monats März eingetretenen Kälteperiode von etwa 14 Tagen in vielen Fällen die Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten unterbrochen werden mußten, ist eine rechtzeitige Beendigung vieler Arbeiten unmöglich geworden.

Der Reichsminister der Finanzen hat deshalb durch die Zweite Ergänzungsverordnung zum Gesetz über Steuererleichterungen vom 28. März 1935 die Frist, innerhalb deren die Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten beendet sein müssen, vom 31. März auf den 30. April 1935 verlegt.

Neue Steuergesetze und Verordnungen.

Nachstehend bringen wir einen Hinweis auf die neu ergangenen Bestimmungen auf dem Gebiet der Steuergesetzgebung zum Abdruck:

Einkommensteuer:

Veranlagungsrichtlinien zur Einkommen- und Körperschaftsteuer Rd.E. d.RZM. vom 28. 2. 1935 R.St.Bl. S. 377

Reichsbewertungsgesetz:

Abgrenzung des land- und forstw. Vermögens von Grundvermögen und Betriebsvermögen, Rd.E. d.RZM. vom 12. 3. 1935 R.St.Bl. S. 465

Feststellung der Einheitswerte von Weinbaubetrieben für die Einheitsbewertung nach dem Stand vom 1. 1. 1935, Rd.E. d.RZM. v. 28. 2. 1935 R.St.Bl. S. 417

Feststellung der Einheitswerte von landwirtschaftlichen Betrieben für die Einheitsbewertung nach dem Stand vom 1. 1. 1935, Rd.E. d.RZM. vom 28. 2. 1935 R.St.Bl. S. 418

Feststellung der Einheitswerte von forstwirtschaftlichen Betrieben für die Einheitsbewertung nach dem Stand vom 1. 1. 1935, Rd.E. d.RZM. v. 28. 2. 1935 R.St.Bl. S. 420

Bewertung der Fabrikgrundstücke, Hotelgrundstücke und Warenhausgrundstücke vom 1. 1. 1935, Rd.E. d.RZM. vom 23. 2. 1935 R.St.Bl. S. 350

Kapitalverkehrssteuergesetz:

Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Kapitalverkehrssteuergesetz vom 11. 2. 1935 R.St.Bl. S. 305

Kraftfahrzeugsteuergesetz:

Zweites Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetz. v. 28. 2. 1935 R.G.Bl. I S. 313
Begründung zum 2. Gesetz zur Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes vom 28. 2. 1935 R.St.Bl. S. 347

Lohnsteuer:

Lohnsteuer-Sammelerlaß Rd.E. d.RZM. vom 8. 3. 1935 R.St.Bl. S. 457

Umwandlungssteuergesetz:

Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften vom 14. 12. 1934 R.St.Bl. S. 454

2. Durchführungsverordnung zum Umwandlungssteuergesetz vom 8. 3. 1935 R.G.Bl. I S. 354

Steuerverleichterungen bei der Umwandlung und Ablösung von Kapitalgesellschaften v. 9. 3. 1935, Rd.E. d.RZM. R.St.Bl. S. 449

Finanzausgleich:

Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichs vom 26. 2. 1935 R.G.Bl. I S. 285

Begründung zum Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichs vom 26. 2. 1935 R.St.Bl. S. 330

Realsteuern:

Realsteuersperrgesetz vom 7. 3. 1935 R.G.Bl. I S. 349

Durchführungsbestimmungen zum Realsteuersperrgesetz vom 7. 3. 1935 R.G.Bl. I S. 353

Verordnung zur Durchführung der Gewerbesteuerverordnung v. 16. 3. 1935 M.Bl.i.V. S. 369

Abgabe der Gewerbebeitragssteuererklärung, Rd.E. d.RZM. vom 21. 2. 1935 J.M.Bl. S. 34

Grundvermögensteuer:

Steuerfreiheit der Wohnungsneubauten Rd.E. d.RZM. vom 12. 3. 1935 M.Bl.i.V. S. 39

Verkehrswesen

Eisenbahn:

Beschlüsse der Ständigen Tariffkommission.

Am 12., 13. und 14. März 1935 hielt die Ständige Tariffkommission ihre 180. Sitzung in Augsburg ab. Es wurden die nachstehenden Beschlüsse gefaßt. Die Beschlüsse unterliegen jedoch noch der Zustimmung der in Frage kommenden Verwaltungen, daher kann ein Zeitpunkt der Durchführung der Tarifmaßnahmen noch nicht angegeben werden.

A. Deutscher Eisenbahn-Gütertarif, Teil I Abt. A.

1. Weiterbeförderung von Gütern mit der Kleinbahn oder dem Kraftwagen ohne besondere Vorschrift des Absenders im Frachtbrief.

In Ergänzung der Bestimmung des § 56 (2) f) der EVD. und der zugehörigen Ausführungsbestimmung XII bestimmt die Ausführungsbestimmung III zu § 75 (6) EVD., daß Sendungen, die laut Frachtbriefanschrift an Empfänger in einem Orte mit Kleinbahnhof oder Kraftwagenhilfsstelle gerichtet sind, in der Regel auch dann der Kleinbahn oder dem Kraftwagen zur Weiterbeförderung übergeben werden, wenn die Frachtbriefe eine dahingehende Vorschrift des Absenders nicht enthalten, sofern sich die Empfänger dies nicht allgemein oder im Einzelfalle schriftlich bei dem Eisenbahn-Übergangsbahnhofe vorbehalten haben. Da sich aus dieser Bestimmung mehrfach für die Empfänger, die ihre Sendungen am Bestimmungsbahnhof — Übergangsbahnhof zur Kleinbahn — in Empfang nehmen wollten, Unzuträglichkeiten durch die gegen die Absicht des Absenders erfolgte Übergabe an die Kleinbahn oder Kraftwagenhilfsstelle ergeben hatten,

war beantragt worden, die Ausführungsbestimmung III zu § 75 EVD. wie folgt zu ändern:

„Die Vorschrift des § 56 (2) f) gilt auch dann als erfüllt, wenn im Frachtbrief die Weiterbeförderung mit der Kleinbahn oder dem Kraftwagen nach dem Orte der Ablieferung nicht an der dafür vorgesehenen Stelle vorgeschrieben ist (Ausf. Best. XII zu § 56), dieser Wille des Absenders aber aus den sonstigen Angaben im Frachtbrief eindeutig hervorgeht.“

Der Antrag auf Abänderung der Ausführungsbestimmung III zu § 75 (6) EVD. im vorgenannten Sinne wurde jedoch abgelehnt, da die Ausführungsbestimmung III zu § 75 EVD. weder mit einer Bestimmung der EVD. noch mit den allgemeinen Rechtsgrundsätzen in Widerspruch steht.

B. Deutscher Eisenbahn-Gütertarif, Teil I Abt. B.

2. Tarifierung alt abhängiger Fahrzeuge.

Für Kraftwagen, alt abhängig unzerlegt oder nur soweit zerlegt, als es zur Beförderung auf der Eisenbahn erforderlich ist, soll auf Antrag im Erstattungswege die Fracht nach den Säben der Klasse D, D 10 oder D 5 berechnet und der Frachtunterschied erstattet werden, wenn nach dem Ermessen der Eisenbahn nachgewiesen ist, daß die Bestandteile — mit Ausnahme der noch verwendbaren Teile — zer schlagen oder ein ges chmolzen sind.

Im Abschnitt III der Tariffstelle „Fahrzeuge“ soll eine entsprechende Anmerkung aufgenommen werden.

3. Der Antrag, künstliche Formmasse, d. h. Formmasse, die künstlich aus Sand und Ton gemischt sind, in die Klasse G einzureihen, wurde abgelehnt. Der künstliche Formsand soll jedoch der Tariffstelle „Stahlgießereiformmasse“ der Klasse F zugeordnet werden. Die Tariffstelle „Stahlgießereiformmasse“ soll demnach unter entsprechender Ergänzung der Erläuterungen geändert werden in „Gießereiformmasse“.

4. „Grünsand (Glaufonit), in seiner natürlichen Zusammenfassung Zeolithen enthaltend und zur Wasserenthärtung bestimmt, roh auch gewaschen, getrocknet und gesiebt“ soll als neue Tarifstelle in die Klasse C aufgenommen werden.

Um eine mißbräuchliche Inanspruchnahme der Tarifstelle „Sand“ auszuschließen, soll in dieser Tarifstelle hinter dem Worte „Schlick“ zugefügt werden „sonst nicht genannt“.

5. Änderung der Ziffer 21 b) landwirtschaftliche Maschinen usw. der Tarifstelle „Eisen und Stahl“ und Tarifierung von Höhenförderern und Heu- und Strohgebläsen.

Zur Behebung aufgetretener Zweifel und um die Absicht des Tarifgebers hinsichtlich der zu begünstigenden landwirtschaftlichen Maschinen in der Ziffer 21 b) landwirtschaftliche Maschinen und Geräte der Tarifstelle „Eisen und Stahl“ einwandfrei zum Ausdruck zu bringen, wurde beschlossen, die genannte Tarifposition dahin zu ergänzen, daß unter die Klasse C nur solche Maschinen fallen, die ihrer Art nach ausschließlich der Bodenbearbeitung usw. dienen. Ferner wurde beschlossen, fahrbare Höhenförderer zur Beförderung von losem oder gebündeltem Halmgetreide, Heu und Stroh sowie fahrbare Heu- und Strohgebläse aus der Klasse B in die Klasse C zu versetzen und hiernach die Ziffer 21 c) der genannten Tarifstelle entsprechend zu ergänzen.

6. Der Antrag, bei den in der Ziffer 21 der Tarifstelle „Holz und Holzwaren“ genannten Grubenhölzern (Klasse G) die Längenbeschränkung von jetzt 7 Meter auf 7,5 Meter allgemein heraufzusetzen, wurde abgelehnt.

7. Tarifierung von Kaltasphalt und Kaltteer.

Durch Ausschreiben im Tarif- und Verkehrsanzeiger (WV. I) war bestimmt, daß der zum Straßenbau bestimmte Kaltasphalt und Kaltteer, der bei der fertigen Lösung bis höchstens 30 Volumenprozent andere (bisher nicht zugelassene) Lösungsmittel enthält, bis zur weiteren Klärung über seine Zugehörigkeit zur Tarifstelle „Kaltasphalt und Kaltteer — Klasse F —“ nach der Klasse E abzufertigen ist. — Beschluß der Ständigen Tarifkommission 179. —

Es wurde nunmehr beschlossen, diesen neuen Kaltasphalt und Kaltteer dem bisher in der Klasse F aufgeführten Kaltasphalt und Kaltteer gleichzustellen und die Tarifstelle „Kaltasphalt und Kaltteer“ wie folgt neu zu fassen:

„Kaltasphalt und Kaltteer, beide zum Straßenbau beim unmittelbaren Versand an gewerbmäßige oder öffentliche Unternehmer von Straßenbauarbeiten F 1 e Verz. III 67 (RW)“

Anmerkung: Als Kaltasphalt und Kaltteer gelten nur

a) Emulsionen von Pechen und (oder) Teeren und Wasser, auch mit Ölen und anderen Stoffen,

b) Lösungen von Pechen und (oder) Teeren in Ölen oder anderen Lösungsmitteln, auch mit Zusatz anderer Stoffe. Unter Verwendung von natürlichem Asphalt hergestellte Erzeugnisse gehören nicht hierher.

Anstrichmittel und Klebstoffe, überwiegend aus Bitumenstoffen, siehe die besondere Tarifstelle.

Bei nicht unmittelbarem Versand an die oben genannten Empfänger oder bei Versand an andere Empfänger wird auf Antrag im Erstattungsweg die Fracht nach den Sätzen der Klassen F, F 10 oder F 5 berechnet und der Frachtunterschied erstattet, wenn nach dem Ermessen der Eisenbahn nachgewiesen ist, daß der Kaltasphalt oder Kaltteer zum Straßenbau verwendet worden ist.

Das Ausschreiben Nr. 1/1/1935 im Tarif- und Verkehrsanzeiger I soll mit dem Zeitpunkt der Durchführung der Maßnahme aufgehoben werden.

8. Unverpackte Schmiedestücke von 100 bis 2000 Kilogramm Einzelgewicht fallen, wenn sie mit Schrauben, Muttern und dergl. versehen sind, im Gegensatz zu den verpackten Schmiedestücken gleicher Art, die der Klasse C angehören, unter die Klasse B. Es wurde beschlossen, die erstgenannten mit Zubehörteilen versehenen Schmiedestücke gleichfalls in die Klasse C einzustufen. Die Ziffer 17 1 b) 2

der Tarifstelle „Eisen und Stahl“ soll hiernach wie folgt neu gefaßt werden:

„2. von 100 bis 2000 Kilogramm Einzelgewicht

a) unverpackt und sofern mit den im ersten Absatz der Anmerkung genannten Zubehörteilen versehen C 1 e

β) unverpackt, soweit nicht unter a) fallend D 1 e

γ) verpackt C 1 e“

Die Anmerkung soll entsprechend berichtigt werden.

9. Der Antrag, die in der Ziffer 15 a) der Tarifstelle „Tonwaren“ genannten unglasierten zur Verkleidung von Böden bestimmten Platten (Fliesen) nebst zugehörigen Leisten, Rinnen- und Eckstücken usw. aus der Klasse E in die Klasse F zu versetzen, wurde abgelehnt.

C. Deutscher Eisenbahn-Personen-, Gepäck- u. Expressguttarif, Teil I: Expressgutverkehr.

10. Der Antrag auf Beseitigung des Sperrigkeitszuschlages für Expressgut wurde abgelehnt.

Ausnahmetarife für Kupferkies- und Schwefelkiesabbrände.

Für die Verbindungen

von Cosel, Cosel Hafen, Coswig (Anh.), Greiffenberg (Schlesien), Gröbzig b. Riesa, Hammermühle, Heydebreck (Oberschles.), Kirchberg (Mab.), Hbf., Kunersdorf (Kr. Westernberg), Magdeburg Südost, Maltitz, Mosel, Ober-Leichen, Oberberg, Odermünde, Oppeln Hafen, Pirna, Saarau, Stolp, Wartha-Frankenberga, Weitzig b. Großenhain, Wolsen (Kr. Bitterfeld), Ziegenhals Hbf. und Zwickau

nach Bobref

gilt bis auf jederzeitigen Widerruf, längstens bis zum 29. Februar 1936, der Ausnahmetarif 7 B 30 für Kupferkies- und Schwefelkiesabbrände, nicht kupferhaltige oder entkupferte (purple ore) zur Eisen- und Stahlerzeugung. Der Ausnahmetarif sieht die Auslieferung einer Mindestmenge von 50 000 To. während seiner Geltungsdauer vor. Er gewährt gegenüber den Frachtsätzen des Ausnahmetarifs 7 B 1 auf Entfernungen von 51 bis 200 Kilometer 30 Prozent, über 200 Kilometer 35 Prozent Ermäßigung.

Die gleiche Ermäßigung wird auch für die im Ausnahmetarif 7 B 19 enthaltenen Verbindungen von Raguit und Tilsit nach Bobref gewährt. Gleichzeitig wird die Mindestmenge von 5000 To. auf 10 000 To. erhöht. Die bisherigen Empfangsbahnhöfe Benthen (Oberschles.) Hbf. Grenze und Ludwigslück sind mangels Bedürfnisses gestrichen worden. Aus Anlaß dieser Änderungen ist der Ausnahmetarif 7 B 19 zum 1. März 1935 neu herausgegeben worden.

Post:

Verordnung zur Änderung der Postordnung v. 16. 2. 35.

Artikel I.

Die Postordnung wird wie folgt geändert:

1. Im § 1 „Allgemeines: Höchstgewicht usw.“ Abs. I unter 1 b) ist bei „Postwurfsendungen“ statt „— bis 20 g (§ 9)“ zu setzen: — bis 100 g (§ 9),

2. Im § 2 „Außenseite“, Abs. I, ist der 3. bis 6. Satz wie folgt zu ersetzen:

Auf der Außenseite der gewöhnlichen und eingeschriebenen Brieffendungen sind weitere Angaben sowie Abbildungen zulässig. Die Angaben und Abbildungen dürfen in keiner Weise die Deutlichkeit der Aufschriftseite sowie die Anbringung der Stempelabdrücke und der postdienstlichen Vermerke beeinträchtigen und müssen auf die Rückseite und das linke Drittel der Aufschrift der Briefumschläge usw. beschränkt bleiben. Zu ihnen dürfen auch aufgeklebte Zettel benutzt werden. Die Zettel müssen der ganzen Fläche nach haltbar aufgeklebt und so beschaffen sein, daß sie mit postdienstlichen Klebezetteln nicht verwechselt werden können. Auf Wertbriefe und Postanweisungen dürfen andere als postdienstliche Klebezettel nicht aufgeklebt werden.

3. Im § 9 „Postwurfsendungen“, Abs. 1, ist im letzten Satz statt „20 g“ zu setzen: 100 g.

4. Im § 12 „Mischsendungen“ erhält der Abs. I folgende Fassung:

I. Als Mischsendungen dürfen Druckfachen, Blindenschriftsendungen, Geschäftspapiere und Warenproben zusammengepackt versandt werden. Das Gesamtgewicht darf jedoch 500 g nicht überschreiten.

5. Im § 42 „Postlagernde Sendungen“, Abs. VI, erhält der letzte Satz folgenden Wortlaut:

Sie gelten im ganzen Reichspostgebiet und berechtigen zum Empfang gewöhnlicher Briefsendungen, die die Aufschrift „Postlagerkarte“ sowie die in der Karte angegebene Nummer und den Namen der ausstellenden Postanstalt tragen.

6. Im § 51 „Zahlung der Gebühren“, Abs. I, erhält der zweite Satz folgende Fassung:

Die Sendungen können außer durch Freimarken auch durch Freistempel freigemacht werden, die amtlich zugelassen sind und nach den von der Post festgesetzten Bestimmungen benutzt werden.

7. In der zu § 1, IV gehörenden Anlage „Uebersicht der Postgebühren“ treten folgende Änderungen ein:

I. unter Nr. 5 „Postwurfsendungen“ ist unter b) in neuer Zeile nachzutragen:

über 20 bis 100 g — 8

II. unter Nr. 21 „Bahnhofszeitungen“ ist statt der beiden letzten Zeilen zu setzen:

„1 kg“ 1,5 kg — 45

„1,5 kg“ 2 kg — 60

für jede weiteren 500 g mehr — 10

III. unter Nr. 24 „Rückscheine, falls nachträglich verlängert“, ist in Sp. 4 statt „50“ zu setzen 40 Rpf.

IV. unter Nr. 38 „Zeitungsüberweisungen im Orts- und Fernverkehr und Zeitungsumschreibungen“ ist in Sp. 4 statt „50“ zu setzen: 40 Rpf.

V. unter Nr. 40 „Laufschreiben“ ist in Sp. 4 statt „50“ zu setzen: 40 Rpf.

Artikel II.

Diese Verordnung tritt am 1. März 1935 in Kraft.

Berlin, den 16. Februar 1935.

Der Reichspostminister.

Fehr. v. Elb.

Neue Postwertzeichen.

Zum 17. März, dem Gedenktag für die gefallenen Helden des Weltkrieges, hat die Reichspost Gedenkmarken zu 6 und 12 Rpf. in beschränkter Auflage herausgegeben. Der Entwurf stammt von dem Künstler Mölnir (Schweizer). Das Markenbild zeigt den Kopf eines Soldaten mit Stahlhelm. Die Freimarken haben die Größe 23×27,32 Millimeter und sind in Rastertiefdruck hergestellt. Die Farbe der Marke zu 6 Rpf. ist grün, die der Marke zu 12 Rpf. rötlichbraun.

Der Verkauf der Marken durch die Postanstalten hat am 15. März begonnen. Die Freimarken können auch im Verkehr mit dem Ausland benutzt werden.

Postnachnahmen und Postaufträge aus dem Ausland nach Deutschland.

Postnachnahme- und Postauftragsendungen aus dem Ausland, die noch eingehen, werden fortan nicht mehr abgewickelt, sondern als unzustellbar behandelt.

Postguttarten.

Die Frist für die Verwendung von Pakettarten als Postguttarten für Versender, die noch große Bestände an Pakettarten mit gedruckten Absenderangaben usw. haben, wird bis zum 31. Dezember 1935 verlängert.

Schiffahrt:

Die Oderschiffahrt im Monat Februar 1935 und der Stand der Oderbauten.

Von der Oderstrombauverwaltung Breslau ging uns bezüglich der Oderschiffahrt im Monat Februar nachstehende Notiz zu:

In den Monaten Januar und Februar sind die Schleppzugschleusen Oderhof und Ohlau instandgesetzt worden, ebenso die Flutschleuse und Gröschelschleuse im Breslauer Großschiffahrtsweg.

Am Adolf-Hitler-Kanal konnten einzelne Ramm- und Vaggararbeiten trotz der ungünstigen Jahreszeit in kleinerem Umfange fortgeführt werden.

Das Staubecken Ottmachau, das noch zu Beginn des Monats den eisernen Bestand aufwies, konnte infolge der eingetretenen Schneeschmelze bis Ende des Monats etwa bis zur Hälfte seines nützlichen Inhalts gefüllt werden.

In Turawa wurden die Rammarbeiten fortgesetzt, die Erdarbeiten ruhten bis auf Abraumarbeiten.

Auf der Oder herrschte bis zum 18. Februar Winterruhe. Nachdem an diesem Tage der Wasserstand in Ratibor von 1,52 Meter auf 4,04 Meter gestiegen war, setzte sich die Eisdecke in Bewegung und trieb ab, so daß die Schiffahrt unterhalb Breslau bereits am 19. Februar eröffnet werden konnte. Auf der oberen Oder wurde der Schiffsverkehr am 23. Februar in Gang gebracht, jedoch mit der Einschränkung, daß in Ohlau wegen Instandsetzung der Schleppzugschleuse der Schiffahrt nur die kleine Schleuse zur Verfügung stand; vom 1. März ab kann auch die Schleppzugschleuse Ohlau benutzt werden. Die Tauchtiefe war vollschiffbar; die verwinterten 215 Talsfahrzeuge konnten Rastern verlassen.

An Peerkähnen waren am Monatsende vorhanden in Cöfelhafen 179, in Breslau 221 und in Maltzsch 69 Fahrzeuge.

In Cöfelhafen wurden an vier Tagen 19 188 To. Kohle umgeschlagen, das sind arbeitstätig i. M. 4797 To. (Vormonat an 11 Tagen 31 507 To. bzw. 2864 To.)

Verkehrsübersicht:

	Febr. 1935*)	Jan. 1935**)
	t	t
Cöfelhafen		
angekommen	1 238	5 570
abgegangen	41 049	15 436
zusammen:	42 287	21 006
Oppeln		
angekommen	33	411
abgegangen	3 048	1 279
zusammen:	3 081	1 690
Breslau		
angekommen	8 409	9 238
abgegangen	25 627	5 320
zusammen:	34 036	14 558
Maltzsch		
angekommen	rd. 1 200	2 918
abgegangen	„ 25 300	7 549
zusammen:	rd. 26 500	10 467

Rastern:

zu Berg: (Richtung Cöfelhafen):

Februar 180 Fahrzeuge mit 17 622 To. Ladung
Januar 226 „ „ 11 626 „ „

zu Tal: (Richtung Fürstenberg):

Februar 317 Fahrzeuge mit 119 769 To. Ladung
Januar 139 „ „ 34 354 „ „

*) vorläufige Zahlen.

**) endgültige Zahlen.

Bekanntmachung über die Schleusenbetriebszeiten auf der oberen Oder, dem Kłodnikkanal und der Neße.

Der Schiffsahrt stehen die Schleusen bis auf weiteres wie folgt zur Verfügung:

a) Obere Oder:

	an Werktagen:	an Sonn- u. Feiertagen:
vom 15. bis 31. März . . .	von 5,30 bis 18,30 Uhr;	von 5,30 bis 11,30 Uhr
vom 1. bis 15. April . . .	von 5,00 bis 19,00 Uhr;	von 5,00 bis 11,00 Uhr
vom 16. bis 30. April . . .	von 4,30 bis 19,30 Uhr;	von 5,00 bis 11,00 Uhr
vom Mai bis einschl. August .	von 4,00 bis 20,00 Uhr;	von 4,00 bis 11,00 Uhr

An der Schleuse Gofel, der Scheitniger-, Gröschel-, Sand- und Bürgerwerderschleuse wird an Werktagen von 6 bis 18 Uhr geschleust; an Sonn- und Feiertagen ruht der Schleusenbetrieb.

An der Schleuse Ottwitz beginnt die Schleusenbetriebszeit an Werktagen erst um 6 Uhr; an Sonn- und Feiertagen wird

vom 15. März bis 30. April	von 6 bis 11 Uhr und von 16 bis 18,30 Uhr,
vom 1. Mai bis 31. August	von 6 bis 11 Uhr und von 16 bis 21,00 Uhr,

geschleust.

Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Schleusenbetriebszeiten an den Nachmittagen der Sonn- und Feiertage auf Kleinfahrzeuge beschränkt bleiben. Alle anderen Fahrzeuge haben während dieser Zeit die tarifmäßigen Zuschläge zu entrichten.

b) Kłodnikkanal.

Für die Schleusen 1 und 18 gelten an Werktagen die Schleusenbetriebszeiten wie für die Oder; an den Schleusen 2 bis 17 wird an Werktagen von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang geschleust.

An Sonn- und Feiertagen wird die Schleusenbetriebszeit für sämtliche Schleusen des Kłodnikkanals von Sonnenaufgang bis 12 Uhr festgesetzt.

c) Neße.

An den Schleusen 17 bis 21 wird an Werktagen im Monat März von 7 bis 17 Uhr, vom April bis August von 7 bis 19 Uhr geschleust; an der Schleuse 22 (Krenz) im März von 7 bis 17 Uhr und in den übrigen vorstehend genannten Monaten von 7.30 bis 19.30 Uhr.

An Sonn- und Feiertagen ruht der Schleusenbetrieb.

d) Allgemeines.

Am 1. Oster- und 1. Pfingstfeiertag wird wie an Sonntagen geschleust.

Am Karfreitag, 2. Oster-, 2. Pfingstfeiertag und am 1. Mai ruht der Schleusenbetrieb, ausgenommen Schleuse Ottwitz für Sportfahrzeuge, die wie an Sonntagen geschleust werden.

Außerhalb der Betriebszeit werden Schleusungen nur nach vorheriger Anmeldung innerhalb der den gewünschten Schleusungen vorhergehenden Betriebszeit gegen die im Tarif festgesetzten Gebühren (Nachtschleusungen) vorgenommen.

Anträge auf Ausnahmen sind kurz begründet — es genügt Fernspruch — an das zuständige Wasserbauamt zu richten.

Breslau, den 6. März 1935.

Der Oberpräsident

Chef der Oberstrombauverwaltung.

Mitteilungen.

Von der Stettiner Hafengesellschaft ist eine Aufklärungschrift „Stettin, der Seehafen des Ostlandes“ herausgegeben worden, die an Interessenten kostenlos abgegeben wird.

Devisenbewirtschaftung und Außenhandel

1. Devisenvorschriften:

Einfuhr ohne Devisenbescheinigung.

Nach den Bestimmungen des Neuen Plans erstatten bekanntlich die Zollstellen den Ueberwachungsstellen laufend Meldungen über die nach Deutschland eingeführten Waren, bei deren Abfertigung eine Devisenbescheinigung oder eine an deren Stelle tretende Ersatzbescheinigung (Bestätigung, Unbedenklichkeitsbescheinigung) nicht vorgelegt werden konnte. Die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung hat den Ueberwachungsstellen in diesen Tagen nähere Anweisungen über die Auswertung dieser Zollmeldungen erteilt. Die Ueberwachungsstellen haben danach Ermittlungen darüber anzustellen, ob die ohne Devisenbescheinigung eingeführten Waren auf ungesetzliche Weise bezahlt worden sind; sie haben dann gegebenenfalls Strafanzeige zu erstatten. Sie werden ferner prüfen, inwieweit Firmen, die Waren eingeführt haben, ohne eine Devisenbescheinigung einzuholen, der Abschluß weiterer Einfuhrgeschäfte gemäß § 37 des Devisengesetzes zu unterlagen ist. Um Weiterungen zu vermeiden, liegt es deshalb im Interesse jedes Importeurs, Einfuhrgeschäfte nicht abzuschließen, bevor er eine Devisenbescheinigung erhalten hat.

Private Verrechnungsgeschäfte.

Bei der Beurteilung von Anträgen auf Genehmigung privater Verrechnungsgeschäfte legen die Devisenstellen laut RG. 52/35 D. St. 119/35 Ue. St. in erster Linie auf den Erhalt und die Förderung des Devisenansalles der Reichsbank Wert. Bei der Einfuhr von Waren, an der kein besonderes wirtschaftliches Interesse besteht, wird von den Devisenstellen nachgeprüft, ob das Zustandekommen des Ausfuhrgeschäfts von der Zulassung der Einfuhr tatsächlich abhängig ist, oder ob nicht durch die Genehmigung des Verrechnungsgeschäfts der Reichsbank ein in jedem Falle in Aussicht stehender Devisenansatz entgeht. Die Erhaltung des Devisenansalles der

Reichsbank erfordert ferner, daß auch solche Anträge abgelehnt werden, bei denen die Ausfuhrgeschäfte im einzelnen noch nicht bestimmbar sind, sondern nur die voraussichtliche Ausfuhr einer Firma nach einem bestimmten Lande während eines bestimmten Zeitraumes angeführt wird. Es sind also in den Anträgen stets im einzelnen genau bestimmte geplante Geschäftsabschlüsse anzugeben, bei denen bereits längere Angaben über Umfang und Art der auszuführenden Waren gemacht werden können.

Anträge, den aus dem aktiven Lohnveredelungsverkehr zugunsten der die Veredelung vornehmenden deutschen Firma anfallenden Lohn nicht durch eine Barzahlung, sondern durch Lieferung von Waren (Rohstoffen oder Halbfabrikaten) oder durch Verrechnung mit Forderungen der beteiligten ausländischen Firmen aus Dienstleistungen abzudecken, können nur von der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung entschieden werden.

Die Devisenstellen machen bei der Genehmigung privater Verrechnungsgeschäfte folgende Auflage: „Bei einer für den Zulassungsausgleich zwischen deutschem Einführer und deutschem Ausfuhrer notwendig werdenden Umrechnung von Valutaforderungen in Reichsmarkforderungen ist stets der amtliche Berliner Mitteltkurs des für die Abrechnung vereinbarten Tages zugrunde zu legen. Der Abrechnungstag ist von den beiden beteiligten deutschen Kontrahenten nach Erhalt dieser Genehmigung sofort festzulegen und der Devisenstelle zu melden.“ Die Innehaltung dieser Auflage wird überwacht.

Zahlungen auf Grund von Devisenbescheinigungen ohne Nachweis der vorherigen zollamtlichen Abfertigung.

Die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung hat an die einzelnen Verbände der Banken und Kreditinstitute den nachstehenden Erlaß (— Dev.-B. 8343/35 vom 8. 3. 1935 —) gerichtet, der allen Einfuhrfirmen zur besonderen Beachtung empfohlen wird:

„Mit Schreiben vom 4. Dezemb. 1934 — Dev.-B. 37968/34 — hatte ich gebeten, Ihre Mitglieder besonders darauf hinzuweisen, daß auf Grund von Devisenbescheinigungen Zahlungen grundsätzlich nur geleistet werden dürfen, wenn und insofern die Ware in das Zollinland eingeführt und von der Zollstelle auf der dritten Seite der Devisenbescheinigung abgeschrieben worden ist, und daß Ausnahmen nur zulässig sind, wenn entweder die Ueberwachungsstelle von der Auflage der vorherigen Einfuhr ausdrücklich freigestellt hat (Ziff. 2 des Runderlasses Nr. 16/34 USt.) oder wenn der Einzahler bei Vorlegung einer vor dem 2. November 1934 ausgestellten Devisenbescheinigung der Bank nachweist, daß nach der vereinbarten Zahlungsbedingung der Nachweis der vorher erfolgten Einfuhr im Zeitpunkt der Zahlung nicht geführt werden kann (Ziffer 2, Absatz 5 des genannten Runderlasses). Trotz dieses Hinweises ist in einer großen Anzahl von Fällen festgestellt worden, daß von Kreditinstituten Zahlungen ohne Beachtung der Auflage in den Devisenbescheinigungen entgegengenommen worden sind. Zum Teil ist in diesen Fällen von den Kreditinstituten in den Devisenbescheinigungen vermerkt worden, daß eine Quittung über den bezahlten Zollbetrag vorgelegen habe und als genügender Einfuhrnachweis angesehen worden sei. In anderen Fällen ging aus den Devisenbescheinigungen überhaupt nicht hervor, auf Grund welcher Unterlagen die Auflage in den Devisenbescheinigungen als erfüllt angesehen wurde. Hierzu stelle ich fest, daß die Auflage in der Devisenbescheinigung nur dann als erfüllt anzusehen ist, wenn die Ware bei der Einfuhr von der Zollstelle auf der Devisenbescheinigung abgeschrieben worden ist. Auch wenn eine Firma Zollquittungen, zollamtlich abgestempelte Frachtbriefe oder dergleichen vorlegt, haben die Banken nicht das Recht, die Zahlung entgegenzunehmen; die Entgegennahme der Zahlung muß vielmehr ausnahmslos zurückgewiesen und der Firma anheimgestellt werden, zunächst die Devisenbescheinigung an die Ueberwachungsstelle zurückzugeben und bei der Ueberwachungsstelle die Freistellung von der Auflage in der Devisenbescheinigung zu erwirken. Die Ueberwachungsstellen werden solchen Anträgen entsprechen, wenn von der Firma der Nachweis erbracht wird, daß die Ware bereits in das Zollinland eingeführt worden ist.

Ich bitte um nochmalige eindringlichste Anweisung Ihrer Mitglieder, die ich dabei auch darauf hinzuweisen bitte, daß sie sich strafbar machen, wenn sie Zahlungen entgegennehmen, ohne daß die Auflagen in der Devisenbescheinigung erfüllt sind.

Vorauszahlungen im Transithandel.

In dem Erlaß Dev.-B. 5823/35 vom 2. März 1935 weist die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung darauf hin, daß Vorauszahlungen im Transithandel nicht zulässig sind. Damit ist klargestellt, daß die verschiedentlich vertretene Ansicht, die Reichsbank sei mit Vorauszahlungen bis zu drei Wochen einverstanden, irrig ist. Sie beruht auf einem Mißverständnis, denn die Reichsbank hat sich lediglich mit der Freigabe von Devisen, die aus dem Transitverkaufsgeschäft anfallen, dann einverstanden erklärt, wenn die Verpflichtung aus dem Transiteinfuhrgeschäft erst nach drei Wochen oder in Ausnahmefällen noch später fällig wird. Es soll damit vermieden werden, daß sich für die betreffende Firma durch die zunächst erforderliche Ablieferung und später Wiederanforderung von Devisen Schwierigkeiten ergeben. Diese Freigabe vor Fälligkeit berechtigt jedoch nicht zur Zahlung vor Fälligkeit.

Geschäftsreisen nach Verrechnungsländern.

Im Geschäftsreiseverkehr mit Ländern, mit denen ein die Geschäftsreisen einschließendes Verrechnungsabkommen geschlossen ist, ist die Bezahlung von Reisekosten durch Einzahlung auf ein Verrechnungskonto nicht immer angängig. Sie ist dann durchführbar, wenn es sich lediglich um die Rückerstattung eines Vorschusses handelt, den der Reisende während seiner Auslandsreise bei ausländischen Geschäftsfreunden genommen hat, oder wenn der Antritt der Reise so lange im voraus feststeht, daß Einzahlung und Auszahlung rechtzeitig erfolgen können. Muß hingegen eine Reise schnell angetreten werden, so ist dem Reisenden eine Verwendungsgenehmigung, die zur Verwendung frei verfügbarer Devisenbeträge berechtigt, und wenn dies nicht möglich ist, eine Er-

werbsgenehmigung zu erteilen. Diese Genehmigung wird in der Regel für die Gesamtkosten der Reise zu erteilen sein. Eine Beschränkung auf einen Teil der Reisekosten erscheint nur angezeigt, wenn zu erwarten ist, daß der Reisende in der Lage ist, sich durch die Einziehung von Forderungen in dem betreffenden Land oder durch die oben erwähnten Darlehen die erforderlichen Mittel zu beschaffen.

Ebenso kann für Reisen nach Verrechnungsländern, in denen die Verwendung dort eingezogener Ausfuhrerlöse zur Bestreitung von Reisekosten zugelassen ist, nicht in allen Fällen eine solche Abzweigung verlangt werden. Wenn der Zweck der Reise durch ein solches Verlangen gefährdet würde oder die Reisekosten wesentlich erhöht würden, so können auch hier Erwerbsgenehmigungen erteilt werden. Gleichwohl ist der Reisende darauf hinzuweisen, von anderen Möglichkeiten, sich die benötigten Devisen zu verschaffen, Gebrauch zu machen.

Für den Geschäftsreiseverkehr mit Italien ist durch den Runderlaß Nr. 34/35 eine Regelung getroffen worden, die alle Schwierigkeiten beseitigt. Auch für den Geschäftsreiseverkehr mit den Niederlanden steht eine gleiche Regelung bevor.

Freigrenze im Reiseverkehr.

Dem Rundschreiben 36 der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe — Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes (C. B.) — sind nachstehende Ausführungen zu einer Entscheidung der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung zu entnehmen, die bei Auslandsreisen von Familien von Wichtigkeit sind:

„Freigrenze der Angehörigen.

In einem Einzelfall hat eine Zollfahndungsstelle es beanstandet, daß für eine Reise ins Ausland die in einem Reiseabkommen vorgesehene Möglichkeit nicht nur für den Reisenden selbst, sondern auch für dessen Ehefrau in Anspruch genommen wurde. Sie hat insbesondere beanstandet, daß der Reisende die von dem ausländischen Hotel geforderte Anzahlung auf eine Zimmerbestellung in Höhe von je 10,00 RM auf seinen Paß, den seiner Ehefrau und seiner mitreisenden Tochter überwiesen hatte. Die Fahndungsstelle ging dabei davon aus, daß der überwiesene Betrag bei Frau und Tochter nicht aus deren eigenen Mitteln, sondern aus den Mitteln des Reisenden gezahlt wurde. — Die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung hat in diesem Fall mit dem nachstehend abgedruckten Schreiben vom 25. Februar 1935 — Dev. A 62033/34 — Stellung genommen:

Grundsätzlich darf die Freigrenze nur aus eigenen Mitteln des Reisenden bzw. Zahlenden in Anspruch genommen werden. Reisen jedoch, wie in dem von Ihnen angeführten Falle, mehrere Personen, von denen die eine für die anderen unterhaltspflichtig ist, so kann angenommen werden, daß der Unterhaltspflichtige den anderen Personen die erforderlichen Beträge auf Grund der Unterhaltspflicht zur Verfügung stellt und daß diese dann aus eigenen Mitteln die Freigrenze in Anspruch nehmen.“

Private Verrechnungsgeschäfte im Warenverkehr mit England.

Runderlaß der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung Nr. 45/35 USt. (14/35 USt.) vom 27. Februar 1935.

Ich ordne mit sofortiger Wirkung an, daß private Verrechnungs- und Gegenseitigkeitsgeschäfte, die den unmittelbaren Austausch deutscher gegen englische Waren betreffen, bis auf weiteres nicht mehr genehmigt werden dürfen. Englische Waren sind nur solche Waren, die im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland erzeugt oder wesentlich bearbeitet worden sind. Bereits genehmigte Verrechnungs- und Gegenseitigkeitsgeschäfte dieser Art können noch abgewickelt werden.

Anträge auf Genehmigung von Verrechnungsgeschäften, bei denen Waren nach dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland ausgeführt werden sollen, die Einfuhrware aber nicht im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland erzeugt oder wesentlich bearbeitet worden ist, sind mir gemäß Runderlaß Nr. 141/34 USt. weiterhin zur Entscheidung vorzulegen.

Private Verrechnungs- und Gegenseitigkeitsgeschäfte mit Irland.

Durch Erlass Dev.-B. 5191/35 der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung werden Genehmigungen für private Verrechnungs- und Gegenseitigkeitsgeschäfte im Warenverkehr mit dem Irischen Freistaat künftig nicht mehr erteilt. Bereits genehmigte Geschäfte dieser Art können noch abgewickelt werden.

Auch Ausländer-Sonderkonten für Inlandszahlungen zugunsten irischer Firmen werden nicht mehr bewilligt. Soweit derartige Konten bestehen, müssen sie abgeschlossen und innerhalb einer angemessenen Frist abgewickelt werden.

2. Außenhandel:

Der polnische Außenhandel.

a) im Februar 1935.

Die Außenhandelsbilanz des polnischen Staates und der Freien Stadt Danzig ergibt nach den vorläufigen Berechnungen des Statistischen Hauptamtes für den Monat Februar folgende Ziffern:

Einfuhr: 193 721 To. im Werte von 63 914 000 Zloty.
Ausfuhr: 997 191 To. im Werte von 68 517 000 Zloty.
Der Aktivsaldo beträgt für den Monat Februar somit 4 603 000 Zloty. (Im Januar 16,35 Mill. Zloty, im Februar 1934 12,8 Mill. Zl.)

Im Vergleich zum Monat Januar 1935 verminderte sich die Ausfuhr um 9 781 000 Zloty, dagegen erhöhte sich die Einfuhr um 1 976 000 Zl.

Die Ausfuhr vergrößerte sich in folgenden Waren: Eisen und Stahl um 0,9 Mill. Zl., schwefelsaures Ammoniak um 0,7 Mill. Zl., Kunstdünger um 0,6 Mill. Zl., Eisenbahnschienen um 0,6 Mill. Zl., Leinen und Abfälle um 0,5 Mill. Zl., Antriebs- und Schmieröle um 0,4 Mill. Zl., Papierholz um 0,4 Mill. Zl.

Die Ausfuhr verkleinerte sich in folgenden Waren: Getreide um 6,1 Mill. Zl., Kohle um 3,1 Mill. Zl., Schnittmaterial um 2,4 Mill. Zl., Schlachtvieh um 0,4 Mill. Zl., Geflügelerei um 0,4 Mill. Zl., Käse um 0,4 Mill. Zl.

Die Einfuhr vergrößerte sich in folgenden Waren: Apfelsinen und Zitronen um 2,5 Mill. Zl., gewaschene Schafwolle um 0,7 Mill. Zl., tierische und pflanzliche Öle und Fette um 0,6 Mill. Zl., pharmazeutische Artikel um 0,5 Mill. Zl., Eisenwaren um 0,5 Mill. Zl.

Die Einfuhr verminderte sich in folgenden Waren: Tabak und Tabakerzeugnisse um 0,9 Mill. Zl., frische Salzheringe um 0,8 Mill. Zl., Baumwolle und Abfälle um 0,6 Mill. Zl., Pelzfelle um 0,4 Mill. Zl., elektrische Maschinen, Apparate und ihre Teile um 0,4 Mill. Zl.

b) Die polnische Getreideaufuhr im Februar 1935.

Im Februar wurden aus Polen an Getreide für insgesamt 8 760 000 Zl. ausgeführt und zwar Roggen in einer Menge von 17 600 To. im Werte von 2 159 000 Zl., Gerste von 36 900 To. im Werte von 5 714 000 Zl., Hafer von 6900 To. im Werte von 827 000 Zl. und Weizen 610 To. im Werte von 60 000 Zl. Der größte Abnehmer für Roggen war Deutschland, wohin für ungefähr 1½ Mill. Zl. ausgeführt wurde. Der zweitgrößte Roggenabnehmer war Dänemark, dann folgt Norwegen, die Vereinigten Staaten usw. Gerste wurde nach England, Belgien und die Vereinigten Staaten versandt. Die größte Menge von polnischer Gerste übernahm im Februar der belgische Markt und zwar für über 2½ Mill. Zloty. Nach den Vereinigten Staaten wurden für 2 Mill. und nach England für ca. 590 000 Zl. Gerste versandt. Hafer ging nach Belgien, Dänemark, Italien und Deutschland, davon am meisten nach Dänemark, dann folgen Belgien, Deutschland und Italien.

c) Polen im Weltgetreidehandel.

In den ersten vier Monaten der neuen Getreidekampagne, d. i. in der Zeit vom 1. August bis zum 30. November v. J., erreichte die Weltausfuhr an Roggen 3,5 Mill. Q. gegen 5,5 Mill. Q. im gleichen Zeitraum 1933. Die polnische Roggenausfuhr betrug in den vier Monaten der neuen Kampagne 1,6 Mill. Q., womit Polen seinen ersten Platz als Roggen ausführendes Land behauptet hat. An zweiter Stelle kam Argentinien mit 530 000 Q., während Deutschland, das sonst ein starkes Roggenausfuhrland ist, diesmal nur ge-

ringe Mengen verschickt hat. Die Weltausfuhr von Gerste ist in der Berichtszeit von 8,2 Mill. Q. auf 9,1 Mill. Q. gestiegen, wovon der Anteil Polens 1,5 Mill. Q. ausmachte.

3. Zölle:

Verordnung des polnischen Ministerrates vom 13. 3. 1935 betreffend die Abänderung des Einfuhrzolltarifs.

Am 14. März sind nachstehende Zollveränderungen eingetreten:

Zolltarif- Position	Bezeichnung der Ware	Zoll von 100 kg I II in Zloty	
		I	II
60 2.	Bananen	380,—	300,—
	Anm. 1: a) Bananen über die Häfen des polnischen Zollgebietes eingeführt	200,—	200,—
	b) unreife Bananen in Gestalt von grünen Trauben, eingeführt durch die inländischen Nachreiseführer über die Häfen des polnischen Zollgebietes — mit Genehmigung des Finanzministers	51,—	51,—
3.	Apfelsinen und Madarinen	380,—	300,—
	Anm. 2: Apfelsinen und Mandarinen, eingeführt über die Häfen des polnischen Zollgebietes	200,—	200,—
4.	Bittere Apfelsinen, sogenannte „grape fruits“	380,—	300,—
	Anm. 3: Bittere Apfelsinen, sogenannte „grape fruits“, eingeführt über die Häfen des polnischen Zollgebietes	65,—	65,—
5.	Zitronen	63,—	50,—
	An. 4: Zitronen, eingeführt durch die Häfen des polnischen Zollgebietes	30,—	30,—
61 1.	über 4 Klg. (Datteln)	190,—	150,—
	Anm. 1: Datteln, auch getrocknet, in einer Verpackung über 4 Klg., eingeführt über die Häfen des polnischen Zollgebietes	125,—	125,—
76 1.	roh (Kaffee und Kaffeeschalen)	400,—	320,—
	Anm.: Kaffee und Kaffeeschalen, über die Häfen des polnischen Zollgebietes eingeführt	170,—	170,—
82 4.	Schwarzer Pfeffer, weißer Pfeffer, Englisch-Kraut, Zimmt:		
	a) nicht gemahlen	815,—	650,—
	b) gemahlen, geschnitten	940,—	750,—
	Anm. 1: Schwarzer Pfeffer, weißer Pfeffer, Englisch-Kraut, Zimmt — alles ungemahlen, über die Häfen des polnischen Zollgebietes eingeführt	550,—	550,—
	Anm. 2: Schwarzer Pfeffer, weißer Pfeffer, Englisch-Kraut, Zimmt — alles gemahlen, geschnitten, über die Häfen des polnischen Zollgebietes eingeführt	650,—	650,—
5.	Gewürznelken, Gewürznelkenblüten, Sternanis, Ingwer, Muskatblüte, Muskatnuz, türkischer Pfeffer in trockenen Schoten, sowie andere nicht genannte Gewürze:		
	a) nicht gemahlen	725,—	580,—
	b) gemahlen, geschnitten	790,—	630,—
	Anm. 3: Die Waren, die im Pkt. 5, Buchstabe a) dieser Position aufgeführt sind, über die Häfen des polnischen Zollgebietes eingeführt	300,—	300,—
	Anm. 4: Die Waren, die im Pkt. 5, Buchst. b) dieser Position aufgeführt sind, über die Häfen des polnischen Zollgebietes eingeführt	365,—	365,—
206	Kakaobutter	95,—	75,—

Verordnungen des polnischen Ministerrates vom 13. 3. 1935 betr. das Einfuhrverbot für verschiedene Waren.

Ebenfalls mit Gültigkeit vom 14. März 1935 sind folgende Güter in das Einfuhrverbot (Liste 2 der einfuhrverbotenen Waren) einbezogen worden:

Zolltarifpos.	Bezeichnung der Ware
60 Pft. 2 und 1 b), Anm. 1 a):	Bananen
60 Pft. 4 u. Anm. 3):	bittere Apfelsinen, sogenannte „grape fruits“
60 Pft. 5 u. Anm. 4):	Zitronen
76 und Anm.:	Kaffee, Kaffeeschalen
78 und Anm.:	Tea
80 Pft. 1 u. Anm.:	Kakao in Körnern oder Bruchkakao, Schalen von Kakao — alles roh, getrocknet, geröstet oder gebrannt
82 Pft. 1:	Safran
82 Pft. 3:	Kardamom

Zolltarifpos.	Bezeichnung der Ware
82 Pft. 4 u. Anm. 1 und 2:	schwarzer Pfeffer, weißer Pfeffer, Englisch-Kraut, Zimmt
82 Pft. 5 u. Anm. 3, 4:	Gewürznelken, Gewürznelkenblüten usw. (der ganze Punkt und Nummerung)
320 Pft. 3:	Ferro- und Ferrichlornatrium, -Kalium, -Calcium, -Kalium-Calcium,
342 Pft. 1:	Natron

Mitteilungen.

Die Fa. Walter Wunderlich, Treuhandbüro, Milano übernimmt die Einziehung von Forderungen in Italien. Interessierte Firmen bitten wir, sich an die Außenhandelsabteilung der Industrie- und Handelskammer zu wenden.

Die Fa. Kammgarnspinnerei Stöhr & Co., AG., Leipzig W. 31, wünscht mit Firmen, die nach England, Australien, Neuseeland, Belgien und Frankreich exportieren, zwecks Durchführung von Kompensationsgeschäften in Verbindung zu treten.

Gesetzgebung und Verwaltung

Neue Gesetze und Verordnungen.

Regelung von Erzeugung und Absatz:

- Verordnung über den Zusammenschluß der Deutschen Gartenbauwirtschaft vom 27. 2. 35 RGBl. I 35, S. 343
- Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ordnung der Getreidewirtschaft vom 16. 3. 1935 RGBl. I 35, S. 381
- Dritte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen vom 16. 3. 35 RGBl. I 35, S. 387
- Der Reichsschatzmeister der NSDAP. wird ermächtigt, bei Zuwiderhandlungen gegen § 5 des Gesetzes die Zustimmung zur Verfolgung der Tat und zur selbständigen Einziehung der betreffenden Parteiuniformen usw. zu erteilen. Weitere Bestimmungen betreffen verschiedene Abzeichen, den Verbleib parteiamtlicher Uniformen und Abzeichen nach Todesfällen des Trägers; eine Anlage bestimmt, was unter parteiamtlichen Fahnen und Abzeichen zu verstehen ist.
- Verordnung über Änderung der Ausführungsbestimmungen z. Branntweinmonopolgez RM. Bl. 35, S. 117
- Enthält neue Fassung der Brennereivordnung mit 32 Mustern von Vordrucken.

Handel:

- Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb vom 28. 2. 1935 RGBl. I 35, S. 331
- Näheres siehe im Aufsatz von Dr. M. Elster auf S. 158 f. des vorliegenden Heftes.
- Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über Preisbindungen und gegen Verteuerung der Bedarfsdeckung vom 29. 3. 35 RGBl. I 35, S. 488
- Die Verordnung ist auf S. 176 des vorliegenden Heftes abgedruckt.

Geldwesen und Finanzfragen:

- Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Anleihestockgesetzes vom 27. 2. 35 RGBl. I 35, S. 316
- Vergleichsordnung vom 26. 2. 35 RGBl. I 35, S. 321
- Erste Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Durchführung einer Zinsermäßigung bei Kreditanstalten vom 1. 3. 35 RGBl. I 35, S. 346

Gesetz zur Änderung des Handelsgesetzbuchs v. 7. 3. 35.

- Enthält einige Änderungen d. §§ 195, 284, 320 und 323 des Handelsgesetzbuchs betreffs Aktienwesen RGBl. I 35, S. 352
- Gesetz über die Unzulässigkeit d. Sicherungsbeschlagnahme von Luftfahrzeugen vom 17. 3. 35 RGBl. I 35, S. 385
- Durchführungsverordnung über das Kreditabkommen f. Deutsche öffentliche Schuldner von 1935 v. 4. 3. 35 RGBl. I 35, S. 401
- Durchführungsverordnung über das Deutsche Kreditabkommen von 1935 RGBl. I 35, S. 401
- Durchführungsverordnung über ein Deutsch-Schweizer Sonderkreditabkommen vom 4. 3. 35 RGBl. I 35, S. 402
- Verordnung über das Ausgleichsverfahren im Saarland vom 22. 3. 35 RGBl. I 35, S. 415
- Verordnung über die Einführung handelsrechtlicher und genossenschaftsrechtlicher Vorschriften im Saarland vom 19. 3. 35 RGBl. I 35, S. 419
- Verordnung über Reichsmarbilanzen im Saarland vom 19. 3. 35 RGBl. I 35, S. 421
3. Gesetz zur Änderung d. Gemeindeumschulungsgesetzes v. 29. 3. 1935 RGBl. I 35, S. 456
- Gesetz über die Feststellung des (preussischen) Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1935 vom 11. 3. 35 Pr. G. S. 35 S. 29
- Gesetz über bringende Finanzmaßnahmen vom 11. 3. 35 Pr. G. S. 35 S. 37

Reichsreform:

- Gesetz zur Überleitung des Bergwesens auf das Reich vom 28. 2. 35 RGBl. I 35, S. 315
- Verordnung zur Durchführung des Dritten Gesetzes zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich vom 18. 3. 35 RGBl. I 35, S. 381
- Erlaß des (preussischen) Ministerpräsidenten über die Änderung von Zuständigkeiten innerhalb des Staatsministeriums PGE. 35, S. 41
- Gewisse Zuständigkeiten gehen vom Preussischen Landwirtschaftsministerium auf das Min. des Innern oder das Verkehrsministerium und vom Min. für Wirtschaft und Arbeit auf das Verkehrsministerium oder das Arbeitsministerium über. Die preussischen Ministerien führen künftig die Bezeichnung der entsprechenden Reichsministerien.
- Beschluß über die Aufhebung des Preussischen Landesgewerbeamts in Berlin vom 28. 3. 1935 PGE. 35, S. 51

Devisenbewirtschaftung:

1. Verordnung zur Aenderung der Richtlinien für die Devisenbewirtschaftung vom 25. 2. 1935 R. G. Bl. I S. 282
- Kapitalverkehr mit Dänemark
Er. Nr. 28/35 D. St. v. 15. 2. 1935 R. St. Bl. S. 327
- Zahlungen an sowjetrussische Stellen und Merkblatt E. Nr. 20/35 D. St. vom 15. 2. 1935 R. St. Bl. S. 340
- Zahlungsverkehr mit Chile und Merkblatt E. Nr. 32/35 D. St. vom 18. 2. 1935 R. St. Bl. S. 342
- Reiseverkehr nach Norwegen
E. Nr. 33/35 D. St. v. 18. 2. 1935 R. St. Bl. S. 344
- Reiseverkehr nach Italien
E. Nr. 34/35 D. St. v. 18. 2. 1935 R. St. Bl. S. 374
- Bezahlung ausländischer Unterlieferungen bei deutschen Exportaufträgen
E. Nr. 41/35 D. St. v. 25. 2. 1935 R. St. Bl. S. 416
- Ausländerfondskonten für Inlandszahlungen
E. Nr. 27/35 D. St. v. 13. 2. 1935 R. St. Bl. S. 432
- Verrechnung von Warenforderungen mit Nebenkosten des Warenverkehrs
E. Nr. 42/35 vom 26. 2. 1935 R. St. Bl. S. 461

Wohnungsweisen und Siedlung:

- Verordnung über die weitere Förderung der Kleinsiedlung, insbesondere durch Uebernahme von Reichsbürgschaften vom 19. 2. 35 R. G. Bl. I 35, S. 341
- Gesetz über Anerkennung und Beaufsichtigung von Vereinigungen von Hausbesitzern u. Mietern v. 7. 3. 35 R. G. Bl. I 35, S. 352
- Verordnung zur Aenderung d. Durchführungsverordn. über die Steuerbefreiung für neue errichtete Kleinwohnungen und Eigenheime vom 14. 3. 1935 R. G. Bl. I 35, S. 368
- § 7 der Durchführungsverordnung über die Steuerbefreiung für neu errichtete Kleinwohnungen und Eigenheime vom 26. 10. 33 wird aufgehoben. Nach dem aufgehobenen § 7 hatte die Steuerfreiheit zur Voraussetzung, daß grundsätzlich nur Deutsche Baustoffe verwendet werden. Diese Einschränkung ist nunmehr aufgehoben.
- Erlaß des Reichsarbeitsmin. vom 12. 2. 35 betreffend Fortführung der Kleinsiedlung, insbes. durch Ablösung von Reichsarlehen (Ablösungs Erlaß) Min. Bl. f. Wi. u. N. 35, S. 75
- Erlaß des Reichsarbeitsministers (Reichsmin. f. Wi. u. Arb.) vom 11. 2. 34 betr. (vorstädtische) Kleinsiedlung; Abzug von Landarbeitern Min. Bl. f. Wi. u. N. 35, S. 85
- Erlaß des Reichsarbeitsministers (Preuß. Min. f. Wi. u. Arb.) vom 12. 2. 35 betr. (vorstädtische) Kleinsiedlung, Kriegsbeschädigte und gesundheitsbeschädigte Kämpfer für die nationale Erhebung als Kleinsiedler Min. Bl. f. Wi. u. N. 35, S. 85
- Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 7. 2. 35 betr. (vorstädtische) Kleinsiedlung; Selbst- u. Nachbarhilfe der Kleinsiedler Min. Bl. f. Wi. u. N. 35, S. 86
- Gesetz zur Aenderung der Notverordnungen vom 5. 6. 31 und 18. 3. 33 (Enteignungen auf dem Gebiete des Städtebaues) vom 29. 3. 35 R. G. Bl. I 35, S. 455

Bei Enteignungen auf dem Gebiete des Städtebaues, die gemäß landesrechtlichen, vor Inkrafttreten der Notverordnung vom 5. 6. 31 erlassenen Vorschriften vollzogen worden sind oder vor dem 1. April 1937 noch vollzogen werden, wird eine Entschädigung nach den Vorschriften der §§ 2—5 der Notverordnung vom 5. 6. 31 gewährt.

Gesetz über die Landbeschaffung für Zwecke der Wehrmacht v. 29. 3. 1935 R. G. Bl. I 35, S. 467

Gesetz über die Regelung des Landbedarfes der Deutschen Hand vom 29. 3. 35 R. G. Bl. I 35, S. 468

Es wird eine Reichsstelle zur Regelung des Landbedarfes der Deutschen Hand errichtet, die dem Reichskanzler unmittelbar untersteht. Der Reichskanzler ernannt den Leiter der Reichsstelle. Die Reichsstelle hat darüber zu wachen, daß der deutsche Raum in einer den Notwendigkeiten von Volk und Staat entsprechenden Weise gestaltet wird.

Gesetz zur Förderung des Wohnungsbaues vom 30. 3. 35 R. G. Bl. I 35, S. 469

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, einen Betrag bis zu 50 Millionen RM für Zwecke der Kleinsiedlung und des Kleinwohnungsbaues zu verwenden.

Arbeitsfragen:

Gesetz zur Befriedigung des Bedarfs der Landwirtschaft an Arbeitskräften vom 26. 2. 35 R. G. Bl. I 35, S. 310

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung kann anordnen, daß Arbeiter und Angestellte, die innerhalb einer bestimmten Zeit (früher lt. Ges. zur Regelung des Arbeitseinsatzes vom 14. 5. 1934 in den letzten drei Jahren) vor Erlass der Anordnung in der Landwirtschaft tätig waren, aber zur Zeit des Erlasses der Anordnung in anderen als landwirtschaftlichen Betrieben oder Berufen mit anderen als landwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt sind, vom Unternehmer (Arbeitgeber) ihres Betriebes zu entlassen sind.

Gesetz über die Einführung eines Arbeitsbuches vom 26. 2. 1935 R. G. Bl. I 35, S. 311

Zehnte Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit vom 4. 3. 1935 R. G. Bl. I 35, S. 348

Betr. Aufstellung der Listen der Vertrauensmänner durch ihre Stellvertreter und Festsetzung der Abstimmung über die Listen der Vertrauensmänner. Artikel III enthält besondere Vorschriften bezügl. der Bestellung von Vertrauensmännern im ehemaligen oberchlesischen Abstimmungsgebiet für die Geltungsdauer des Genfer Abkommens vom 15. 5. 22.

Verordnung zum Gesetz über die Beurlaubung von Angestellten und Arbeitern für Zwecke der Leibeserziehung vom 19. 3. 1935 R. G. Bl. I 35, S. 382

Gesetz zur Aenderung des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 20. 3. 35 R. G. Bl. I 35, S. 386

Betrifft die Vertretung vor dem Arbeitsgericht.

Verordnung über den Schutz der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen im Steinkohlenbergbau, in Walz- und Hammerwerken und in der Glasindustrie vom 12. 3. 35 R. G. Bl. I 35, S. 387

Gesetz zur Aenderung des Gesetzes, betreffend die Erweiterung der Berufs- (Fortbildungs-) Schulpflicht vom 31. 7. 1923, Gesetzsamml. S. 367) vom 26. 3. 35 R. G. S. 35, S. 49

Auftragvergebung öffentlicher Dienststellen.

Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über Preisbindungen und gegen Verteuerung der Bedarfsdeckung vom 29. März 1935.

Auf Grund der Verordnung über die Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung vom 8. Dezember 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 747 in Verbindung mit dem Gesetz über Bestellung eines Reichskommissars für Preisüberwachung vom 5. November 1934 (Reichsgesetzblatt I S.

1085) und mit dem Gesetz über die Erweiterung der Befugnisse des Reichskommissars für Preisüberwachung vom 4. Dezember 1934 (RGBl. I S. 1201) wird verordnet:

§ 1.

Bei Vergabe von Aufträgen über Lieferungen oder Leistungen jeder Art seitens öffentlicher Stellen sind Verhandlungen oder Vereinbarungen unter den Bewerbern über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, über die zu fordernden Preise, über die Entrichtung von Ausfallentschädigungen (Gewinnbeteiligungen oder sonstige Abgaben) sowie Festsetzungen oder Empfehlungen von Preisen für die betreffenden Vergabungen ohne die Einwilligung der vergebenden öffentlichen Stellen unzulässig.

§ 2.

Soweit Verpflichtungen zu Verhandlungen oder Vereinbarungen gemäß § 1 oder zur Innehaltung von Preisfestsetzungen für bestimmte Vergabungen bestehen, verlieren sie mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung für Vergabungen öffentlicher Stellen ihre Wirkung.

§ 3.

(1) Wird eine Einwilligung zu Maßnahmen gemäß § 1 erteilt, so bedürfen die unter Bewerbern getroffenen Preisfestsetzungen, -verabredungen oder -empfehlungen nicht meiner Einwilligung gemäß § 1 der Verordnung über Preisbindungen und gegen Verteuerung der Bedarfsdeckung vom 11. 12. 34 (RGBl. I S. 1248), wenn nicht im Einzelfall ausdrücklich eine abweichende Anordnung ergeht.

(2) Die Einwilligung muß vor der Aufnahme von Verhandlungen unter den Beteiligten über ihr Verhalten bei der Vergabe eingeholt werden.

(3) Die Einwilligung darf nur für den Einzelfall erteilt werden.

(4) Die öffentliche Stelle hat bei der Vergabe in geeigneter Form darauf hinzuweisen, daß die Vergabe als Vergabe einer öffentlichen Stelle den Bestimmungen dieser Verordnung unterliegt.

§ 4.

(1) Als öffentliche Stellen im Sinne dieser Verordnung gelten: Das Reich, die Länder, die Gemeinden und Gemeindeverbände, die Reichsbank, die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft, das Unternehmen „Reichsautobahnen“ und die sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts, die Siedlungsunternehmen, die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen sowie die öffentlich-rechtlichen Bodenverbesserungs- und Wasseragenzien.

(2) Es bleibt vorbehalten, durch allgemeine Anordnung oder durch Einzelverfügungen zu bestimmen, daß auch andere Körperschaften oder Vereinigungen als öffentliche Stellen im Sinne dieser Verordnung gelten.

(3) Zu den Körperschaften des öffentlichen Rechts im Sinne des Abs. 1 gehören auch die in § 15 Abs. 1 des Dritten Teiles, Kapitel V der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931 (RGBl. I S. 537, 548) genannten Rechtsträger. Als Siedlungsunternehmen im Sinne des Abs. 1 gelten die von dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft auf Grund des Gesetzes über die Neubildung des Deutschen Bauernturns vom 14. Juli 1933 (RGBl. I S. 517) zugelassenen Siedlungsunternehmen. Als gemeinnützige Wohnungsunternehmen im Sinne des Abs. 1 gelten die gemäß Kapitel III des Siebenten Teiles der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 (Reichsgesetzblatt I S. 593) als gemeinnützig anerkannten Wohnungsunternehmen.

§ 5.

(1) Wer ohne Genehmigung der zuständigen Stelle Maßnahmen gemäß § 1 trifft oder sich an ihnen beteiligt, wird mit Geldstrafe in unbeschränkter Höhe bestraft.

(2) Die Vorschriften des Abschnitts IV (Strafantrag, Ordnungsstrafen) der Verordnung über Preisüberwachung vom 11. Dezember 1934 (RGBl. I S. 1245) finden Anwendung.

§ 6.

(1) Diese Verordnung tritt am 1. April 1935 in Kraft.

(2) Es bleibt vorbehalten, den Geltungsbereich dieser Verordnung auf alle Vergabungen von Aufträgen über Lieferungen oder Leistungen jeder Art auszudehnen.

Berlin, den 29. März 1935.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung.
gez. Dr. Girdeler.

Warenverkauf in Trinkhallen.

NdErl. d. R. u. Pr. M. d. J. v. 5. 3. 1935. — III E 3154/35.

(1) Die Erlaubnis zum Betrieb einer Trinkhalle berechtigt den Inhaber zum Ausschank der in der Erlaubnis bestimmten Arten von Getränken zum Genuß an Ort und Stelle. Dabei sind unter Trinkhallen nur die Trinkwasserhäuschen zu verstehen, bei denen ganz oder vorwiegend Schalterausschank an Personen stattfindet, die sich auf oder unmittelbar an öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen befinden. Als Inhaber einer Schankwirtschaft ist der Trinkhalleninhaber für den Verkauf von Waren aller Art innerhalb der für den Verkauf im Handelsgewerbe freigegebenen Zeiten nur den allgemein bestehenden Beschränkungen unterworfen. Nach der für das Handelsgewerbe vorgeschriebenen Ladenschlußzeit darf der Trinkhallenbesitzer nur zubereitete Speisen zum Genuß an Ort und Stelle abgeben und solche Genußmittel (z. B. Süßwaren, Rauchwaren) oder Bedarfsgegenstände (z. B. Zündhölzer) an seine Gäste verkaufen, die nach den Anschauungen des Verkehrs der Befriedigung der Bedürfnisse der Gäste an Ort und Stelle dienen und deren Abgabe daher als Bestandteil des Schankbetriebes anzusehen ist. Dabei ergibt sich im Verhältnis zu den übrigen Gast- und Schankwirtschaften aus den Besonderheiten einer Trinkhalle, bei der schon im Hinblick auf ihre räumliche Beschaffenheit regelmäßig nur ein verhältnismäßig kurzer Aufenthalt der Gäste in Betracht kommt, eine wesentlich engere Begrenzung dieses Zubehörverkaufs. Die Zulässigkeit des Warenverkaufs im Rahmen des Trinkhallenbetriebes wird für die Zeit nach 19 Uhr (Ladenschlußzeit) im allgemeinen an folgende Voraussetzungen gebunden sein:

- a) Es muß sich um Genußmittel oder Bedarfsgegenstände handeln, deren Abgabe in Trinkhallen an die Gäste nach den Anschauungen des Verkehrs üblich ist;
- b) Die Waren dürfen nicht an Vorüberkommende, sondern nur an Gäste der Trinkhallen abgegeben werden, also an solche Personen, die ein Getränk oder eine Speise zum Genuß an Ort und Stelle bestellt haben. Hierbei sind als Speisen nach den auch für Speisewirtschaften geltenden Grundätzen nur zubereitete Speisen (z. B. heiße Würstchen), nicht aber Schokolade, Konfitüren, Backwaren, Obst oder dergleichen anzusehen;
- c) Die Abgabe dieser Genußmittel oder Bedarfsgegenstände muß sich auf solche Mengen beschränken, die dem Zwecke des Genußes oder Verbrauchs an Ort und Stelle entsprechen. Eine allgemein gültige feste Begrenzung der hiernach zulässigen Mengen kann bei der Verschiedenartigkeit der einzelnen Waren, der örtlichen Verhältnisse und der Bedürfnisse des Einzelnen nicht gegeben werden. Soweit auf die Festlegung gewisser Grenzen bei der Ertelung von Anweisungen für die polizeiliche Überwachung in der Praxis nicht verzichtet werden kann, ist hierbei auch auf die verkehrsübliche Form der Abgabe bestimmter Waren (z. B. in bestimmten Packungen) entsprechend Rücksicht zu nehmen und eine allzu enge Grenzziehung zu vermeiden. Dies gilt vor allem auch für die Abgabe von Zigaretten der niedrigen Preislage, die nur in verschlossenen Packungen verkauft werden dürfen.

(2) Soweit in einer Trinkhalle über den sich hiernach ergebenden Rahmen hinaus nach Ablauf der für das Handelsgewerbe freigegebenen Verkaufszeiten Waren abgegeben werden, sind die Vorschriften über Ladenschluß und Sonntagsruhe zu beachten, gegen deren Übertretung erforderlichenfalls durch die Entziehung der Schankerlaubnis vorgegangen werden muß.

(3) Der Rtd.-Erl. v. 11. 4. 1933 (MBlB. I S. 460) wird aufgehoben.

Neuregelung der Gebührenfreiheit für Ariernachweis.

Der Reichs- und Preussische Minister des Innern hat die Gebührenfreiheit bei der Ausstellung von Urkunden zum Nachweis der arischen Abstammung zusammenfassend neu geregelt. Er geht dabei davon aus, daß es grundsätzlich Aufgabe jedes Volksgenossen ist, den Nachweis seiner arischen Abstammung selbst zu führen. Infolgedessen wird bestimmt, daß, von einigen gesetzlich geregelten Sonderfällen abgesehen, Urkunden zum Nachweis der arischen Abstammung nur bei Unvermögen des Antragstellers gebührenfrei auszustellen sind. Damit wird der weitverbreitete Irrtum richtiggestellt, daß für alle Urkunden zum Nachweis der arischen Abstammung Gebührenfreiheit bestünde. Die Gebühr für jede Urkunde ist auf 60 Rpf. festgesetzt worden. Daneben dürfen besondere Such-, Schreib- usw.-Gebühren nicht erhoben werden. Gebührenfreiheit bleibt wie bisher bestehen bei Anforderung von Urkunden durch den Sachverständigen für Rasseforschung beim Reichs- und Preussischen Ministerium.

des Innern oder das Amt für Sippenforschung der NSDAP., ferner bei Durchführung des Reichserbhofgesetzes sowie für Bewerbe um Ehestandsdarlehen und für Verjüngungsanwärter. Die Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, das gleichfalls Gebührenfreiheit für den Nachweis der arischen Abstammung von Beamten, Angestellten und Arbeitern im öffentlichen Dienst vorsah, ist im wesentlichen abgeschlossen. Neu in den öffentlichen Dienst eintretende Beamte, Angestellte und Arbeiter haben keinen Anspruch auf Gebührenfreiheit.

Diese Regelung wird den vielfach entstandenen Schwierigkeiten ein Ende bereiten. Insbesondere werden die Registerbehörden, denen die Ausstellung der Urkunden obliegt, in die Lage versetzt, die erforderlichen Hilfskräfte einzustellen, so daß die bei der bisherigen Regelung unvermeidlichen Verzögerungen der Ausstellung von Urkunden in Zukunft aufhören werden. Die Neuregelung, der die NSDAP. und ihre Gliederungen zugestimmt haben, liegt im Interesse aller Beteiligten.

Rechtsprechung

Arbeitsrechtliche Entscheidungen.

Tiefbaugewerbe; Schichtenausfall wegen Regenwetter.

(Urteil des Landesarbeitsgerichts Gleiwitz v. 15. 1. 1935; 9. S. 151/34; erste Instanz: ArbGericht Ratibor.)

Die Beklagte, eine Tiefbaufirma, hatte das Los I des . . . Kanals übertragen erhalten und beschäftigte dort 800 bis 900 Arbeiter. Der Kläger, einer der Arbeiter, kam mit etwa 100 Arbeitskameraden täglich mit der Eisenbahn zur Schicht gefahren, und zwar mit einem Sonderzug. Am 3. 9. 1934 regnete es stark, sodaß ein Teil der Baustrecke, die ohnehin schon unter Grundwasser zu leiden hatte, vollkommen überschwemmt wurde. Die Beklagte ließ den Arbeitern sagen, sie sollten nicht erst anfahren, da für sie keine Arbeitsmöglichkeit bestünde. Am 4. 9. fuhr nur wenige Arbeiter an, der Rest feierte; am 5. und 6. 9. wurden die anfahren den Arbeiter, darunter der Kläger zurückgeschickt. Der Kläger fordert Bezahlung für drei Feiertagschichten. Das Arbeitsgericht hat die Klage abgewiesen, die Berufung aber zuzulassen; sie wurde zurückgewiesen mit folgender Begründung:

Grundsätzlich ist zu sagen, daß im Tiefbaugewerbe das Risiko für Ausfall der Arbeitsmöglichkeit der Arbeiter trägt, soweit es sich um Witterungseinflüsse handelt. Dies ergibt sich aus dem Wortlaut des Tarifs, der in § 5 Ziff. 11 die Ausnahmen, in denen Arbeitszeit bezahlt wird, ohne daß Arbeit geleistet worden wäre, erschöpfend aufzählt. Es ergibt sich dieser Wille der Tarifvertragsparteien auch aus der Stellungnahme des Haupttarifamtes, welche die Beklagte vorgelegt hat, und endlich geht auch der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung von dieser Auslegung aus, wenn er mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers und des Reichsministers der Finanzen in seiner Anordnung vom 30. 11. 1934 (Reichsanz. v. 4. 12. 34) Tiefbauarbeiter, die Ausfall von Arbeitsstunden durch Regen und Frost erleiden, unter gewissen Voraussetzungen eine Ausfallunterstützung gewährt.

Am 3. 9. sind die Arbeiter wegen des strömenden Regens aus eigener Entschließung nicht angefahren, am 4., 5. und 6. 9. war die Arbeitsmöglichkeit zweifellos beschränkt, weil ein Teil der Baustrecke unstreitig unter Wasser stand. Der Kläger beruft sich auf Arbeiter als Zeugen, daß trotzdem für ihn eine Arbeitsmöglichkeit bestanden hätte. Die Arbeiter können aber selbstverständlich nicht beurteilen, ob und inwieweit Arbeitsmöglichkeit bestand. Daß noch Erdbewegungen nötig waren auch auf dem Teil der Baustrecke, der nicht unter Wasser stand, ist ohne weiteres anzunehmen, denn der Kanalbau war noch im vollen Gange, eine andere Frage aber ist, ob damals eine Ueänderung in der Arbeitseinteilung ohne erhebliche Vorbereitungsarbeiten hätte getroffen werden können, ob Platz für den abzutragenden Mutterboden vorhanden gewesen wäre, ob die Planierungsarbeiten bei dem aufgeweichten Boden zweckmäßig gewesen wären, und dergleichen technische Einzelheiten mehr. Dies kann der einfache Arbeiter gar nicht beurteilen, und deshalb kam es auf die Zeugen auch nicht an . . .

Der Kläger macht noch geltend, sein Arbeitsplatz habe nicht unter Wasser gestanden. Dagegen ist zu sagen: Die Baustrecke ist als einheitliches Ganzes anzusehen. Wo der einzelne Arbeiter angelegt wird, entscheidet nur der Betriebsführer. Kein Arbeiter hat Anspruch, auf einem bestimmten Punkt angelegt zu werden. Wenn die Beklagte zunächst die auswärtigen Arbeiter abbestellte, so ist diese Maßnahme nicht zu beanstanden, denn die Arbeiter aus der Nachbarschaft konnten leichter je nach Bedarf beschäftigt oder jede Stunde nach Hause geschickt werden, wenn das Wasser weiter stieg. Hervorgehoben muß werden, daß die Beklagte keinerlei Interesse hatte, ohne triftigen Grund Leute wegzuschicken. Je schneller gearbeitet wurde, um so größer war ihr Vorteil wegen der Generalunkosten und der Gefahr des Einstürzens vor Baubeendigung. Die Annahme, es habe der Beklagten am guten Willen gefehlt, auch die mit der Bahn ankommenden Arbeiter zu beschäftigen, ist also von vornherein als unwahrscheinlich abzulehnen; das Gegenteil müßte der Kläger beweisen, doch reichen die angetretenen Beweise (Mitarbeiter als Zeugen) nicht aus . . .

Soziales

Der Erstattungsanspruch des Arbeitsamtes gegen den Arbeitgeber aus § 113 ABGB.

Von Dr. Lempart, Arbeitsamt Hindenburg.

Nach dem Willen des Gesetzgebers soll die Arbeitslosenunterstützung eine Entschädigung für den ausfallenden Arbeitsverdienst sein. Sie darf demnach auch nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses solange nicht gezahlt werden, als noch gewisse vermögensrechtliche Nachwirkungen des Arbeitsvertrages fortbestehen. Dabei handelt es sich entweder um die Weiterzahlung des Arbeitsentgeltes über die

Beschäftigungsdauer hinaus oder um Bezüge, die anlässlich der Beschäftigung gegeben werden und wirtschaftlich an Stelle des Arbeitsentgeltes treten. § 113 Abs. 1 ABGB. bestimmt folgendes:

Keine Arbeitslosenunterstützung erhält der Arbeitslose

1. für die Zeit, für die er noch Arbeitsentgelt bezieht,
2.
3. wenn er anlässlich des Ausscheidens aus seiner früheren Beschäftigung eine Abfindung oder Entschädigung erhalten hat, solange aus der Abfindung oder Entschädigung für jeden dem Ausscheiden aus der Beschäftigung

gung folgenden Tag der Arbeitslosigkeit ein Betrag in Höhe des Arbeitsentgeltes aufgewendet werden kann, das der Arbeitslose für die in seiner Arbeitsstätte übliche Zahl von Arbeitsstunden beziehen würde, wenn er aus seiner Arbeitsstelle nicht ausgeschieden wäre.

Die Gewährung der Leistungen durch den Arbeitgeber kann auf freiwilliger Vereinbarung der Arbeitsvertragsparteien beruhen, z. B. wenn das Arbeitsverhältnis im beiderseitigen Einverständnis vorzeitig gelöst wird und der Arbeitgeber bis zu dem ursprünglich vereinbarten Ende des Arbeitsverhältnisses oder bis zum nächstzulässigen Entlassungstermin das Arbeitsentgelt weiterzahlt: sie kann aber auch erfolgen auf Grund eines gerichtlichen Urteils oder Vergleichs, wenn der Arbeitgeber zur Zahlung des Arbeitsentgeltes verurteilt wird. Voraussetzung der Nichtzahlung der Arbeitslosenunterstützung ist also, daß der arbeitslos gewordene Volksgenosse das ihm zustehende Arbeitsentgelt tatsächlich bezieht.

Auf der anderen Seite mußte der Gesetzgeber aber auch für solche Fälle eine besondere Regelung treffen, in der der Arbeitslose zwar einen Rechtsanspruch auf Arbeitsentgelt hat, diesen aber noch nicht verwirklichen konnte und tatsächlich nicht die Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhaltes für die Zeit nach der Beendigung der Beschäftigung hat. Es sind dies die Fälle, in denen der Arbeitslose mit dem Arbeitgeber im Streit über die Weiterzahlung des Lohnes oder Gehaltes liegt und die Verpflichtung des Arbeitgebers erst nachträglich festgestellt wird. So z. B. wenn ein Arbeitnehmer vorzeitig ohne Einhaltung der vorgeschriebenen oder vereinbarten Kündigungsfrist oder sonst zu Unrecht fristlos entlassen wird oder wenn der Arbeitgeber nach ordnungsmäßiger Kündigung des Arbeitsverhältnisses auf die Dienste des Arbeitnehmers für die Restdauer des Dienstverhältnisses verzichtet und der Arbeitnehmer seine Ansprüche auf Arbeitsentgelt aus dem zivilrechtlichen Arbeitsvertrage erst noch verwirklichen muß. Der so arbeitslos gewordene Arbeitnehmer ist trotz des Fortbestehens des zivilrechtlichen Arbeitsvertrages unterstützungsbedürftig geworden. Das Arbeitsamt kann den entlassenen Volksgenossen nun nicht auf seinen Anspruch an den Arbeitgeber verweisen. Es muß seiner Verpflichtung als Versicherungsanstalt und Fürsorgeeinrichtung nachkommen und den Arbeitslosen, dessen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung nunmehr entstanden ist, unterstützen, und zwar kann trotz Einreichung einer Klage beim Arbeitsgericht die Unterstützung zunächst in ihrer vollen Höhe gewährt werden. Denn nach § 184 WVG. wird die Entscheidung des Vorsitzenden des Arbeitsamtes über die Bewilligung der Arbeitslosenunterstützung nicht dadurch aufgehoben, daß ein Verfahren vor einer Arbeitsgerichtsbehörde oder einem Schiedsgericht schwebt. Die Zahlung der Unterstützung wird aber von dem Nachweis über die Geltendmachung des Anspruches gegen den Arbeitgeber auf die Forderung aus dem Arbeitsverhältnis abhängig gemacht werden. Der Arbeitslose ist im übrigen gemäß § 176 WVG. verpflichtet, die nachträgliche Gewährung von Abfindungen usw. dem Arbeitsamt anzuzeigen.

Es würde aber dem Rechtsempfinden widersprechen, wenn es dem Arbeitslosen gestattet sein würde, sich einmal von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung auf Grund seiner Pflichtversicherung unterstützen zu lassen und zu gleicher Zeit seinen Anspruch aus seiner privatrechtlichen Schuldverpflichtung seinem früheren Arbeitgeber gegenüber zu verwirklichen. Deshalb ordnet Abs. 2 des § 113 WVG. folgendes an:

„Werden einem Arbeitslosen Bezüge aus dem Arbeitsverhältnis (Arbeitsentgelt, Abfindung, Entschädigung) geschuldet und wird ihm entgegen Abs. 1 bereits Unterstützung gewährt, so hat der Arbeitgeber die Unterstützungsbeträge, die zu Unrecht gewährt sind, der Reichsanstalt zu erstatten; er hat sie an das Arbeitsamt abzuführen, das sie ausbezahlt hat. Er kann sie dafür dem Arbeitnehmer gegenüber aufrechnen.“

Dem Abs. 2 kommt somit eine besondere Bedeutung zu. Er bezweckt, der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Ersatz für die aus Verschulden des Arbeitgebers zu Unrecht gewährte Arbeitslosenunterstützung

zu verschaffen. Zu Unrecht ist die Arbeitslosenunterstützung für die in Abs. 1 bezeichneten Zeiträume gewährt, wenn der Arbeitslose mit seinem Anspruch gegen den Arbeitgeber durchgedungen ist, sei es durch rechtskräftiges Urteil oder durch Vergleich. Nach der Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts vom 15. 12. 28 (RAG. 490/28) hat § 113 Abs. 2 WVG. unmittelbare privatrechtliche Wirkung auf den Arbeitsvertrag zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Das Reichsarbeitsgericht erachtet in seinem Urteil diese Ordnung des § 113 WVG., soweit sie das Verhältnis des Arbeitnehmers zur Reichsanstalt angeht, als eine durch Gesetz verhängte Abtretung (cessio legis) des Vertragsanspruches an den Arbeitgeber in Höhe der Unterstützung. Hat der Arbeitnehmer nach der Entlassung noch Lohnforderungen, z. B. wegen vorzeitiger Entlassung ohne Einhaltung der Kündigungsfrist, erhält er aber für die gleiche Zeit Arbeitslosenunterstützung, so erwirbt die Reichsanstalt einen unmittelbaren Anspruch gegen den Arbeitgeber, d. h. der Lohn- oder Abfindungsanspruch des Arbeitnehmers geht kraft Gesetzes insoweit auf sie über. Durch die Zahlung an die Reichsanstalt wird der Arbeitgeber, da er nicht doppelt zahlen kann, dem Arbeitnehmer gegenüber befreit. Dieser kann, da ihm die Forderung kraft Gesetzes abgenommen ist, gegen den Arbeitgeber nur noch wegen des Betrages klagen, um den seine ursprüngliche Forderung den auf die Reichsanstalt übergegangenen Betrag übersteigt. Sein Verhältnis zur Reichsanstalt bleibt im übrigen unberührt. Betroffen wird also nur das Verhältnis der Reichsanstalt zum Arbeitgeber als dem bisherigen Lohnschuldner. Er muß auf Grund der Tatsache, daß er dem Arbeitnehmer noch Lohn oder Gehalt schuldet, insoweit der Reichsanstalt gegenüber für die zu Unrecht gewährte Unterstützung eintreten.

Fallen nun sämtliche Abfindungen und Entschädigungen unter der Vorschrift des § 113 WVG. gleichgültig aus welchem Grunde sie anlässlich des Ausscheidens gewährt worden sind? Der Spruchsenat für die Arbeitslosenversicherung beim Reichsversicherungsamt hat in verschiedenen Entscheidungen zu dieser Frage Stellung genommen. Wie aus dem Wortlaut der Gesetzesbestimmung hervorgeht, muß es sich um eine Entschädigung aus dem früheren Arbeitsverhältnis handeln, die der Arbeitgeber dem früheren Gesellschaftsmitglied schuldet, und zwar muß die Entschädigung mit dem Ausscheiden in ursächlichem Zusammenhange stehen. Der Grund für die Gewährung ist an sich gleichgültig. Ebenso ist es unerheblich, welche rechtliche Eigenschaft die Parteien der geldlichen Leistung beilegen, wenn sich eine Leistung des Arbeitgebers an den Arbeitnehmer nach objektiver Beurteilung als Arbeitsentgelt oder als Abfindung (Entschädigung) darstellt. Es kommt mithin auf die Gesamtumstände und den wirklichen Willen der Beteiligten an. Bei der Prüfung der Verhältnisse im Einzelfall sind die äußere Form und die Bezeichnung, die von den Parteien der Zuwendung beigelegt wird („Schenkung, Abgangsentschädigung, Abfehrgeß, Abgangsprämie, Zuschuß für Existenzgründung“ u. ä.) nicht entscheidend. Unter den Entschädigungsanspruch des § 113 WVG. fällt auch eine Abfindung, die nicht anlässlich des Ausscheidens aus der letzten Beschäftigung vor der Arbeitslosmeldung, sondern anlässlich des Ausscheidens aus einer früheren Beschäftigung hergeleitet wird. Zuwendungen aber, auf die das Gesellschaftsmitglied außerhalb des Rahmens des Beschäftigungsverhältnisses Anspruch hat, kommen für die Aufrechnung nicht in Betracht, ebensowenig solche, die dem Arbeitslosen vom Arbeitgeber auch ohne das Ausscheiden gemacht worden wären. So kommt ein Erstattungsanspruch des Arbeitsamtes nicht in Frage, wenn dem Arbeitnehmer Beträge erstattet werden, die ihm für eine Ruhegeldversorgung vom Lohn abgezogen worden sind und ihm wieder zustehen, weil er sich bis zum Ausscheiden aus der Beschäftigung noch keinen Anspruch auf Ruhegeld hat erwerben können. Ebenso ist eine Aufrechnung nicht möglich, wenn ein Arbeitnehmer einen seit Jahren bestehenden Anspruch gegen den privaten Arbeitgeber auf Versorgung für den Fall der Berufsunfähigkeit durch Ruhegehalt oder Rente hat, wegen Berufsunfähigkeit aus dem Arbeitsverhältnis ausscheidet und dabei zur Abgeltung seines Ruhegehaltes oder Rentenanspruches eine einmalige Gesamtzahlung erhält oder wenn ein Betrieb eine Einrichtung zur Versorgung seiner Arbeitnehmer für den Fall der Erreichung eines bestimmten Lebensalters oder des Eintritts von Dienstunfähigkeit getrof-

fen hat und der Arbeitnehmer einen Kapitalbetrag oder laufende Bezüge erhält. Der § 113 WABG. ist auch nicht anwendbar, wenn es sich um eine Entschädigung für nicht genommenen Urlaub aus einem Urlaubsjahr handelt, das bereits vor dem Beginn der Arbeitslosigkeit abgelaufen war, weil die Zahlung der tarifmäßigen Urlaubsentschädigung nicht anlässlich des Ausscheidens aus der früheren Tätigkeit erfolgt, sondern wegen Nichtinanspruchnahme des tarifmäßig zustehenden Erholungsurlaubes. Ebenso scheidet der Erstattungsanspruch des Arbeitsamtes aus, wenn die Zuwendungen nicht vom Arbeitgeber, sondern von einem Dritten gewährt werden, wenn z. B. einem Arbeitnehmer mit Rücksicht auf den Tod des Arbeitgebers von einem Dritten freiwillig eine Zuwendung gewährt wird; dagegen ist die Aufrechnung möglich, wenn der Dritte an die Stelle des Arbeitgebers tritt. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn der Dritte der Erbe des Arbeitgebers ist und die Zuwendung aus dessen Nachlaß gewährt.

Man sieht, daß die Vorschrift des § 113 WABG. selbst dem Verständnis des Praktikers manchmal große Schwierigkeiten bereitet, sodaß immer wieder auftretende Meinungsverschiedenheiten zwischen Arbeitgebern und dem Arbeitsamt verständlich sind. In einem Streit zwischen Arbeitgeber und der Reichsanstalt entschied bis zur Novelle vom 10. 6. 31 der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes, jetzt das Arbeitsgericht, wie dieses auch zuständig ist in einem Streit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Glückwunschkunden des Führers und Reichszanlers aus Anlaß von Arbeitsjubiläen.

Die Reichswirtschaftskammer teilt mit: Aus Anlaß zahlreicher Anfragen bemerken wir: Glückwunschkunden des Führers und Reichszanlers zu Arbeitsjubiläen werden für Privatarbeiter und für Privatangestellte der freien Berufe des Wirtschaftslebens sowie für Arbeiter im Gemeinde- oder Kommunaldienst jeweils auf besonderen Antrag ausgefertigt, wenn der Jubilar einschließlich der nach dem Eintritt in sein Arbeitsverhältnis abgeleisteten Militärdienstzeit eine mindestens 50jährige ununterbrochene Tätigkeit bei ein und derselben Arbeitsstelle oder bei ein und demselben Arbeitgeber vollendet hat, sich an seinem Jubiläumstage noch in seinem aktiven Arbeitsverhältnis befindet, die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, arischer Abstammung ist und nach Ruf, Verhalten und politischer Zuverlässigkeit der Ehrung in jeder Beziehung würdig ist.

Die Glückwunschkunde wird nur einmal und nur zu einem noch bevorstehenden Jubiläum, nicht aber nachträglich oder zu anderer Gelegenheit ausgefertigt. Sie wird stets unmittelbar an den Jubilar zu seinem Jubiläumstage übersandt; eine Uebersendung an andere Stellen zur Ausständigung erfolgt nicht. Geldgeschenke werden aus Anlaß von Arbeitsjubiläen nicht gewährt.

Der Antrag ist etwa vier Wochen vor dem Jubiläumstage nach einem gedruckten Muster in einfacher Ausfertigung ohne Begleitschreiben an die Präsidialkanzlei, Berlin W 8, Boßstraße 1, einzureichen.

Die Vordrucke können von der Drucksachenverwaltung der Reichsdruckerei in Berlin SW 68, Oranienstraße 90/94, zum Preise von 13 Pfg. für je 10 Stück, ausschließlich Porto, bezogen werden.

Berufsfachberatung und Lehrstellenvermittlung für Angestellte.

Presseveröffentlichungen haben in letzter Zeit hier und da die Meinung aufkommen lassen, ausschließlich die Arbeitsämter seien zur Vermittlung von Lehrlingen berechtigt. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß neben den Organen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung als sogenannte nichtgewerbsmäßige Vermittlungseinrichtung auch die Stellenvermittlung des Berufsgruppenamtes der Deutschen Arbeitsfront zur Berufsfachberatung und Lehrstellenvermittlung zugelassen ist. Ihr Aufgabengebiet ist noch vor kurzem in einer Verfügung von Dr. Ley vom 23. 1. 1935 unter anderem wie folgt bestimmt worden: Das Berufsgruppenamt der DAF. ist für die gesamte zusätzliche Berufserziehung der in der DAF. zusammengefaßten Menschen allein zuständig. Dazu ge-

hört auch die Stellenvermittlung für alle Reichsberufshauptgruppen. Außerdem war und ist die Gleichberechtigung der Stellenvermittlung des Berufsgruppenamtes der Deutschen Arbeitsfront nach den §§ 49–52 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, sowie der zu § 49 erlassenen Verordnung vom 1. Oktober 1927 über die Geschäftsführung geregelt. Endlich ist die Gleichberechtigung anerkannt durch 2 Erlasse des Präsidenten der Reichsanstalt, und zwar vom 31. 10. 33. Geschäftszeichen 3. II 5826/238 und vom 27. 4. 34. Geschäftszeichen 3. II. 5810/30. Damit bleibt — Berufsbildung — Lehrstellenvermittlung — und — Berufserziehung in seinem Wesen und in organisatorischer Hinsicht ein voneinander unlösbares und wichtiges Aufgabengebiet des Berufsgruppenamtes der DAF. und seiner Stellenvermittlung. Es steht also Eltern und Schülern, auch jedem Lehrherrn, völlig frei, die Berufsbildung und Lehrstellenvermittlung des Berufsgruppenamtes der DAF. in Anspruch zu nehmen.

Deutsche Arbeitsfront

Berufsgruppenamt — Bez.-Stellenvermittlung Schlesien.

Deutsche Arbeitsfront

Berufsgruppenamt — Gauverwaltung Schlesien.

Stellenvermittlung durch die Gausozialämter des NS. Juristenbundes.

Die Reichswirtschaftskammer, Abteilung Industrie- und Handelskammern, weist auf Wunsch des WSED. erneut darauf hin, daß der Herr Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung die Sozialämter des WSED. als Stellenvermittlungseinrichtungen für die Berufsgruppen der Rechtsfront unter dem 1. Juni 1934 amtlich zugelassen hat. Die Zuständigkeit der Stellenvermittlung des WSED. erstreckt sich auf die Vermittlung des gesamten juristischen Nachwuchses (Referendare, Assessoren, Volkswirte und Wirtschaftswirte) sowie Syndici und Wirtschaftsrechtler in Stellungen der freien Wirtschaft und der wirtschaftlichen Organisationen.

Arbeiterwohnungsbau.

Durch die Maßnahmen der Reichsregierung, insbesondere durch die Ehestandsdarlehen, sind in den letzten 2 Jahren früher aufgeschobene Haushaltsgründungen nachgeholt worden. Ihre Zahl betrug im Jahre 1933 120 000 mehr als im Jahre vorher. Im Jahre 1934 hat sich diese Entwicklung fortgesetzt, sodaß die Eheschließungsziffer um 50 Prozent höher liegt als 1932. Die Errichtung neuer Wohnungen in den letzten beiden Jahren hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten können, sodaß im Jahre 1935 mit einem außerordentlich hohen Fehlbetrag an Wohnungen, insbesondere für Minderbemittelte, zu rechnen ist. Infolgedessen wird die Schaffung von Wohnungen, insbesondere Arbeiterwohnungen, zu den vordringlichsten wirtschaftlichen Fragen der nächsten Zukunft gehören, die einer Lösung entgegengeführt werden müssen.

Eine große Zahl industrieller Unternehmungen hat bereits tatkräftig den Arbeiterwohnungsbau, insbesondere durch Schaffung von Nebenerwerbsfiedlungen, gefördert. Es ist festzustellen, daß der Gedanke des Arbeiterwohnungsbau in den Kreisen der Industrie auf immer größeres Interesse stößt. Deshalb hat die Reichsgruppe Industrie eine große Zahl industrieller Unternehmungen aus dem Reich zu einer Aussprache gebeten, die unter dem Vorsitz des Hauptgruppenleiters, Herrn Dr. Eugen Bögl er, stattfand. Das Ergebnis dieser Sitzung fand in nachstehender Entscheidung ihren Ausdruck:

„Die an der heutigen Sitzung beteiligten Industrie- und Gewerbetreibende sind bereit, die Bestrebungen der Reichsregierung auf Förderung des Arbeiterwohnungsbau (Nebenerwerbsfiedlung, Gemischtfiedlung) nach Möglichkeit zu unterstützen. Sie erklären sich daher bereit, an der Aufbringung der nach den bisherigen Erfahrungen meist fehlenden Mittel für die Spitzenfinanzierung im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit mitzuwirken. Zur Verwirklichung des erstrebten Zieles bittet die Industrie die Reichsregierung, dafür Sorge zu tragen, daß ausreichende Mittel für die Gewährung der ersten und zweiten Hypothek auf dem

Kapitalmarkt zur Verfügung gestellt werden. Es muß ferner sichergestellt werden, daß der im Besitz der öffentlichen Körperschaften, insbesondere der Gemeindeverwaltungen, befindliche Grund und Boden zu angemessenen Preisen bereitgestellt wird. Es ist daran gedacht, daß alle an der Selbstmachung der Gefolgschaft interessierten Kreise und öffentlichen Stellen sich zur gemeinsamen Unterstützung des Kleinwohnungsbaues bei einer der bereits bestehenden Stellen des Bezirks zusammenfinden."

Die Arbeitseinfaklage für Kaufmannsgehilfen im Monat Februar 1935.

Die Stellenvermittlung des Berufsgruppenamtes der D.M.F. teilt mit:

Die Entwicklung des Arbeitseinfages für kaufmännische Angestellte ergibt auch im Monat Februar ein durchaus zufriedenstellendes Ergebnis. Die Anzahl der Aufträge zur Besetzung offener Stellen, sowie die erzielten Vermittlungen sind gegenüber dem Vormonat Januar gestiegen. Zu großen Hoffnungen in bezug auf Neueinstellungen berechtigt wohl der überaus glänzende Erfolg der Autoausstellung. Auch die Leipziger Messe, die in diesem Jahr eine Rekordzahl von Ausstellern aufzuweisen hat, dürfte schöne Erfolge erzielen und somit zum weiteren Aufbau unserer Wirtschaft beitragen und dadurch Mehreinstellungen veranlassen.

Der Zugang an gekündigten Bewerbern ist trotz des im Februar liegenden Kündigungstermins normal, während die Anzahl der ungekündigten Bewerber erheblich gestiegen ist. Die Steigerung der Anmeldungen von stellenlosen Bewerbern ist darauf zurückzuführen, daß im Februar die Eintragung der Arbeitsmänner erfolgte, die am 31. 3. aus dem Arbeitsdienst ausscheiden. Weiterhin wird beobachtet, daß die Stellenvermittlung in erhöhtem Maße von den Einzelmitgliedern der D.M.F. in Anspruch genommen wird.

Der Einzelhandel war im Berichtsmontat noch nicht sehr aufnahmefähig. Es ist aber zu erwarten, daß, bedingt durch das Oster- und Pfingstgeschäft, sowie außerdem durch den Saisonbeginn für Eisenwaren, Konfektion, Photoartikel, im März eine Besserung eintritt.

Im Großhandel hat die in den letzten Monaten beobachtete Belegung angehalten.

In der Industrie sind es vor allem die eisen- und metallverarbeitenden Werke, die eine gute Beschäftigung

ausweisen und Bedarf an Angestellten hatten. Schifffahrt und Expedition sind ebenfalls gut beschäftigt, sodaß es auch hier möglich war, kaufmännische Angestellte, speziell Fachkräfte, zu vermitteln. Weiterhin gute Beschäftigung haben und aufnahmefähig sind: Bauindustrie und die damit verbundenen Handelszweige, Chemische Industrie, Schokoladenindustrie, Papier- und Papierwarenindustrie, Maschinen- und Fahrzeugindustrie, Elektroindustrie, Banken und Versicherungen.

Verlangt werden gute Buchhalter, möglichst mit praktischer Erfahrung in der Durchschreibebuchführung. Eine leichte Steigerung erfuhr im Berichtsmontat die Nachfrage nach guten Fremdsprachenkorrespondenten und Reisenden mit langjähriger Reiseerfahrung. Der anhaltende Bedarf an guten Stenotypisten mit erstklassigen Leistungen (150—200 Silben) kann leider nicht immer befriedigt werden. Der Mangel an derartigen Kräften ist überall fühlbar. Gute Unterbringungsmöglichkeiten bieten sich nach wie vor für gute Verkäufer, die gleichzeitig Dekorateur sind, und zwar für Lebensmittel, Eisenwaren, Glas- und Porzellanwaren, Manufakturwaren, Konfektion, Drogen und Photoartikel. Ein Mangel besteht an Drogisten mit Giftprüfung, die gleichzeitig Photofachleute sind.

In der Lehrstellenvermittlung sind sehr gute Erfolge erzielt worden. Das Ergebnis hat sich gegenüber Januar verdoppelt, in einigen Bezirken sogar verdreifacht.

Die Zahl der Vermittlungen von Angestellten über 25 Jahren ist abermals gegenüber dem Vormonat erheblich gestiegen. Es wird beobachtet, daß in erhöhtem Maße auch Verkäufer, im Gegensatz zu dem Vorjahre, über 25 Jahre angefordert und vermittelt werden.

Die Stellenvermittlung der D.M.F. setzt sich nach wie vor für die Unterbringung der älteren Angestellten ein. Es ist damit zu rechnen, daß es gelingt, für die am 1. 4. in den freiwilligen Arbeitsdienst eintretenden jungen Volksgenossen in erheblichem Maße ältere Angestellte unterzubringen.

Sämtliche Vermittlungsstellen der D.M.F. treffen eifrig die notwendigen Vorbereitungen, um die am 31. 3. aus dem Arbeitsdienst ausscheidenden Arbeitsmänner zu erfassen. Von fast sämtlichen Arbeitsmännern liegen bereits die Bewerbungspapiere vor. Die Stellenvermittlung ist dadurch jetzt schon in der Lage, für eine möglichst rasche Wiederunterbringung der Arbeitsmänner zu sorgen.

Messen und Ausstellungen

Aus der kommenden Ausstellung Berlin 1935

„Das Wunder des Lebens“

Das Mikrovivarium — eine Wunderschau des mikroskopischen Lebens.

Die bevorstehende große Berliner Ausstellung: „Das Wunder des Lebens“ würde nicht vollständig sein, wenn sie den Besuchern nicht einen Blick in die Anfangsformen des Lebens auf der Erde eröffnen würde. In sorgfältiger technischer und naturwissenschaftlicher Vorbereitung ist ein solches Mikrovivarium in der Ausgestaltung begriffen, das die letzten wissenschaftlichen Erkenntnisse der kleinsten Welt volkstümlich machen und neben dem „Gläsernen Menschen“ ohne Zweifel die große Sensation dieser Ausstellung werden wird.

In der Mitte einer der großen Hallen wird dies Mikrobentheater seine Aufstellung finden. Der Zuschauer wird einen verdunkelten halbkreisförmigen Raum betreten, der sich in drei Teile gliedert: den Vorführraum, den Zuschauer Raum und das Schaulaboratorium. Etwa ein halbes Dutzend Projektionsapparate werden die sich unter dem Mikroskop abspielenden Lebensvorgänge unmittelbar als Bilder auf die Wände des Zuhörerraums werfen.

Die Mikroben, Bakterien, Strahllinge, Algen werden dort in einer Größe von zweiundeinhalb Metern ihre Lebensfunktionen höchstpersönlich vor Augen führen. Das heißt, wir werden sie in einer 10 000- bis 12 000 fachen Vergrößerung als die Zabehtiere der unsichtbaren Welt beobachten

können. Das Mikrovivarium wird also kein Kino sein, das einen sorgfältig aufgenommenen Film zeigt, es ist richtiges Theater, in dem die Mikroben als Handelnde auftreten. Wer schon einmal durchs Mikroskop gesehen hat, weiß, daß das ungeübte Auge zunächst wenig sieht und auf die Erläuterungen eines Fachmanns angewiesen ist, der aber niemals mit ihm gleichzeitig durch die Vergrößerungslinse sehen kann.

Im Mikrobentheater ist das ganz anders. Da legt der Biologe sein lebendes Material unter das Mikroskop, projiziert das sich ergebende Bild groß an die Wand, beobachtet es gemeinsam mit dem Zuschauer und erläutert die sich abspielenden Vorgänge.

Es gibt viel zu sehen in dieser Welt der Kleinsten, viel, was in enger Beziehung zu uns selbst steht. Da sind zum Beispiel die Bakterien, unsere Feinde und Freunde, der unheimliche Tuberkel- und der mörderische Diphtherie-Bazillus, der sich im Zellenstaat unseres Körpers einnistet. Die Gelehrten haben schon über tausend Arten solcher Bazillen festgestellt, die ihr Leben als Einzelgänger oder in Kolonien fristen. Im Mikrovivarium werden sie aus ihrer Unsichtbarkeit herausgerissen und riesengroß an das Tageslicht gezerrt. Wir werden sehen, wie sie ausschauen, sich ernähren und sich fortpflanzen.

Da sind auch die Strahllinge, die Radiolarien mit ihren Kiesel säure skeletten, die sich als Wunderkünstler auf dem Mikrobentheater zeigen werden. Sie benutzen wie geschickte Artisten ihr Skelett bald als Schneckenhaus, bald als Rücken-

stärkung oder als Balance-Floß beim Schwimmen. Da geht's lustig zu. Die Strahllinge wissen nicht nur, was oben und unten ist, sie können noch viel mehr. Sie haben auch rhythmisches Bewußtsein und erzeugen die seltsamsten und schönsten Körperformen. Unsere Frauen werden entzückt über die Formschönheit der Ornamente sein, die sie entwickeln, und der Biologe über dem Mikroskop wird sie reizen, füttern, in Bewegung setzen, damit sie zeigen, wie kräftig sie auf Druck, Wärme, Licht reagieren können. Bei den Radiolarien wird es unterhaltsam werden. Viele dieser Tierchen leben in sozialen Kolonien, in denen schon eine einfache Arbeitsteilung bekannt ist und eine gewisse Fürsorge für den Nachwuchs getrieben wird, der nicht eher aus dem Zellenverband entlassen wird, als bis er eine gewisse Lebensfähigkeit erlangt hat.

So wird sich uns dort der ganze Kreislauf der Natur offenbaren: der Kieselkristall baut die seltsame, bunte Farben erzeugende kleine Alge auf, diese Pflanze gibt wieder Zellen ab, das Tier übernimmt sie — als „Schmarotzer der Pflanze“ sein Leben fristend — und scheidet wieder Zellen aus, die die Pflanze erneut aufnimmt. Diesen Kreislauf auch im Kleinsten können uns heute die Mikroskope und Projektionsapparate an die Wand zaubern.

Viele der kleinen Mitwirkenden sind schon eingetroffen, andere werden noch im Laboratorium gezüchtet, nach „Stars“ wird noch gefahndet, Anmeldung ist jederzeit willkommen. Die Eröffnung des Mikrovivariums erfolgte am 23. März.

Bilanz der Leipziger Frühjahrsmesse 1935.

Die Leipziger Frühjahrsmesse 1935, die am 3. März begann und am 10. März ihren Abschluß fand, war ein internationales wirtschaftliches Ereignis allerersten Ranges mit einer derartigen Fülle geschäftlicher Möglichkeiten, wie sie Leipzig seit Ausbruch der großen Weltwirtschaftskrise nicht mehr erlebt hat. Nach dem Umfange von Besichtigung und Besuch, nach der Zahl der Abschlüsse und der Höhe der Umsätze, und insbesondere nach dem Grade ihrer Einwirkung auf das internationale Geschäft ließ sie die Frühjahrsmesse 1934, die bereits im Zeichen eines allerdings vorwiegend innerdeutschen Aufschwungs gestanden hatte, weit hinter sich. Fast 200 000 geschäftliche Besucher kamen nach Leipzig.

In der Besichtigung übertraf die Messe mit 8076 Ausstellern und 137 225 Rechnungsmetern (nach vorläufiger Zählung) um 670 Firmen die Frühjahrsmesse 1934, die bereits mit 7406 Ausstellern eine starke Erhöhung gegen die Vorjahre aufzuweisen hatte. Die Zunahme gegenüber der Frühjahrsmesse 1934 beträgt nach der Ausstellerszahl 9%, nach der belegten Fläche 11%. Die Zahl der deutschen Aussteller ist 7538 (im Vorjahr 7015), die der ausländischen 538 (i. V. 596). Die ausländischen Aussteller, die ein sehr gutes Geschäft gemacht haben, kamen aus 20 fremden Ländern. Am stärksten haben sich Japan (180 Firmen), Tschechoslowakei (137), Desterreich (78), Italien (71), England (17) und die Schweiz (15) beteiligt. Der Rest verteilt sich auf Ägypten, Belgien, Dänemark, Danzig, Estland, Frankreich, Holland, Jugoslawien, Madeira, Polen, Schweden, Spanien, Ungarn, Japan und Italien führten Kollektivausstellungen durch, die übrigen Länder stellten im Rahmen der betreffenden Branchen aus.

Die Zahl der deutschen Aussteller übertraf mit 7538 Firmen die Zahlen der letzten drei Frühjahrsmessen und erreicht fast die des Jahres 1931. Besonders stark war die Zunahme der Ausstellerschaft aus dem Westen Deutschlands: Rheinland-Westfalen und Rhein-Maingau. Eine noch stärkere Zunahme wies die Ausstellerschaft der Reichshauptstadt und Thüringen auf. Stärker als der Durchschnitt waren auch vertreten die Provinzen Hannover, Sachsen sowie die süddeutschen Länder Bayern und Württemberg, die Hansestädte.

An der Mustermesse, die in 25 Messpalästen im Zentrum von Leipzig stattfand, waren 5612 Aussteller beteiligt, an der Großen Technischen Messe und Baumeffe, die auf dem Ausstellungsgelände in 17 Hallen abgehalten wurde, 2464. Die einzelnen Gruppen enthielten folgende Aussteller:

Frühjahrs-messen:	Zahl der Aussteller		Zahl der Rechnungsmeter	
	1935 *)	1934	1935 *)	1934
Beleuchtungskörper	163	129	4 360	3 238
Chemische, pharmazeutische und kosmetische Artikel	187	186	1 437	1 464
Edelmetall- und Schmuckwaren, Uhren	198	185	3 247	3 091
Glas, Porzellan, Steingut u. Tonwaren	513	481	16 924	16 761
Haus- u. Küchengeräte- Metallwaren	890	849	11 052	10 242
Kunsthandwerk u. Kunstgewerbe	494	438	4 075	3 025
Kurz- und Galanteriewaren	478	457	5 286	5 238
Leberwaren und Reiseartikel	231	209	2 744	2 579
Möbel und Korbmöbel	392	341	9 988	8 629
Musikinstrumente	78	31	948	327
Papierwaren, Bilder, Bücher, Bürobedarf	615	551	6 492	5 928
Spielwaren	638	625	11 993	11 906
Sportartikel	102	105	827	944
Süßwaren, Nahrungs- u. Genussmittel	73	62	587	359
Textilwaren	366	331	5 253	4 830
Verpackung und Reklame	194	184	1 642	1 611
Kraftmaschinen, Wärme- und Gastechnik	116	77	4 616	2 727
Werkzeugmaschinen	309	269	10 435	9 423
Maschinen für Textil, Papier u. ähnl. Stoffe, sowie für das graphische Gewerbe	203	170	5 420	4 496
Maschinen u. Apparate für die Nahrungs- u. Genussmittel-ind., die chem. Ind., die keram. Ind. u. Verpackungs-maschinen	187	129	3 898	3 058
Fördermittel, Pumpen, Kompressoren, Fahrzeuge	117	94	2 144	1 550
Photo, Kino, Optik	158	143	1 721	1 439
Bauwesen u. Gesundheitstechnik	324	269	4 231	3 245
Elektrotechnik	409	393	9 886	9 539
Eisen- u. Stahlwaren, Werk- u. Betriebsstoffe, Halbzeug, Industriebedarf	234	186	2 875	2 436
Technische Erfindungen u. Neuheiten, Verschiedenes	407	502	5 144	6 583
Insgesamt:	8 076	7 406	137 225	124 668

In der ausstellenden Industrie sind gewisse neue Züge deutlich hervorgetreten. Dazu gehörten u. a. Neuheiten, die durch die Richtungsänderung in der deutschen Produktion hervorgebracht werden. In der Gruppe Werkzeugmaschinen traten beispielsweise Maschinen zur Bearbeitung von Kunstharzen und Preßstoffen stärker hervor und auf der Mustermesse wurden zahlreiche Haushaltsgegenstände aus Preßstoffmaterial an Stelle von metallischem beobachtet. In Beleuchtungskörpern bemerkte man ein Abgehen von Bronzegegenständen, im Schmuckwarensach sah man stärker arbeitsintensiv an Stelle von stoffintensiv hergestellte Gold- und Silberwaren. In den Antriebsmaschinen erkannte man eine Umstellung auf heimische Treibstoffe und die Kunstspinnfaserverherstellung wurde sowohl vom technischen Standpunkt auf der Großen Technischen Messe und Baumeffe als auch vom Standpunkt der Verwendungsfähigkeit aus demonstriert.

Unter der Gesamtbesucherzahl von annähernd 200 000 (im Vorjahr 158 924) befanden sich rund 22 000 (im Vorjahr 16 366) ausländische Ein-

*) vorläufige Zahlen.

Käufer. Diese verteilen sich auf die einzelnen Länder wie folgt:

Frühjahrsmesse	1935	1934
Belgien	1 094	863
Bulgarien	211	88
Dänemark	976	814
Danzig	193	175
England	1 962	1 576
Estland	97	75
Finnland	161	104
Frankreich	1 362	988
Griechenland	59	35
Holland	2 175	1 864
Italien	644	972
Jugoslawien	393	223
Lettland	186	177
Litauen	67	55
Luxemburg	82	69
Memel	46	31
Norwegen	459	369
Oesterreich	1 442	751
Polen	1 074	502
Portugal	56	39
Rumänien	405	234
Rußland	101	98
Schweden	974	692
Schweiz	1 765	1 426
Spanien	493	440
Tschechoslowakei	2 792	2 196
Türkei	77	66
Ungarn	676	348
Sonstiges	181	192
Europa zusammen:	20 203	15 489
Afrika	95	63
U. S. A.	473	217
übriges Nordamerika	92	61
Süd- u. Mittelamerika	417	204
Asien	398	311
Australien	47	21
Insgesamt:	21 725	16 366

Alle an dem Wiederaufbau der zwischenstaatlichen Handelsbeziehungen ernstlich interessierten Kreise der Welt werden vor allen anderen erfreulichen Zeichen die erste internationale Zugkraft der Leipziger Frühjahrsmesse 1935 begrüßen, die in der Zahl von 21 725 ausländischen Kaufleuten und Industriellen aus 72 verschiedenen Ländern zum Ausdruck kommt. Der inter-

ationale Geschäftsmann wollte sich trotz schwieriger Welt-handelslage informieren und sich insbesondere über die Neuheiten ins Bild setzen, die auf Grund des Geschmackswandels und des technischen Fortschritts zu erwarten waren und tatsächlich auch in großer Fülle gezeigt wurden. Man ist über das Informieren bald hinausgegangen und hat überall dort, wo Preise und Handelsabkommen es zuließen, großzügig gekauft. Man bevorzugte im allgemeinen die für die deutsche Produktion typische gute Serienqualität zu niedrigen Preisen; in einzelnen Branchen, so in Spielwaren, Porzellan, Glas und kunsthandwerklichen Erzeugnissen wurde aber überwiegend ausgesprochene Qualität verlangt. Die Große Technische Messe und Baumesse war am Exportgeschäft hervorragend beteiligt. Hier sind vor allen Dingen Werkzeugmaschinen und elektrotechnische Erzeugnisse stark gefragt und gekauft worden. Die Gießereimaschinen fanden besonders bei den Auslandseinkäufern stärkstes Interesse. Gut war auch das Auslandsgehalt für Textilmaschinen, Verpackungsmaschinen, Kraftmaschinen und Baumaschinen. Die Messe für Photo, Optik und Kino konnte ein erfreuliches Ansteigen der Zahl ausländischer Interessenten melden. Allgemein betrachtet, ist als Hauptunterschied gegenüber der Frühjahrsmesse 1934 festzuhalten, daß man auch den ausländischen Einkäufer in allen Zweigen der Messe an den Verhandlungen und Bestellungen beteiligt sah. Umfangreiche Offerteinholungen, beträchtliche Probeaufträge, aber auch zahlreiche feste Aufträge wurden vorgenommen. Eine Ausdehnung des Geschäftes steht nach dem Urteil maßgebender Exportfirmen aus fast allen Branchen nach der Messe noch zu erwarten, wobei die eingeleiteten Warenaustauschgeschäfte eine besondere Rolle spielen werden. Eine beträchtliche Zahl von privaten Kommissionsgeschäften ist an den Messetagen bereits mit den Vereinigten Staaten von Amerika, Südafrika und Australien, sowie britischen Dominien zustande gekommen.

Die vorzüglich und vollständige Beschickung, das rasche Vorwärtsschreiten der natürlichen Belebung der innerdeutschen Wirtschaft und ihre allfällige zeitliche Lage vor dem Beginn des dritten Kampfbahres für die Arbeitsbeschaffung machten die Messe für den innerdeutschen Handel zum Mittelpunkt der Nachfrage. Diese Nachfrage setzte sich bereits in den ersten Tagen der Messe in Aufträge um. Ausgezeichnete Geschäfte machten die Aussteller von Produktionsmitteln und Ge- und Verbrauchsartikeln und Hausrat und Wohnbedarf, während unterschiedliche Ergebnisse in den Erzeugnissen für Kultur- und Luxusbedarf erzielt wurden.

Die Leipziger Frühjahrsmesse 1935 hat in die noch verstrichene Lage des Welt Handels eine starke Bresche geschlagen. Darin liegt ihr großer Erfolg. Die Leipziger Messe hat sich damit als ein brauchbares Mittel in den Händen derer erwiesen, die mit frischer Kraft an den Neubau der weltwirtschaftlichen Beziehungen heranzutreten. In Übereinstimmung mit der Belebung innerhalb zahlreicher einzelner Volkswirtschaften wurde auch das internationale Geschäft der Frühjahrsmesse hauptsächlich von den Produktionsmittel- und Gebrauchsgüterindustrien bestritten. An diesem Make, wie mit dem Fortschreiten des natürlichen Auftriebs auch die Industrien des Kultur- und Luxusbedarfs in die Wiederaufbauentwicklung einbezogen werden, darf man von der am 25. August beginnenden Leipziger Herbstmesse 1935 erhoffen, daß sie diese Beweise fördern wird, denn in ihrem Mittelpunkt steht in der Hauptsache der Absatz gerade solcher Erzeugnisse.

Bücher und Zeitschriften

Oberschlesisches Jahrbuch. Kulturarbeit in Oberschlesien. Ein Jahrbuch 1935. Herausgegeben von der Provinzialverwaltung von Oberschlesien (Presse- und Volksaufklärungsamt). 288 Seiten. Preis brochiert 1,65 RM.

Das von der Oberschlesischen Provinzialverwaltung herausgegebene Jahrbuch bedeutet die Erfüllung eines dringenden Bedürfnisses. Der Inhalt ist reich und umfassender, als der gewählte Titel „Kulturarbeit in Oberschlesien“ annehmen läßt. Zunächst finden sich ausführliche Zusammenstellungen sämtlicher Behörden in Oberschlesien, angefangen vom Oberpräsidenten und der Provinzialverwaltung bis zum Kommissar für die Obhilfe. Weiter werden alle notwendigen Angaben über die Organisation der NSDAP. gemacht, wo-

bei sämtliche Kreisleitungen und Ortsgruppen angeführt werden. Es folgt eine Zusammenstellung der ober-schlesischen Bergwerke und selbständigen Betriebsanlagen. Hier vermischt man jedoch die Anlagen der Eisenindustrie. Weiter enthält der Band eine Jahreschronik 1933/34. Über die Kulturarbeit der Provinzialverwaltung berichtet Landesrat Mermer. Außer Beiträgen über Kulturarbeit in engerem Sinne, wie Heimatforschung, Rundfunk, bildende Kunst, Volkstumsarbeit u. a. m. sind von nicht geringem Interesse die Beiträge über die Wirtschaft Oberschlesiens, Gewerbe, Handel und Handwerk, Industrie, Tätigkeit des Arbeitsdienstes, Straßenbauwesen, die Oberfrage, die Reichsbahn in Oberschlesien werden in besonderen Aufsätzen sachmännisch

behandelt. Besonders reiches statistisches Material bietet der umfangreiche Beitrag über „Bevölkerung und Wirtschaft in Oberschlesien“. Den Schluß bildet eine Zusammenstellung des wichtigsten Schrifttums über Oberschlesien. Die ober-schlesische Provinzialverwaltung hat sich durch die Herausgabe dieses reichhaltigen und durchaus zuverlässigen Materials bietenden Sammelwerkes ein großes Verdienst um die Kenntnisse und Propaganda unserer Heimatprovinz erworben. Für künftige Jahrgänge wäre jedoch eine Aenderung des Titels zu empfehlen, da die gegenwärtig gewählte Bezeichnung „Kulturarbeit in Oberschlesien“ für den Reichtum des Inhalts zu eng sein dürfte.

Aufbau im Osten von Erich Koch; Gauleiter und Oberpräsident Ostpreußens. Verlag Wblh. Gottl. Korn, Breslau. 217 Seiten. Preis: gebund. 4,— Mkt., kart. 3,— Mkt.

Das Buch des ostpreussischen Gauleiters und Oberpräsidenten ist ein außerordentlich wertvoller Beitrag zur Politik und Wirtschaftspolitik des deutschen Ostens. Es enthält eine Reihe von Aufsätzen und Reden, die die vielfältigen Fragen des deutschen Ostens von allen Seiten beleuchten. Der Nachdruck liegt dabei naturgemäß auf den ostpreussischen Gesichtspunkten, aber auch Schlesiens wird gedacht und die Paralleltät zwischen Ostpreußen und Schlesien (auch außenpolitisch) unterstrichen (S. 41). Wirtschaftspolitisch besonders bedeutungsvoll ist die Abhandlung „Der Ostpreußenplan“ auf Seite 55 ff. Da die landwirtschaftliche Siedlung in Ostpreußen nur noch mit der Errichtung von etwa 15—20 000 Siedlungsstellen rechnen kann, so bleibt nur die gewerbliche Siedlung übrig, um die weiteren Abwanderungen der ostpreussischen Jugend nach dem Westen zu unterbinden. Weiterschauende Pläne für die Zukunft Ostpreußens werden vorgetragen. Deutschland verfolgt im Osten keine imperialistischen Ziele, gedenkt aber seine Stellung im Osten nicht zu schwächen, sondern zu verstärken auch im Interesse der anderen Völker des Ostens. Deutschland rechnet, dem Wort des Führers zufolge, mit der „Vielfältigkeit der verschiedensten rassischen Gegebenheiten im gesamt-deutschen Raume“. „Im Gegensatz zu gewissen Ostschwärmern“ — bemerkt Gauleiter Koch — „literarischen und im falschen Sinne jugendbewegten Typs haben wir den Osten niemals als eine abstrakte Ideologie, sondern stets nur im Zusammenhang mit dem Westen gesehen, genau so wie wir Ostpreußen auch stets nur im Zusammenhang mit Westdeutschland gesehen haben oder wie wir uns stets über das Untrennbare des Zusammenhangs zwischen Nahem und Fernem Osten klar gewesen sind.“ Andererseits aber findet der Verfasser entschiedene Worte gegen einen gewissen weltlichen Hochmut: „Deshalb kann eine Ostpolitik, die irgendwie den Westen freigibt, niemals Ostpolitik sein und ein Westen, der meint, die eigentliche Kultur ende bestenfalls an der Weiser, kann niemals der wirkliche Westen sein.“ (S. 161). Das Buch des Gauleiters Koch ist eine von großem Weitblick zeugende, aus der praktischen Stellungnahme zu den Dingen heraus erwachsene Behandlung der gesamten deutschen Ostfragen in nationalsozialistischem Geiste.

Die österreichische Kohle. Gesamtbericht des Arbeitsausschusses „Inlandskohle“. Herausgegeben vom Österreichischen Kuratorium für Wirtschaftlichkeit. Wien. Verlag von Julius Springer. 1934. 163 Seiten. Preis 5,60 RM.

Der Arbeitsausschuß „Inlandskohle“ des Österreichischen Wirtschaftskuratoriums hat das vorliegende Buch herausgegeben, um die Schwierigkeiten des österreichischen Bergbaues zu schildern und dafür einzutreten, daß die Verwendung einheimischer Kohle in Österreich noch stärker als bisher gefördert wird. Der erste Abschnitt schildert den Kohlenvorrat, die Kohlenbergwerke, die Leistungsfähigkeit des Kohlenbergbaues und die Eigenschaften der Kohle in Österreich. Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit den Selbstkosten, der Preisbildung und den Absatzverhältnissen. Im dritten Abschnitt werden die Maßnahmen zur Hebung des Absatzes von Inlandskohle behandelt. Es werden auf S. 70—85 die gesetzlichen Maßnahmen in den europäischen Staaten zur Hebung des Absatzes der einheimischen Kohle dargestellt und sodann die entsprechenden gesetzlichen Maßnahmen in Österreich aufgeführt. Es schließen sich an die verwendungstechnischen Maßnahmen und die Maßnahmen des österreichischen Kohlenbergbaues selbst, die auf Selbstkostensenkung, Veredelung der Kohle abzielen, endlich die Tarif- und Transportmaßnahmen. Als Ergebnis des

Ganzen druckt der Ausschuß zur Förderung des Absatzes von Inlandskohle seine diesbezüglichen Anträge ab. U. a. wird eine Erhöhung des Beimischungszwanges von Inlandskohle, entsprechende Berücksichtigung der Heizungseinrichtungen bei Baubewilligungen, Verpflichtung aller staatlichen und öffentlichen Stellen zur Verwendung ausschließlich inländischer Brennstoffe und eine Reihe von anderen Maßnahmen vorgesehn.

Das Gewerbeförderungsinstitut der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Wien. 1933. Verlag des Gewerbeförderungsinstituts der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie in Wien. 67 Seiten.

„Das Geld.“ Kurz dargestellt von Dr. Erwin Hirschfeld, Rechtsanwalt und Notar in Berlin. Berlin 1933. Carl Heymanns Verlag. Preis 4 Mkt.

Das Buch von Hirschfeld wurde abgeschlossen, ehe die Entwertung des Dollars im Jahre 1933 einsetzte. Wäre diese Entwicklung dem Verfasser schon bekannt gewesen, so hätten vermutlich einige Ausführungen, namentlich in dem letzten Abschnitt „Die Weltgeldschöpfung“ eine andere Form gefunden. Im übrigen betont der Verfasser im Vorwort, daß eine Darstellung des Geldwesens nicht für den Moment und auf die augenblickliche Lage zugeschnitten sein darf. Immerhin hat man den Eindruck, daß mitunter zu wenig unsere tatsächlichen mitteleuropäischen politischen Verhältnisse berücksichtigt sind. Hirschfeld weiß die schwierige Frage der Geldtheorie fesselnd und klar darzustellen. Er stützt sich vielfach auf Ausführungen von Knapp, Helfferich und Cassel, doch nicht ohne in einzelnen Punkten ihre Lehren in eigener Richtung auszugestalten. Die Rolle des Staates für die Geldschöpfung wird von Hirschfeld insofern unterschätzt, als die von ihm zur Hauptbedingung gemachte allgemeine Geltung des Geldes und das Vertrauen der Allgemeinheit zum Zahlungsmittel — wenigstens im nationalsozialistischen Deutschland erst bei staatlicher Mitwirkung gegeben sein dürfte. Bejaht werden kann die Bedeutung, die der Verfasser der Geldverteilung beimißt. Wenn er auf S. 97 ff. ausspricht, daß das Uebel der Arbeitslosigkeit noch auf andere Art vermieden werden kann als durch bewußte Herbeiführung einer Inflation, so vermißt der Leser eine nähere Angabe über die dazu anzuwendenden Mittel. Unter nationalsozialistischer Führung ist ja inzwischen der entscheidende Angriff auf die Arbeitslosigkeit unter Beibehaltung der festen Währung erfolgt. Offenbar hat jedoch der Verfasser bei der Abfassung seines Buches diese Tatsache ebensowenig vorausgesehen, wie die zu diesem Zweck angewendeten Maßnahmen. Gut herausgearbeitet sind in dem Buch die für eine wertbeständige Währung sprechenden Gründe. Hingegen wird man zu den Ausführungen des Schlußteiles über die Schaffung eines „Weltgeldes“ auf Grund der gegenwärtigen Lage in Europa ein starkes Fragezeichen machen.

„Die Gesetze der Arbeit“, Band 1 der Lorenz-Gesetzes-Texte, ist soeben aus dem Druck gekommen. Es handelt sich dabei um eine Sammlung der wichtigsten Arbeitsgesetze, systematisch geordnet und herausgegeben von Rudolf Schraut, Oberr.-Rat a. D., Direktor beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband, Berlin, Mitglied der Akademie für Deutsches Recht und Dr. Theodor Rohlfing, Amts- und Landgerichtsrat, Hauptamtl. Vorsitzender beim Arbeitsgericht Berlin, Stellb. Vorsitzender beim Landesarbeitsgericht Berlin. Ueber 50 Gesetze und Verordnungen wurden in dem Band verarbeitet. Aus dem Inhalt: Einleitung — Entwicklung und Grundgedanken des heutigen Arbeitsrechtes — Arbeitsvertragsrecht aus BGB., HGB., Gewerbeordnung, Lohnfindungsrecht, Kündigungsrechtsgesetz — Recht der Arbeit in Privatbetrieben, in öffentlichen Verwaltungen und Betrieben — Arbeitsschutzgesetz, Arbeitszeit, Verbot von Kinderarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit, Schutz weiblicher Personen — besondere Vertragsverhältnisse — Arbeitslosenversicherung — Arbeitsvermittlung — gerichtliches Verfahren — Anhang. Erschienen im Rudolf-Lorenz-Verlag, Charlottenburg 9, Kaiserdamm 38. Preis des geschmackvollen Bandes RM. 4,30.

Gewerbeförderung in Württemberg. Tätigkeitsbericht des Württembergischen Landesgewerbeamtes für die Jahre 1929—1933.

Statistisches

Produktion und Absatz des westoberschlesischen Bergbaues

I. Förderung bzw. Produktion

Jahr bzw. Monat	Steinkohle			Koks			Briketts		
	im ganzen	arbeits- täglich	je be- fahrte Schicht der Gesamt- beleg- schaft	im ganzen	fallender- täglich	je Kopf und Arbeits- tag der Gesamt- beleg- schaft	im ganzen	arbeits- täglich	je Kopf und Arbeits- tag der Gesamt- beleg- schaft
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	17 960 854	59 830	1,434	1 369 968	3 753	2,410	267 796	894	4,705
1931	16 791 957	55 992	1,579	995 744	2 728	2,728	279 191	931	4,799
1932	15 277 487	50 449	1,678	867 424	2 370	2,399	276 118	911	5,147
1933	15 640 004	52 378	1,754	859 588	2 355	2,428	275 571	923	4,832
1934	17 391 747	58 225	1,764 ¹⁾	997 725	2 734	2,325 ¹⁾	253 591	849	4,162 ¹⁾
Dezember	1 519 311	66 057	1,791	96 196	3 103	2,560	22 557	981	4,694
Januar 1935	1 673 940	64 382	1,796	102 550	3 308	2,734	22 859	879	4,206
Februar	1 421 467	60 746	1,774 ¹⁾	94 882	3 389	2,760	19 258	837	4,024

¹⁾ Vorläufige Zahl.

II. Absatz an Steinkohle, Koks und Briketts

1. Steinkohlenabsatz nach Empfangsländern

Jahr bzw. Monat	In der Provinz Oberschlesien	Nach dem übrigen Deutschland	Nach dem Ausland					Im ganzen
			Tschecho- slowakei	Deutsch- Oesterreich	Ungarn	übriges Ausland	Summe Ausland	
	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	4 978 681	10 736 423	709 855	340 149	154 839	95 333	1300 176	17 015 280
1931	4 332 231	9 961 850	673 484	310 217	33 107	204 246	1221 054	15 515 135
1932	3 755 464	9 341 546	663 082	218 909	1 105	149 554	1032 650	14 129 660
1933	3 828 516	9 664 630	608 359	137 805	1 215	200 131	947 510	14 440 656
1934	4 207 734	11 256 202	624 486	67 028	3 440	324 302	1019 256	16 483 192
Dezember	393 362	984 217	45 885	6 500	760	61 910	115 055	1 492 634
Januar 1935	424 491	948 583	58 427	3 859	390	34 216	96 892	1 469 966
Februar	374 803	829 760	47 788	4 190	455	29 938	82 371	1 286 934

2. Steinkohlenabsatz nach Beförderungsarten

Jahr bzw. Monat	mit der Hauptbahn		mit der Schmalspurbahn, Seilbahn und Landfuhrwerk		W a s s e r u m s c h l a g							
					mit der Hauptbahn				mit der Schmalspurbahn in Gielwitz		im ganzen	
					in Gosel		in den übrigen Oberhäfen					
	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%	t	%
1930	14 514 029	85,30	2 501 251	14,70	1 531 052	9,00	104 296	0,61	5435	0,03	1640783	9,64
1931	13 432 399	86,58	2 082 736	13,42	1 567 876	10,11	20 975	0,13	4965	0,03	1593816	10,27
1932	12 527 890	88,66	1 601 770	11,34	1 334 122	9,44	22 695	0,16	4428	0,03	1361245	9,63
1933	12 976 121	89,86	1 464 535	10,14	1 181 979	8,17	4 865	0,03	6625	0,05	1193469	8,25
1934	14 885 180	90,31	1 598 012	9,69	1 713 555	10,40	7 290	0,04	3235	0,02	1724080	10,46
Dezember	1 330 258	89,12	162 376	10,88	113 565	7,61	—	—	—	—	113565	7,61
Januar 1935	1 300 079	88,44	169 887	11,56	22 595	1,54	1 645	0,11	—	—	24240	1,65
Februar	1 139 616	88,55	147 318	11,45	46 030	3,58	600	0,04	—	—	46630	3,62

3. Abfaß an Koks.

Jahr bezw. Monat	Provinz Oberschlesien	Uebrigcs Deutschland	Ausland	im ganzen	mit der Hauptbahn	mit der Schmal- spurbahn, Seil- bahn und Land- fuhrwerk	Umschlag aufs Schiff mit der Hauptbahn	Umschlag aufs Schiff mit der Schmal- spurbahn	Abfaß an die Gütern- industrie
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	230 078	583 832	162 779	976 689	794 411	182 278	118 309	—	145 302
1931	175 764	614 138	179 123	969 025	818 811	150 214	143 045	—	81 914
1932	154 212	602 143	131 120	887 475	798 522	88 953	89 350	—	52 044
1933	178 152	653 451	98 340	929 943	818 597	111 346	113 201	—	81 318
1934	241 047	648 132	189 421	1 078 600	910 091	168 509	138 006	—	157 489
Dezember	20 324	57 750	27 771	105 845	92 826	13 019	15 377	—	10 334
Januar 1935	26 385	63 880	20 685	110 950	93 698	17 252	2 419	—	14 452
Februar	29 076	46 008	21 799	96 883	76 062	20 821	826	—	19 018

4. Abfaß an Bricketts.

Jahr bezw. Monat	Provinz Oberschlesien	Uebrigcs Deutschland	Ausland	im ganzen	mit der Hauptbahn	mit der Schmal- spurbahn, Seil- bahn u. Land- fuhrwerk	Umschlag aufs Schiff mit der Hauptbahn	Umschlag aufs Schiff mit der Schmal- spurbahn	Eisenbahn- dienst- bricketts
	t	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	13 681	250 642	2 394	266 717	261 637	5 080	—	—	193 006
1931	30 853	237 270	5 914	274 037	265 585	8 452	200	—	184 023
1932	28 441	230 674	6 431	265 546	253 360	12 186	—	—	174 594
1933	31 659	230 417	8 591	270 667	259 985	10 682	—	421	164 996
1934	37 157	203 398	5 551	246 106	239 160	6 946	—	—	118 688
Dezember	4 442	17 130	562	22 134	21 050	1 084	—	—	6 050
Januar 1935	5 612	15 462	635	21 709	19 698	2 011	—	—	6 485
Februar	4 703	12 907	348	17 955	16 851	1 104	—	—	9 745

III. Nebenprodukte der Koksanstalten

Jahr bezw. Monat	P r o d u k t i o n				A b f a ß			
	Rohteer u. Teerver- dichtungen	Robbenzol und Homologen	Schwefel- saures Ammoniak	Rob- Naphthalin	Rohteer u. Teerver- dichtungen	Robbenzol und Homologen	Schwefel- saures Ammoniak	Rob- Naphthalin
	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	61 698	21 427	20 003	58	62 426	21 547	22 891	152
1931	51 676	15 853	15 066	11	51 910	15 794	12 806	—
1932	44 826	14 561	14 757	15	44 829	14 537	21 056	30
1933	44 432	14 478	14 570	61	43 985	14 480	14 392	51
1934	51 831	17 275	16 845	51	51 838	17 317	14 493	51
Dezember	4 696	1 623	1 535	10	4 776	1 636	4 211	16
Januar 1935	5 097	1 710	1 613	—	5 038	1 719	3 428	—
Februar	4 684	1 576	1 483	—	4 747	1 555	1 299	—

IV. Entwicklung der Belegschaftszahlen

Jahr bezw. Monat	S t e i n k o h l e n g r u b e n						K o k s a n s t a l t e n				B r i c k e t t f a b r i k e n			
	männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen	davon		männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen	männliche Arbeiter		weib- liche Arbeiter	im ganzen
	über 16 Jahren	unter 16 Jahren			unter Tage	über Tage	über 16 Jahren	unter 16 Jahren			über 16 Jahren	unter 16 Jahren		
1930	47 970	350	980	49 300	38 012	11 288	1 510	1	42	1 553	185	2	6	191
1931	42 202	301	766	43 269	33 091	10 178	974	2	24	1 000	188	—	6	194
1932	35 712	292	571	36 575	27 747	8 828	965	2	21	988	172	—	5	177
1933	35 270	345	480	36 095	27 324	8 771	958	—	12	970	187	—	4	191
1934	36 701	456	450	37 607	28 358	9 249	1 160	3	13	1 176	201	—	3	204
Dezember	38 092	447	463	39 002	29 679	9 323	1 193	5	14	1 212	206	—	3	209
Januar 1935	38 189	438	455	39 082	29 705	9 377	1 192	4	14	1 210	206	—	3	209
Februar	37 975	433	462	38 870	29 495	9 375	1 207	6	15	1 228	205	—	3	208

Verfahrenre und entgangene Schichten im westoberschlesischen Steinkohlenbergbau im Dezember 1934

Arbeitergruppen	Verfahrenre Schichten		Durchschnittlich angelegte Arbeiter ¹⁾		Entgangene Schichten infolge							
	insgesamt	davon Schichten für Ueberarbeiten	insgesamt	in % von der Endsumme	Abstr. mangels	betriebl. technischer Gründe	Krankheit		Feierne	entschädigungs- pflichtigen Urlaube	Gesamtzahl	auf 1 angelegten Arbeiter
					insgesamt	davon durch Unfall						
a) Hauer	168 313	2 800	7 253	18,39	9 021	180	8 956	3 152	1 431	3 431	23 019	3,17
b) Schlepper	147 650	1 849	6 485	16,44	8 401	247	9 020	3 329	2 666	2 530	22 864	3,53
c) Reparaturhauer	164 432	10 152	6 505	16,49	5 440	47	5 554	1 938	1 082	2 754	14 877	2,29
d) Sonstige Arbeiter	220 088	4 826	9 394	23,82	8 692	363	12 368	3 720	3 770	3 771	28 964	3,08
Summe bezw. Durchschnitt: Unter Tage	700 483	19 627	29 637	75,14	31 554	837	35 898	12 139	8 949	12 486	89 724	3,03
a) Facharbeiter	86 820	5 488	3 357	8,51	2 770	4	2 178	505	233	767	5 952	1,77
b) Sonstige Arbeiter	134 868	4 849	5 554	14,08	5 432	30	5 690	1 089	1 525	1 721	14 398	2,59
c) Jugendl. männl. Arbeiter v. 14-16 Jahren	10 029	51	430	1,09	448	—	407	85	331	13	1 199	2,79
d) Weibl. Arbeiter	11 072	112	464	1,18	441	—	482	24	111	61	1 095	2,36
Summe bezw. Durchschnitt: über Tage	242 789	10 500	9 805	24,86	9 091	34	8 757	1 703	2 200	2 562	22 644	2,31
Summe bezw. Durchschnitt aller Arbeitergruppen	943 272	30 127	39 442	100,00	40 645	871	44 655	13 842	11 149	15 048	112 368	2,85
dav. in Nebenbetrieben	11 407	1 086	423	1,07	154	—	340	58	141	60	695	1,64

¹⁾ Die Zahl der durchschnittlich angelegten Arbeiter wird ermittelt, indem die Gesamtzahl der im Erhebungszeitraum verfahrenen Schichten, vermindert um die Zahl der Schichten für Ueberarbeiten und vermehrt um die Zahl der entgangenen Schichten, durch die Zahl der Arbeitstage dieses Zeitraumes geteilt wird.

Im westoberschlesischen Steinkohlenbergbau verdiente Durchschnittslöhne im Dezember 1934

Arbeitergruppen	Leistungslohn ¹⁾ je verfahrenre Schicht	Soziallohn ²⁾ je vergütete Schicht	Barverdienst ³⁾ des Arbeiters	Wert der wirtschaftlichen Beihilfen		Gesamteinkommen ⁴⁾		Versicherungsbeiträge je verfahrenre Schicht	
				Deputat- tobie je vergütete Schicht	Urlaubs- entschädigung je Urlaubs- schicht	je vergütete Schicht	je durchschnittlich angelegten Arbeiter	der Arbeiter	der Arbeitgeber
	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.	Mf.
a) Hauer	7,05	0,31	7,39	0,28	6,95	7,66	181	1,15	1,37
b) Schlepper	5,43	0,13	5,56	0,18	5,43	5,74	133	0,86	1,03
c) Reparaturhauer	5,93	0,26	6,29	0,22	5,78	6,50	167	0,97	1,16
d) Sonstige Arbeiter	4,46	0,17	4,65	0,18	4,46	4,83	115	0,74	0,88
Durchschnitt: Unter Tage	5,63	0,21	5,88	0,22	5,63	6,10	147	0,92	1,09
a) Facharbeiter	5,64	0,22	6,00	0,18	5,49	6,17	161	0,91	1,09
b) Sonstige Arbeiter	4,27	0,17	4,49	0,16	4,24	4,64	114	0,69	0,83
c) Jugendliche männliche Arbeiter von 14—16 Jahren	1,36	—	1,36	—	1,38	1,36	32	0,19	0,24
d) Weibliche Arbeiter	2,56	0,05	2,61	0,14	2,79	2,76	66	0,40	0,48
Durchschnitt aller Arbeitergruppen	5,36	0,20	5,61	0,20	5,45	5,81	141	0,87	1,04
Davon in Nebenbetrieben	4,79	0,19	5,17	0,04	4,73	5,22	141	0,80	0,90

¹⁾ Der Leistungslohn ist der Gehingelohn oder der Schichtlohn unter Ausschaltung aller Zuschläge für Ueberarbeiten, aber einschl. der Versicherungsbeiträge der Arbeiter.

²⁾ Der Soziallohn ist das Hausstands- und Kindergeld.

³⁾ Barverdienst ist der Leistungslohn zuzügl. aller Zuschläge für Ueberarbeiten sowie des Hausstands- und Kindergeldes.

⁴⁾ Das Gesamteinkommen ist der Barverdienst zuzüglich des Wertes der wirtschaftlichen Beihilfen.

Die Metallindustrie West-Oberschlesiens.

A. Hochofenwerke, Stahl- u. Walzwerke einschl. der mit ihnen verbundenen Schmiede- u. Preßwerke, Eisen- u. Stahlgießereien

I. Produktion.

Jahr bezw. Monat	Roheisen			Ro h s t a h l		Gießzeug zum Verlauf	Fertig- erzeugnisse der Walz- werke einschl. Schmiede- u. Preßwerke	Gußwaren zweiter Schmelzung
	insgesamt	davon Gießerei- roheisen	Stahl- und Spiegeleisen einschl. Ferromangan	Rohblöcke	Stahlguß			
	t	t	t	t	t	t	t	t
1930	86 524	20 049	54 906	343 584	8 694	25 001	254 686	24 054
1931	59 159	—	50 687	301 730	6 377	16 185	231 486	16 505
1932	30 919	10 237	10 673	182 704	5 957	11 150	142 467	7 547
1933	53 244	17 737	26 510	205 098	5 246	13 750	161 129	15 202
1934	119 930	29 584	72 268	313 711	8 307	10 211	235 981	22 770
Dezember	8 221	3 551	4 670	29 281	719	1 301	19 018	1 524
Januar 1935	9 953	4 012	5 941	32 443	885	330	23 059	1 617
Februar "	14 115	—	14 115	28 883	1 105	668	22 876	1 814

II. Belegschaftszahlen.

Jahr bezw. Monat	Hochofenwerke	Stahl- und Walzwerke	Eisen- und Stahlgießereien	Verfeinerungs- betriebe	Hilfs- und Nebenbetriebe	Summe: Eisenhütten	
	Arbeiter insgef.	Arbeiter insgef.	Arbeiter insgesamt	Arbeiter insgesamt	Arbeiter insgef.	Arbeiter insgef.	davon weibliche
1930	351	2 923	1 288	7 338		11 900	663
1931	176	2 416	908	6 182		9 682	569
1932	115	881	665	5 138		6 799	487
1933	168	1 076	814	3 308	2 191	7 557	550
1934	322	1 792	922	3 967	2 657	9 660	654
Dezember	307	1 955	890	4 181	2 779	10 112	658
Januar 1935	322	1 879	934	4 429	2 762	10 326	700
Februar "	382	2 007	970	4 481	2 839	10 679	672

B. Zink- und Bleierzgruben und Zinkwalzwerke.

I. Produktion (einschl. Nebenprodukte der Hochofenwerke).

Jahr bezw. Monat	Galmei t	Zinkblende t	Bleierz t	Schwefelkies t	Ofenbruch, Zinkstaub t	Zinkblech t	Blei (Zinkblei) t
1930	21 389	197 752	26 154	10 674	15	7 291	65
1931	18 331	167 916	22 410	4 330	—	7 835	69
1932	15 230	112 415	17 968	2 162	—	7 944	54
1933	—	124 294	19 177	1 292	—	7 782	42
1934	240	149 127	23 724	4 504	—	11 426	46
Dezember	—	9 926	1 903	890	—	1 033	4
Januar 1935	—	12 087	2 318	995	—	792	7
Februar "	—	10 934	2 140	931	—	415	1

II. Belegschaftszahlen.

Jahr bezw. Monat	Zink- und Bleierzgruben						Zinkwalzwerke			
	männliche		weibliche	Summe der Arbeiter	davon beschäftigt		männliche		weib- liche	Summe der Arbeiter
	über 16 Jahren	unter 16 Jahren			unter Tage	über Tage	über 16 Jahren	unter 16 Jahren		
1930	2 000	4	425	2 429	1 115	1 314	145	3	1	149
1931	1 583	3	371	1 957	860	1 097	169	1	1	171
1932	1 300	1	268	1 569	664	905	159	1	1	161
1933	1 419	—	291	1 710	726	984	144	1	1	146
1934	1 937	—	271	2 208	954	1 254	173	1	1	175
Dezember	2 077	—	255	2 332	976	1 356	178	1	1	180
Januar 1935	2 164	—	241	2 405	1 026	1 379	174	1	1	176
Februar "	2 167	—	238	2 405	1 025	1 380	174	1	1	176

Die polnische Kohlenausfuhr.

(Nach „Przegląd Górniczo-Hutniczy“.)

Empfangsländer	Januar 1935			
	Oberschlesien*)	Dombrowa	Kraukau	Gesamt-Polen
	t	t	t	t
1. Konventionsmärkte				
Deutsch-Österreich	63 205	15 343	100	78 648
Ungarn	—	—	—	—
Tschechoslowakei	28 716	4 293	190	33 199
Deutschland	—	—	—	—
Danzig	29 139	1 875	110	31 124
Jugoslawien	—	—	—	—
Summe 1	121 060	21 511	400	142 971
2. Nordische Staaten				
Schweden	128 485	43 080	—	171 565
Norwegen	48 255	880	—	49 135
Dänemark	16 475	10 628	—	27 103
Finnland	3 000	—	—	3 000
Lettland	—	—	—	—
Litauen	—	—	—	—
Estland	180	—	—	180
Memel	—	—	—	—
Rußland	—	—	—	—
Island	—	—	—	—
Summe 2	196 395	54 588	—	250 983
3. übrige europ. Länder				
Spanien	—	—	—	—
Portugal	—	—	—	—
England	—	—	—	—
Malta	3 900	—	—	3 900
Franreich	42 685	41 922	—	84 607
Italien	131 470	305	—	131 775
Rumänien	85	30	—	115
Schweiz	6 190	80	—	6 270
Holland	6 330	—	—	6 330
Belgien	19 551	1 000	—	20 551
Griechenland	17 060	—	—	17 060
Irland	46 190	—	—	46 190
Summe 3	273 461	43 337	—	316 798
4. Außereurop. Länder				
Australien	—	—	—	—
Brasilien	—	—	—	—
Afrika	2 550	—	—	2 550
Argentinien	15 250	—	—	15 250
Aegypten	6 300	—	—	6 300
Algerien	15 730	45	—	15 775
Syrien	—	—	—	—
Palästina	—	—	—	—
Asiatische Türkei	—	—	—	—
Sonstige Länder	1 140	—	—	1 140
Summe 4	40 970	45	—	41 015
5. Bunkerkohlen	45 137	2 035	—	47 172
Insgesamt	677 023	121 516	400	798 939

*) ein[chl. Silesiagrube in Teschen.

Steinkohlenförderung und Absatz Ost-Oberschlesiens.

Jahr bezw. Monat	Förderung		Abatz		Gesamt- belegschaft
	insgesamt	arbeitstäglich	insgesamt	davon Haupt- bahnverland	
	t	t	t	t	
Monatsdurchschnitt 1929	2 845 309	113 812	2 573 099	2 074 434	87 383
" 1930	2 347 133	93 885	2 095 002	1 680 079	82 520
" 1931	2 367 100	94 684	2 098 939	1 742 291	73 957
" 1932	1 762 949	70 754	1 579 767	1 311 465	59 385
" 1933	1 640 812	66 073	1 519 184	1 234 225	46 647
" 1934	1 809 859	72 880	1 644 496	1 326 831	46 061
Dezember "	1 947 737	88 533	1 852 209	1 509 996	47 482
Januar 1935	1 971 044	75 809	1 747 858	1 366 934	46 906
Februar "	1 862 995	81 000	1 472 304	1 144 883	45 736


Produktion und Absatz der Koksanstalten und Brikkfabriken Ost-Oberschlesiens.

J a h r bezw. M o n a t	K o k s					B r i k e t t s				
	Produktion		Abatz		Beleg- schaft	Produktion		Abatz		Be- leg- schaft
	ins- gesamt	kalender- täglich	ins- gesamt	davon Hauptbahn- verland		ins- gesamt	arbeits- täglich	ins- gesamt	davon Hauptbahn- verland	
	t	t	t	t		t	t	t	t	
Monatsdurchschnitt 1929	154 845	5 091	152 515	105 388	2 804	29 342	1 174	29 644	29 489	261
" 1930	131 833	4 394	118 759	79 748	2 502	19 510	780	19 473	19 361	208
" 1931	112 855	3 711	113 209	81 298	2 263	24 973	999	24 937	24 736	199
" 1932	90 893	2 980	82 635	62 850	1 901	16 590	666	16 177	15 989	155
" 1933	97 582	3 208	93 369	62 927	1 884	15 693	632	16 017	15 808	140
" 1934	111 124	3 653	119 289	81 909	1 911	16 213	655	16 101	15 877	134
Dezember "	120 448	3 885	130 372	95 603	1 854	20 382	971	20 983	20 549	165
Januar 1935	126 087	4 067	142 158	99 981	1 886	20 645	794	20 601	19 624	165
Februar "	111 421	3 979	114 173	77 954	1 889	15 685	682	15 536	14 946	164

Die Reichsindexziffern für die Lebenshaltungskosten nach der neuen Berechnung *) (1913/14 = 100)

	Gesamt- lebens- haltung ¹⁾	Ernährung	Wohnung ²⁾	Heizung und Beleuchtung	Bekleidung	Ver- schiedenes ³⁾	Lebenshaltung ohne Wohnung
Februar 1934 . .	120,2	117,2	121,3	127,8	108,9	139,9	120,0
Dezember " . .	122,2	119,1	121,2	127,5	116,1	140,4	122,4
Januar 1935 . .	122,4	119,4	121,2	127,6	116,8	140,4	122,6
Februar " . .	122,5	119,5	121,2	127,5	117,1	140,4	122,7
Febr. 1935 gegen:							
Jan. 1935 (in v. H.) .	+ 0,1	+ 0,1	0,0	— 0,1	+ 0,3	0,0	+ 0,1
Febr. 1934 " " " .	+ 1,9	+ 2,0	— 0,1	— 0,2	+ 7,5	+ 0,4	+ 2,3
" 1933 " " " .	+ 5,2	+ 8,3	— 0,2	— 0,4	+ 10,1	— 1,1	+ 6,1
" 1932 " " " .	— 0,1	+ 1,8	— 0,2	— 0,9	— 0,1	— 5,9	— 0,1

*) vergl. „Oberschl. Wirtschaft“ Jahrg. 9 Heft 12 S. 61. ¹⁾ Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung, Verschiedenes.²⁾ Zwangsbewirtschaftete Altwohnung ³⁾ Reinigung, Körperpflege, Bildung, Unterhaltung, Einrichtung, Verkehr.



Bergwerksgesellschaft Georg von Giesche's Erben Breslau 2

Fernsprecher:
Sammel-Nr. 2131

Didier-Werke A.-G. • Werk Gleiwitz

Telegr. - Adresse:
Didier-Werke Gleiwitz

Silika-Steine: Marke »Stella Spezial«, für alle Industrie- und Gasöfen

Schamottesteine: auch Sonderqualitäten nach neuzeitigen Herstellungsverfahren D. R. P.

Hochfeuerfeste Edelmateriale: wie Magnesit-, Chromerz-, Korund-, Siliziumkarbidsteine u. a.
außerdem entsprechende Stampfmassen und Mörtel.

Preußengrube

||| Aktiengesellschaft |||

Telegramm-Anschrift: Preußengrube, Miechowitz

Fernsprech-Anschluß: Amt Beuthen OS. Sammel-Nr. 2841

liefert

Steinkohlen, Ziegelsteine